

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der völkerrechtliche Status
des Deutschen Reiches
von 1871-2020:
47 Jahre Freiheit und
102 Jahre Unfreiheit**

Sonderheft Nr. 2



**Der völkerrechtliche Status
des Deutschen Reiches von 1871-2020:
47 Jahre Freiheit
und
102 Jahre Unfreiheit**

Sonderheft Nr. 2

Keine Freiheit für die Deutschen

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Deutsches Reich von 1871-1918: 47 Jahre Freiheit für die Deutschen	3-12
Die Weimarer Republik von 1918-1933: 15 Jahre Unfreiheit für die Deutschen	13-23
Das NS-Regime von 1933 bis 1945: 12 Jahre Unfreiheit und Terror für die Deutschen	24-56
Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gründung der BRD und der DDR von 1945 bis 1949: 4 Jahre Unfreiheit und Sklavendasein für die Deutschen	57-69
Von der Gründung der BRD bis zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands von 1949 bis 1990: 41 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung für die Westdeutschen	70-78
Von der Gründung der DDR bis zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands von 1949 bis 1990: 41 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung für die Mitteldeutschen	79-81
Von der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands bis zur BRD + DDR = DDR 2.0 von 1990 bis 2020: 30 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung für die Deutschen	82-87
Schlußbemerkungen	88-90
Hinweise für den Leser	91-94
Quellen- und Literaturnachweis	

Deutsches Reich von 1871-1918: 47 Jahre Freiheit für die Deutschen

Die Deutsche Reichsgründung ist ein größeres politisches Ereignis als die Französische Revolution. ... Die Folgen sind kaum vorhersehbar, und neue unbekannte Ziele und Gefahren drohen. ... Die 'Balance of Power' ist gänzlich zerstört, und England ist das Land, das darunter am meisten leiden wird.

Benjamin Disraeli (1804-1881, englischer Politiker) am 9.2.1871 im Unterhaus.

Gründung des Deutschen Reiches

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck am 18. Januar 1871 einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten. Nach mehr als 200jährigen verbissenen Anstrengungen und erbitterten Auseinandersetzungen waren die Deutschen endlich wieder unabhängig und handlungsfähig.



Abb. 39 (x 090/223): Die Kaiserproklamation in der Spiegelgalerie des Schlosses von Versailles am 18. Januar 1871.

Das Deutsche Reich trat im Januar 1871 die Rechtsnachfolge des "Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation" (Auflösung: 1806) an.

Der Sieg über Frankreich entfachte in den deutschen Staaten zwar eine Welle der nationalen Begeisterung, aber die Bildung eines vereinten deutschen Staates war trotzdem noch äußerst schwierig, denn Bismarck mußte 22 deutsche Einzelstaaten und 3 Freie Städte (Vier Königreiche: Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg. Sechs Großherzogtümer: Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Sachsen-Weimar-Eisenach. Fünf Herzogtümer: Anhalt, Braunschweig, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Meiningen. Sieben Fürstentümer: Waldeck, Lippe, Schaumburg-Lippe, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß Ältere Linie, Reuß Jüngere Linie. Drei Freie Städte: Hamburg, Bremen, Lübeck) vereinigen.

Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat mit 25 Ländern gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm, nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas. Die außenpolitischen Erfolge begünstigten auch die innenpolitische Entwicklung des Deutschen Reiches und gaben der Monarchie den erforderlichen Halt.

Die große Mehrheit der Deutschen war über die Gründung des Deutschen Reiches begeistert und auch zahlreiche politische Gegner Bismarcks konnten für das neue Deutsche Reich gewonnen werden. Trotz aller Eifersucht, Zwietracht und zahlloser Probleme rauften sich die deutschen Staaten irgendwie zusammen. Auch die Volksdeutschen, die jenseits der deutschen Reichsgrenzen lebten, waren damals mächtig stolz auf "ihr" Deutsches Reich.

Souveränität

Das Deutsche Reich von 1871 war ein souveräner Staat. Das Deutsche Reich verfügte von 1871 bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 über die 3 klassischen Merkmale eines Staates:

- Staatsgebiet (einen klar abgegrenzten oder definierten Landbesitz). Das Staatsgebiet oder Hoheitsgebiet ist der Raum, der der territorialen Oberhoheit eines Staates unterliegt.
- Staatsvolk. Das Staatsvolk wird von den Bewohnern eines Staates gebildet, die in dem Staatsgebiet alle bürgerlichen und politischen Rechte besitzen.
- Staatsgewalt. Ausübung der Macht innerhalb eines Staates durch staatliche Regierungsorganisationen, wie z.B. Verwaltung, Polizei, Gerichte etc.

Das Deutsche Reich von 1871 war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Mitwirkungsrechte des deutschen Volkes

Ogleich das deutsche Volk in jener Zeit nur über beschränkte Mitwirkungsrechte verfügte, waren die Deutschen keine bedingungslos unterdrückten Untertanen. Im Deutschen Reich gab es viele hochgebildete, kritische Staatsbürger.

Staatsangehörigkeit

Die Staatsangehörigkeit richtete sich zum Schluß nach dem Reichs- und Staatsbürgergesetz des Deutschen Reiches von 1913. Jeder Deutsche, der im Deutschen Reich lebte, war damals nach dem öffentlichen Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher. Eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit gab es im Deutschen Reich nicht. Es galten die Staatsangehörigkeiten der einzelnen deutschen Länder (Preußen, Bayern, Hessen, Württemberg etc.).

Innenpolitik

Reichskanzler Bismarck setzte ab 1883 im Deutschen Reich vorbildliche Sozialgesetze (Krankenkassenversicherung = 1883, Unfallversicherung = 1884 sowie Invaliditäts- und Rentenversicherung = 1889) durch, die in der damaligen Zeit einmalig und geradezu revolutionär waren. Die Sozialdemokraten lehnten Bismarcks Sozialgesetze zunächst als "Almosen" ab, aber dieses soziale Versicherungswesen setzte sich trotz aller Kritik erfolgreich durch und schützte nach der Einführung fast alle Schichten der Gesellschaft eindrucksvoll und nachhaltig vor der bisherigen bitteren sozialen Not und Verelendung.

Kaiser Wilhelm II. ("Ich will auch ein Kaiser der Armen sein ...") und die Weimarer Republik setzten Bismarcks Sozialpolitik später fort.

Das Dreikaiserjahr

Kaiser Wilhelm der I. starb am 9. März 1888 im Alter von 90 Jahren.

Friedrich III., der gründlich auf die Regierungsübernahme vorbereitet war, wurde Nachfolger seines Vaters Kaiser Wilhelm I.

Als Kaiser Friedrich III. bereits am 15. Juni 1888, nach nur 99 Tagen Regierungszeit, an einer unheilbaren Krankheit starb, übernahm sein 29-jähriger Sohn Wilhelm den Kaiserthron des Deutschen Reiches.

Außenpolitik

Das Deutsche Reich zählte damals völkerrechtlich zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Bismarcks vorausblickende, vorsichtige Bündnispolitik ermöglichte zunächst eine friedliche Entwicklung in Europa und begründete gegenüber fast allen europäischen Nachbarn eine solide Vertrauensbasis. Der außergewöhnliche Staatsmann und Meister der Diplomatie, der sich besonders wegen seiner Durchsetzungskraft und seines Mutes, eigene Fehler einzugestehen und zu berichtigen, auszeichnete, bestimmte länger als 28 Jahre die Außen- und Innenpolitik des Deutschen Reiches. Er zählte sicherlich zu den fähigsten Politikern der deutschen Geschichte und prägte Deutschland zu einer Wirtschaftsmacht von Weltformat.

Dem deutschen Volk war es leider nicht vergönnt, dauerhaft in Frieden und Freiheit zu leben, denn die Gründung des Deutschen Reiches und die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität im Jahre 1871 erfolgten viel zu spät. Die damaligen Großmächte Großbritannien, Frankreich und USA duldeten in jener Zeit keinen weiteren Konkurrenten und waren nicht bereit, das Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren.

Das rasante Wirtschaftswachstum und die großartigen Exporterfolge des Deutschen Reiches entschieden schließlich das Schicksal der Deutschen. Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte während des Krieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.

Ab 1887 zwang Großbritannien das Deutsche Reich, sämtliche Exportgüter mit der Herkunftsbezeichnung "Made in Germany" zu kennzeichnen. Die diskriminierende Kennzeichnungspflicht konnte die aufstrebende deutsche Industrie- und Handelsmacht jedoch nicht aufhalten, sondern diese britischen Zwangsaufgaben förderten sogar nachweislich die deutsche Exportwirtschaft ("Gütesiegel").

Die englische Zeitschrift "Saturday Review" berichtete am 11. September 1897 (x237/221):
>>Überall ... liegt ein deutscher Handlungsreisender mit einem englischen Hausierer im Streit. Gibt es irgendwo eine Mine auszubeuten, eine Eisenbahn zu bauen, einen Eingeborenen von der Brotfrucht zum Büchsenfleisch, von der Enthaltbarkeit zum Schnapshandel zu bekehren - ein Deutscher und ein Engländer streiten um den ersten Platz.

Eine Million geringfügiger Streitigkeiten schließen sich zum größten Kriegsgrund zusammen, den die Welt je gesehen hat. ...<<

Bereits Ende des 19. Jahrhunderts berichteten besonders die französischen und britischen Zeitungen unentwegt über die vermeintlich angeborene Bössigkeit und Kriegslüsterheit der Preußen bzw. Deutschen. Obgleich die "kriegslüsternden" Preußen bzw. Deutschen in jener Epoche zu den friedliebendsten Ländern mit der geringsten Zahl von Angriffskriegen und den längsten Friedensjahren zählten, wurden die Deutschen pauschal zu gemeingefährlichen Menschen, Barbaren, Hunnen etc. erklärt und das deutsche Volk international stigmatisiert (x063/389).

Gesellschaftliche Ordnung des Deutschen Kaiserreiches

Otto von Bismarck (1815-1898, ab 1847 preußischer Abgeordneter, seit 1851 Gesandter des Frankfurter Bundestages, seit Herbst 1862 preußischer Ministerpräsident, seit 1867 Bundes-

kanzler des Norddeutschen Bundes, von 1871-1890 Reichskanzler des Deutschen Reiches) war spätestens seit der Reichsgründung bis zu seiner Entlassung unbestritten der führende Staatsmann und der eigentliche Herrscher Preußens bzw. des Deutschen Reiches.

Die deutschen Bildungseinrichtungen waren für damalige Verhältnisse international anerkannt und führend. Der Deutsche Reichstag entwickelte damals vorbildliche Gesetzeswerke, wie z.B. die Zivil- und Strafprozeßordnung: 1871/1877, das BGB: 1900, und zählte in jener Zeit zu den angesehensten europäischen Parlamenten. Die fortschrittlichen deutschen Gesetze wurden sogar oftmals komplett von Nachbarländern übernommen.

Thomas Woodrow Wilson, von 1913-1921 nordamerikanischer Präsident, lobte im Jahre 1892 die preußische Staatsführung (x063/379): >>Der preußische Staatsaufbau ist ein Vorbild für die höchste Entwicklung der Selbstverwaltung in Deutschland. Preußen hat sich bemüht, seine Verwaltung vollkommener auszubilden als irgendein anderer Staat Europas. ...<<

Wirtschafts- und Exportaufschwung des Deutschen Reiches

Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückging.

Nach der Reichsgründung im Jahre 1871 nahm das Tempo der Industrialisierung in Deutschland enorm zu (x176/205): >>Um 1830 hatten vier Fünftel der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft gefunden. Mitte der achtziger Jahre war es knapp die Hälfte.

Die Industrie entfaltete sich in fast märchenhafter Weise: Zwischen 1871 und 1874 entstanden genau so viele Hochöfen, Eisenhütten und Maschinenfabriken wie in der Zeit von 1800 bis 1870. An die Stelle der handwerklichen Einzelanfertigung trat die Massenfertigung im Großbetrieb.

Die Produktivität der Industrie stieg zwischen 1870 und 1890 um die Hälfte, im Braunkohlenbergbau um das Doppelte, in der Roheisenerzeugung gar um das Fünffache. Entsprechend wuchs das Bankkapital, bei der Deutschen Bank z.B. von 15 auf 100 Millionen, und die Zahl der Effekten (Aktien) an der Berliner Börse vervierfachten sich im gleichen Zeitraum.

Eine wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Aufschwungs war der zukunftsichere Optimismus, der dem siegreichen Krieg und seinen politischen Folgen entsprang.<<

Die deutsche Exportwirtschaft verkaufte im Jahre 1890 Güter im Wert von 7,5 Milliarden Goldmark und belegte damit den zweiten Platz hinter der führenden Exportnation Großbritannien, danach folgten die USA und Frankreich (x256/1).

Bis 1913 erkämpfte sich die deutsche Wirtschaft vor allem in der Schwer-, Elektro- und Chemieindustrie international eine führende Position. Die lange führende Stahlindustrie Großbritanniens wurde von der deutschen Stahlindustrie bereits seit 1893 regelrecht überflügelt (x092/1913).

Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Am 28. Juni 1914 fiel der 50jährige Erzherzog Franz Ferdinand in der bosnischen Hauptstadt Sarajevo - seit 1908 von Österreich-Ungarn annektiert - einem Attentat zum Opfer. Der österreichisch-ungarische Thronfolger und seine Ehefrau wurden während einer Stadtrundfahrt durch den bosnischen Nationalisten Princip erschossen.

Der Attentäter Gavrilo Princip handelte im Auftrag der serbischen Geheimorganisation "Schwarze Hand", die nachweislich von Serbien und Rußland unterstützt wurde. Die Belgrader Regierung und russische Militärberater erhielten frühzeitig Informationen über die Attentatspläne, reagierten jedoch nicht (x090/243).

Die österreichisch-ungarische Regierung stellte Serbien am 23. Juli 1914 absichtlich ein fast unannehmbares Ultimatum, ohne sich mit dem Deutschen Reich abzustimmen. Die deutsche

Regierung wurde erst nach der Übergabe des Ultimatum informiert (x063/478).

Die deutsche Reichsregierung forderte am 30. Juli 1914 den deutschen Botschafter in Wien auf, die österreichische Reichsregierung erstmalig - aber leider viel zu spät - mit allem Nachdruck zur Mäßigung zu bewegen (x058/284): >>... Wir sind zwar bereit, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, müssen es aber ablehnen, uns von Wien leichtfertig und ohne Beachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen. Auch in italienischer Frage scheint Wien unsere Ratschläge zu mißachten. ...<<

Weil der russische Truppenaufmarsch an den deutsch-österreichischen Grenzen unvermindert anhielt, erfolgte am 1. August 1914, um 17.00 Uhr, die deutsche Mobilmachung. Gegen 19.00 Uhr wurde die deutsche Kriegserklärung an Rußland übergeben (x056/315). Der Erste Weltkrieg begann als deutsch-russischer Krieg.

Der russische Außenminister Alexander Iswolski (1856-1919) schickte am 1. August 1914 ein Telegramm aus Paris nach Sankt Petersburg (x352/27): >>Frankreichs Kriegsminister, in herzlicher und bester Laune, informierte mich, daß die Regierung sich verbindlich zum Krieg entschieden habe. Er bat mich, der Hoffnung des französischen Generalstabs Ausdruck zu verleihen, daß alle Bemühungen gegen Deutschland gerichtet sein werden. ...<<

Inszenierung des Ersten Weltkrieges durch die NWO-Geheimorganisationen des internationalen Kapitals

Bis zum heutigen Tag behauptet das Meinungskartell der Mainstream-Historiker, daß Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten trugen Weltkrieges würde. Wer die wesentlichen historischen Fakten kennt, die zum Ersten und später zum Zweiten Weltkrieg führten, stößt jedoch schon bald auf die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund. Nicht Zufälle, sondern langfristige Planungen der skrupellosen NWO-Strategen führten schließlich zur Entstehung des Ersten Weltkrieges und zur Zerschlagung der mächtigen europäischen Kaiserreiche Rußland, Deutsches Reich und Österreich-Ungarn sowie des Osmanischen Reiches.

US-Kardinal John Murphy Farley (1842-1918, seit 1902 Erzbischof von New York) erklärte während des Eucharistischen Weltkongresses vom 22. bis 26. Juli 1914 in Lourdes kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x347/83): >>Der Krieg, der in Vorbereitung ist, wird ein Kampf zwischen dem internationalen Kapital und den regierenden Dynastien sein. Das Kapital wünscht niemanden über sich zu haben; kennt keinen Gott oder Herrn und möchte alle Staaten als große Bankgeschäfte regieren lassen. Ihr Gewinn soll zur alleinigen Richtschnur der Regierenden werden ... Business - einzig und allein ...<<

Fehlende US-Neutralität

Die US-Wirtschaft belieferte die Westmächte bereits seit etwa 1915 mit Kriegsgütern, denn ein Sieg der Mittelmächte würde angeblich die großen US-Kapitalanlagen in England und Frankreich gefährden.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die US-Neutralität im Ersten Weltkrieg (x068/175-176): >>... Die Gelegenheit war nun einmal gut, war besser als die Moral. Die halbe Welt befand sich im Krieg, im Krieg gegen das böse, das wilhelminische, das kaiserliche Deutschland, das im übrigen, ganz wie die "demokratischen" USA, eine wirtschaftliche und machtpolitische Expansion erstrebte.

Und Woodrow Wilson hatte es schon 1912 als den gefährlichsten Rivalen im Welthandel ausgemacht, als größere Konkurrenz selbst als das gleichfalls expansionslüsterne Japan oder die alten Großmächte England und Frankreich. Auch andere Vielvermögende in den Staaten dachten so. Schon 1915 bilden sich deshalb nationale Verteidigungsorganisationen ...

Dazu paßt, daß Wilson zunächst den Banken verbietet, den Alliierten Geld zu leihen, im

Herbst 1915 den Bankiers aber mitteilt, er könne Anleihen offiziell zwar nicht billigen, werde aber nichts gegen sie unternehmen – nachdem US-Banken schon seit September über eine 500 Millionen Dollar-Anleihe an England und Frankreich verhandeln.

Dazu paßt, daß Oberst House, Wilsons Graue Eminenz, nach einer Unterredung mit Aristide Briand am 9. Februar 1916 an Präsident Wilson schreibt. Wir einigten uns schließlich dahin, daß sie nicht intervenieren würden, wenn die Alliierten im Frühjahr und Sommer nennenswerte Erfolge hätten. Wenn dagegen die Flut des Krieges gegen sie ginge oder sich nicht veränderte, würden sie intervenieren."

Dazu paßt, daß Bryan-Nachfolger Außenminister Lansing um die Jahreswende 1916/17 im Gespräch mit dem französischen Botschafter Jusserand die Alliierten zu einer verschärften Ablehnung des Friedens zu veranlassen sucht. ...<<

Ablehnung des Friedensangebotes der Mittelmächte im Jahre 1916

Nach der Eroberung Rumäniens gab die deutsche Regierung am 12. Dezember 1916 ein Friedensangebot der Mittelmächte an die Entente ab.

Das Deutsche Reich verzichtete am 26. Dezember 1916 auf die Nennung von konkreten Friedensbedingungen, weil die französisch-britischen Bedingungen für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn unannehmbar waren.

Die Entente lehnte am 30. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916 ab, da keine konkreten Friedensbedingungen genannt wurden. Angesichts der "Bedrohung der Freiheit" hielt der französische Außenminister Aristide Briand allein schon das Wort Frieden für frevelhaft (x041/68).

Kriegseintritt der USA

Nach der Versenkung mehrerer US-Schiffe führte der deutsche U-Boot-Krieg schließlich am 6. April 1917 zum US-Kriegseintritt.

Der Kriegseintritt Nordamerikas am 6. April 1917 brachte endgültig die Wende des Ersten Weltkrieges. Die US-Wirtschaftsmacht führte den bereits ermatteten, kriegsmüden britisch-französischen Verbündeten danach schier unerschöpfliche Kriegsmaterial- und Truppenverstärkungen zu, so daß die Überlegenheit der Ententemächte von Tag zu Tag größer wurde. US-Senator George Norris aus Nebraska gab im Jahre 1917 folgende Stellungnahme ab (x056/137): >>... Nach meiner Meinung hätten wir von Anfang an die strikteste Neutralität wahren sollen. Wenn wir das getan hätten, stünden wir jetzt nicht am Rande des Krieges. ... Der Krieg bringt Reichtum für die Spekulanten der Wall Street ... Sie wollen Geld verdienen durch den Krieg und die Vorbereitung des Krieges ... Wir gehen in den Krieg auf den Befehl des Goldes ...

Die Folgen könnten sein, daß Millionen unserer Brüder ihr Blut vergießen müssen, daß Millionen Frauen weinen müssen, daß Millionen Kinder frieren müssen und Millionen Säuglinge verhungern müssen – und alles nur, weil wir das Recht amerikanischer Bürger wahren wollen, Waffen an kriegsführende Staaten zu liefern.<<

Winston S. Churchill, während des Ersten Weltkrieges britischer Marineminister, berichtete später über den Kriegseintritt der USA im Jahre 1917 (x068/199): >>Amerikas Kriegseintritt 1917 war ein unseliger Schritt. Wäret Ihr zu Hause geblieben und Euren eigenen Geschäften nachgegangen, dann hätten wir im Frühjahr 1917 mit den Zentralmächten Frieden geschlossen. ...<<

Wenn sich die Vereinigten Staaten von Amerika am 6. April 1917 nicht aus wirtschaftlichen und machtpolitischen Gründen in den Ersten Weltkrieg eingemischt hätten, wäre es angesichts der unentschiedenen militärischen Lage und der hohen Verluste (allein während der strategisch völlig sinnlosen Kämpfe um Verdun von Februar bis Dezember 1916 fielen mindestens

335.000 Deutsche und 360.000 Franzosen) noch im Dezember 1916 oder im Januar 1917 zu einem Waffenstillstand ("Erschöpfungsfrieden") im Osten und Westen gekommen. Die europäischen Kriegsparteien hätten sich danach notgedrungen auf einen maßvollen Verständigungsfrieden (Wiederherstellung der Vorkriegslage und angemessene Entschädigungen für Sachschäden in den Kampfgebieten) geeinigt. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts hätte sicherlich einen völlig anderen Verlauf genommen.

Die Balfour-Deklaration

Am 2. November 1917 erteilte der britische Außenminister Arthur James Balfour (1848-1930, 1902-1905 Ministerpräsident, 1916-1919 Außenminister) Lord Rothschild bzw. dem jüdischen Politiker Chajjim B. Weizmann (1874-1952, ein Führer der zionistischen Organisation) eine offizielle Zusage, in Palästina eine nationale Heimstätte der Juden bzw. einen Judenstaat zu errichten.

In der sog. Balfourerklärung hieß es (x128/361): >>Mein Lieber Lord Rothschild!, zu meiner großen Genugtuung übermittle ich ihnen namens Seiner Majestät Regierung die folgende Sympathie-Erklärung für die jüdisch-nationalen Bestrebungen, die vom Kabinett geprüft und gebilligt worden ist.

Seiner Majestät Regierung betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte in Palästina für das jüdische Volk mit Wohlwollen und wird die größten Anstrengungen machen, um die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, wobei klar verstanden wird, daß nichts getan werden soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte bestehender nichtjüdischer Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und die politische Stellung der Juden in irgendeinem anderen Lande beeinträchtigen könnte.

Ich bitte Sie, diese Erklärung zur Kenntnis der zionistischen Föderation zu bringen.<<

Diese Erklärung wurde später zur Grundlage des jüdischen Anspruches auf Westpalästina (x073/71).

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Balfour-Deklaration" (x051/57): >>Balfour-Deklaration, Erklärung des britischen Außenministers Balfour (1848-1930) in einem Brief vom 2.11.17 an den Zionistischen Weltkongreß, die "Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina" nach Kräften zu erleichtern.

Die Balfour-Deklaration wurde von den Zionisten als verbindliche Zusage zur Bildung eines jüdischen Staates auf dem Boden des britischen Mandatsgebiets interpretiert, von den Gegnern nur als Zusicherung des Wohn- und Lebensrechts. Mit Berufung auf die Balfour-Deklaration versuchten v.a. die im Dritten Reich verfolgten deutschen Juden Einwanderungsgenehmigungen zu erzwingen.

Aus Rücksicht auf die arabische Bevölkerung aber legten die Briten die Balfour-Deklaration sehr eng aus und lehnten in einem Weißbuch vom Mai 39 ausdrücklich eine jüdische Staatsbildung ab.<<

Bildung einer vorläufigen "Deutschen Republik"

Matrosen der Kriegsmarine riefen am 3. November 1918 in Kiel zum Aufstand auf, der in den folgenden Tagen auch auf viele große deutsche Städte übergriff.

Der russische Schriftsteller Nicolai Starikow schrieb später über die deutsche Revolution im November 1918 (x337/147): >>Warum also fand die Revolution statt? Weil sie in Gang gesetzt wurde.

Die gleichen Kräfte, die das russische Reich im Februar und Oktober (1917) zu Boden warfen, standen nun bereit, seinen zweiten geopolitischen Rivalen zu begraben - das Reich Kaiser Wilhelms. Und begraben haben sie es! Der künstliche Zusammenbruch Deutschlands schuf den fruchtbaren Boden für die Nazis. ...<<

In Berlin brach am 9. November 1918 eine Revolution aus. Am Morgen rief der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat zum Generalstreik auf. Trotz Massendemonstrationen von Arbeitern und Soldaten erhielt das Militär um 13 Uhr Schießverbot.

Reichskanzler Prinz Max von Baden gab später am 9. November 1918 eigenmächtig, ohne die Zustimmung des Kaisers, den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und trat danach ebenfalls zurück.

Der SPD-Politiker Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25).

Abschluß des Waffenstillstandes vom 11. November 1918

Nach ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Heeresleitung unterzeichneten die deutschen Unterhändler am 11. November 1918, um 11.55 Uhr, ein Waffenstillstandsabkommen, daß wesentliche Vereinbarungen des nordamerikanischen "14 Punkte-Friedens" enthielt. Danach schwiegen an den europäischen Fronten die Waffen.

Nach dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um die Bevölkerung des Deutschen Reiches systematisch auszuhungern.

Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt.

General J. F. Fuller schrieb später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515): >>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<

Winston Churchill erklärte später (am 3. März 1919) vor dem britischen Unterhaus (x063/520): >>Wir halten unsere gesamte Waffenmacht in vollem Gange oder in unmittelbarer Einsatzbereitschaft. Wir führen die Blockade mit äußerster Schärfe durch. ...

Deutschland ist dem Verhungern nahe. ...

Jetzt ist der rechte Augenblick gekommen, den Vertrag durchzusetzen! ...<<

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber blieb (x340/216-217): >>... Die Kriegsbetreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungsgrößkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital. ...

Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.

Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.

Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

Verluste des Ersten Weltkrieges

Der von den NWO-Geheimorganisationen inszenierte Erste Weltkrieg war mit Abstand der verlustreichste Krieg der damaligen Weltgeschichte. Die Zahl der Kriegstoten und Verwundeten erreichte noch nicht gekannte, nie für möglich gehaltene Ausmaße. Europa ging regelrecht in Blut in Tränen unter.

Im Verlauf des Ersten Weltkrieges von 1914-18 fielen rd. 8.551.000 Soldaten (davon waren rd. 1.809.000 Deutsche) und 19.536.000 wurden verwundet (davon waren 4.247.000 Deutsche).

Dieser zunächst verdeckte Kampf zwischen dem internationalen Kapital und den regierenden Dynastien zerstörte nicht nur das Deutsche Reich, sondern förderte außerdem in den folgenden Jahrzehnten ständig weitere furchtbare Katastrophen, die vor allem das Deutsche Volk heimsuchten.

Der unfreiwillige Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II.

US-Präsident Wilson forderte in der dritten Note vom 23. Oktober 1918 den Rücktritt des deutschen Kaisers, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen (x243/12): >>Der Waffenstillstand muß ... eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschland unmöglich ... machen. ...

Die ... Vereinigten Staaten werden nur ... mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln. ... Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, ... kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. ...<<

Am 7. November 1918 trat der bayerische König als erster Fürst des Deutschen Reiches widerstandslos zurück.

Reichskanzler Prinz Max von Baden gab später am 9. November 1918 eigenmächtig, ohne die Zustimmung des Kaisers, den Rücktritt des deutschen Kaisers Wilhelm II. bekannt und trat danach ebenfalls zurück.

Der SPD-Politiker und Mitglied des Reichstages Philipp Scheidemann verkündete am 9. November 1918, um 14.00 Uhr, die Bildung der vorläufigen "Deutschen Republik" und übertrug die Regierungsgeschäfte an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert (x191/25).

Kaiser Wilhelm II. floh am 10. November 1918 nach Holland.

Kaiser Wilhelm II. dankte schließlich am 28. November 1918 im holländischen Exil ab, um anständige, gerechte Friedensverhandlungen nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons zu ermöglichen.

Die handschriftlich unterzeichnete Abdankungsurkunde des Kaisers vom 28. November 1918 lautete wie folgt (x979/...): >>Ich verzichte hierdurch für alle Zukunft auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone.

Zugleich entbinde ich alle Beamten des Deutschen Reiches und Preußens sowie alle Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der Marine, des Preußischen Heeres und der Truppen der Bundeskontingente des Treueeides, den sie Mir als ihrem Kaiser, König und Obersten Befehlshaber geleistet haben.

Ich erwarte von ihnen, daß sie bis zur Neuordnung des Deutschen Reichs den Inhabern der tatsächlichen Gewalt in Deutschland helfen, das Deutsche Volk gegen die drohenden Gefahren der Anarchie, der Hungersnot und der Fremdherrschaft zu schützen.<<

Der ehemalige Kaiser hoffte später vergeblich auf eine baldige Wiederherstellung des Deutschen Reiches.

Kaiser Wilhelm II. verzichtete am 28. November 1918 zwar persönlich auf den Thron des Königreiches Preußen und auf den Kaiserthron des Deutschen Reiches, aber seine Verzichtserklärung beendete völkerrechtlich nicht das Königreich Preußen und das deutsche Kaiserreich. Das Recht auf die Thronfolge änderte sich durch die persönliche Verzichtserklärung des Kaisers ebenfalls nicht!

Die Weimarer Republik von 1918-1933: 15 Jahre Unfreiheit für die Deutschen

Wo wir in Gott, das heißt in der Wahrheit sind, dort sind wir zusammen, wo wir im Teufel, das heißt in der Lüge sind, ist jeder für sich allein.

Lew Nikolajewitsch Graf Tolstoi (1828-1910, russischer Dichter)

Gründung der "Weimarer Republik"

Am 11. Februar 1919 wählten die republikanischen Parteien - Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratische Partei - Friedrich Ebert in Weimar zum Reichspräsidenten. Die Nationalversammlung tagte damals in Weimar, weil in Berlin vielerorts noch schwere Unruhen herrschten.

Am 31. Juli 1919 beschloß die deutsche Nationalversammlung bzw. die Weimarer Koalition der Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumspartei nach langen Beratungen in Weimar mit 262 gegen 75 Stimmen die neue Verfassung der "Weimarer Republik" (x034/60-61).

Die Nationalversammlung verkündete nach 5monatiger Beratung am 11. August 1919 die Weimarer Verfassung. Die Weimarer Verfassung wurde danach von Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet.

Deutschland zählte seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat und verfügte nicht über die klassische Merkmale eines Staates (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen, Teilauflösung des deutschen Heeres etc.) zählte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Die maßgeblichen Politiker der Weimarer Republik versuchten trotz alledem, die Interessen des deutschen Volkes zu verteidigen (Widerstand gegen die völkerrechtswidrige Ruhrbesetzung etc.).

Weimarer Verfassung

Die Weimarer Verfassung war keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes, denn Deutschland wurde damals von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert. Der Reichspräsident, der für 7 Jahre vom Volk gewählt wurde, hatte den Oberbefehl über die Armee und besaß gemäß Artikel 48 herausragende Rechte. Falls es die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderte, konnte der Reichspräsident z.B. gemäß Verfassung des Deutschen Reiches eigenmächtig den Reichskanzler abberufen bzw. ernennen, die Reichswehr einsetzen und vorübergehend sogar einen Teil der Grundrechte außer Kraft setzen (sogenannte "Notverordnungen").

Staatsangehörigkeit

Die Staatsangehörigkeit richtete sich nach dem Reichs- und Staatsbürgergesetz des Deutschen Reiches von 1913. Jeder Deutsche, der im Deutschen Reich lebte, war damals nach dem öffentlichen Staats- und Völkerrecht Reichsdeutscher. Eine einheitliche deutsche Staatsangehörigkeit gab es im Deutschen Reich nicht. Es galten die Staatsangehörigkeiten der einzelnen deutschen Länder (Preußen, Bayern, Hessen, Württemberg etc.).

Unruhen und Aufstände

Am 5. Januar 1919 entschlossen sich die russisch-sowjetisch gelenkten Kommunisten schließ-

lich, unter Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die proletarische Diktatur gewaltsam zu erzwingen. Als die Kommunisten nach heftigen Straßenkämpfen die Berliner Reichskanzlei angriffen, ließ der SPD-Politiker Gustav Noske, 1918/1919 Oberbefehlshaber der Freikorps, Freiwilligenverbände des deutschen Heeres in Berlin einrücken, um den bewaffneten Aufstand des linksradikalen Spartakusbundes vom 5.01. bis zum 15.01.1919 blutig niederzuschlagen. Im Verlauf des Spartakusaufstandes kamen etwa 1.200 Menschen um (x122/433).

Am 8. März 1919 wurde der Generalstreik in Berlin und in Thüringen nach erbitterten Kämpfen abgebrochen. Die gnadenlosen Kämpfe forderten etwa 1.000 Todesopfer (x034/38).

Nach monatelangen schweren Kämpfen - mit über 3.000 Toten - setzten sich die bayerischen Freikorps im Mai 1919 durch und schlugen den Aufstand der Kommunisten in München nieder (x090/258).

Als der kommunistische Terrorismus stärker wurde, entwickelte sich schnell eine nationalsozialistische Gegenbewegung, die den "roten Terror" mit dem "braunen Terror" bekämpfte. Die Kommunisten und Nationalsozialisten kämpften zwar angeblich gegen den Nationalsozialismus bzw. gegen den Kommunismus, aber beide Gruppen verfolgten letztlich die gleichen radikalen diktatorischen Ziele. Sowohl die KPD als auch die NSDAP strebten bereits frühzeitig die gewaltsame Terrorherrschaft und Vernichtung der deutschen Demokratie an.

Von 1919-23 kämpften die schwachen deutschen Regierungen fast ständig gegen linksradikale Kommunisten und rechtsradikale Nationalsozialisten um ihre Existenz. Oftmals gelang es den deutschen Regierungen nur mit letzter Kraft, den Terror der Kommunisten und Nationalisten zu bekämpfen.

Versailler Friedensvertrag

Der französische Marschall Ferdinand Foch schrieb am 10. Januar 1919 an die Bevollmächtigten der alliierten Mächte (x243/12): >>Deutschland bleibt noch für lange Zeit, bis zu einer völligen Wandlung seiner Politik und seiner Weltanschauung, eine furchtbare Bedrohung für die Zivilisation. ...<<

Am 18. Januar 1919 wurden in Paris die "Friedensverhandlungen" für den Ersten Weltkrieg eröffnet. An den Verhandlungen, die von Januar bis April 1919 geführt wurden, nahmen zwar die Vertreter aus 27 Siegermächten teil, aber die Entscheidungen fällte schließlich nur der "Rat der Großen Vier", der französische Ministerpräsident Georges Clemenceau, der britische Premierminister David Lloyd George, US-Präsident Thomas W. Wilson und der italienische Ministerpräsident Vittorio E. Orlando bzw. der "Rat der Großen Drei" - ohne Orlando. Die besiegten Staaten der "Mittelmächte" - Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Osmanisches Reich und Bulgarien - und Sowjet-Rußland schloß man von allen Verhandlungen aus.

Die Londoner "Times" schrieb im Jahre 1919 (x063/527): >>... Sollte Deutschland in den nächsten 50 Jahren wieder Handel zu treiben beginnen, so haben wir diesen Krieg umsonst geführt.<<

Die führenden Ententemächte hielten ihre geheimen Absprachen und Verträge konsequent ein. Während der erbitterten Kämpfe um die Kriegsbeute wurde das "14 Punkte-Programm" des nordamerikanischen Präsidenten entweder überhaupt nicht beachtet oder nur in abgeänderten Formen übernommen. Die Vermischung der europäischen und nordamerikanischen Vorstellungen wirkte sich für das Deutsche Reich bzw. für die verhaßten "deutschen Hunnen" ausgesprochen verhängnisvoll aus.

Nach der Veröffentlichung der "Friedensbedingungen" war die gesamte deutsche Nation tief bestürzt und restlos erschüttert, denn dieser "Friedensvertrag" sollte offensichtlich keinen Frieden einleiten.

Der SPD-Vorstand rief am 9. Mai 1919 die Sozialisten aller Länder um Hilfe (x034/48):

>>Proletarier aller Länder! Vereinigt Eure Kraft um einen Gewaltfrieden zu verhindern, der Europa nicht zur Ruhe kommen lassen wird. ...<<

Aufgrund der französisch-britischen Friedensbedingungen traten am 26. Mai 1919 neun Mitglieder der US-Friedensdelegation bestürzt zurück.

Der südafrikanische Ministerpräsident Jan Smuts schrieb am 30. Mai 1919 an US-Präsident Wilson (x068/197-198): >>... daß wir gegenüber den Deutschen unter einer feierlichen Verpflichtung stehen, einen Wilsonfrieden zu schließen, einen Frieden in Übereinstimmung mit ihren 14 Punkten und anderen 1918 verkündeten Grundsätzen. Es besteht nach meiner Ansicht absolut kein Zweifel, daß dem so ist ... Wir sind verpflichtet, einen Frieden zu schließen im Rahmen der 4 Eckpfeiler Ihrer Punkte und Prinzipien ...

Es wird eine furchtbare Enttäuschung geben, wenn die Völker zu der Auffassung gelangen, daß wir keinen Wilsonfrieden schließen, daß wir der Welt nicht unsere Versprechungen und der Öffentlichkeit nicht die Treue halten ... und wir werden mit der schwersten Schande überschüttet werden und dieser Frieden könnte dann wohl sogar noch größeres Unheil für die Welt bedeuten, als es der Krieg war.<<

Als die deutsche Nationalversammlung die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigerte, forderten die Siegermächte am 16. Juni 1919 ultimativ innerhalb von 5 Tagen die bedingungslose Anerkennung des Vertrages und drohten mit der sofortigen Besetzung des gesamten Deutschen Reiches sowie Fortsetzung der Hungerblockade.

Aufgrund der ultimativen Drohung der Siegermächte, den Krieg erneut zu eröffnen und nach Deutschland einzumarschieren, unterzeichneten die deutschen Delegierten schließlich am 28. Juni 1919 den von den Siegern allein ausgehandelten und diktierten "Versailler Friedensvertrag".

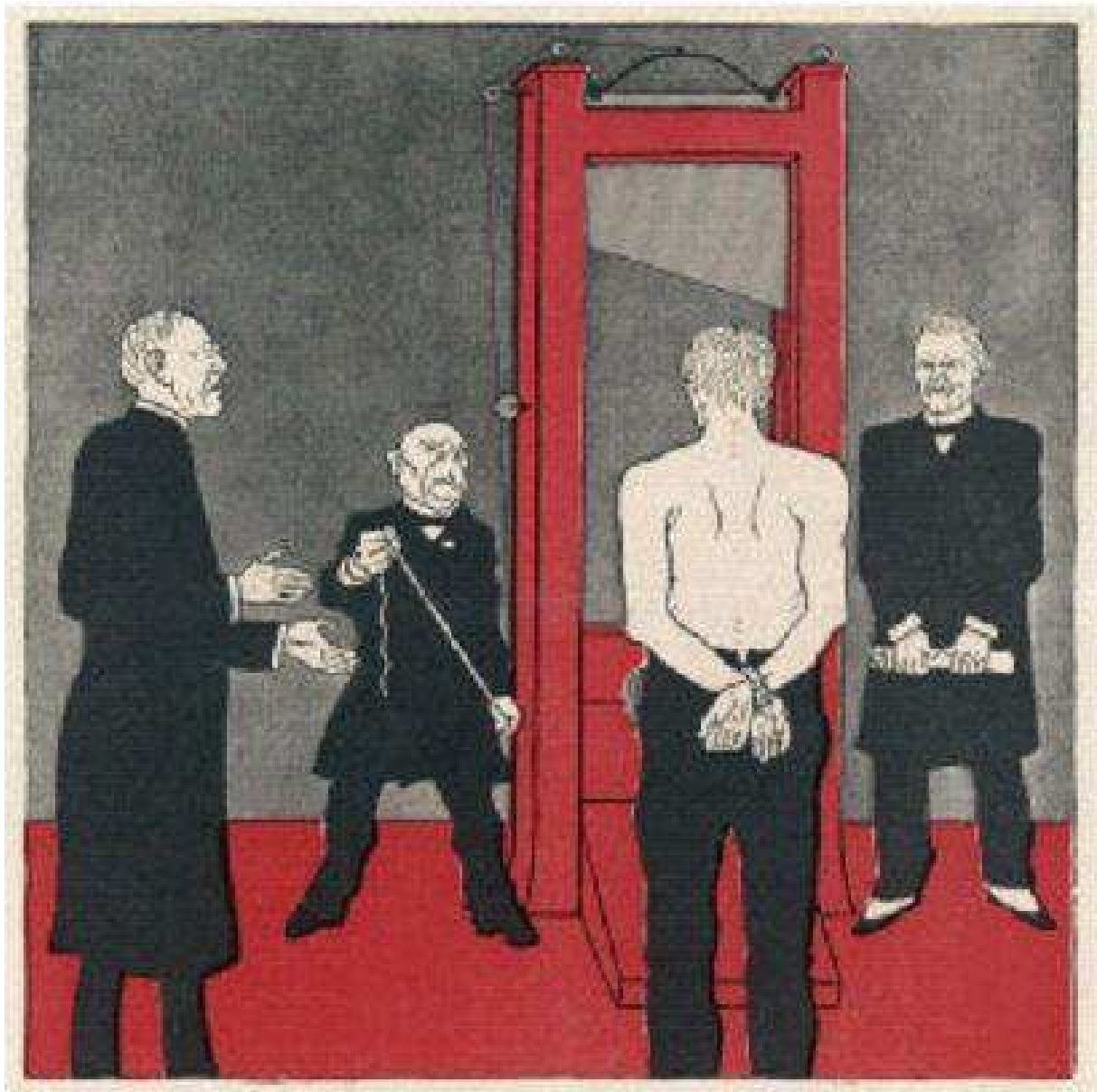


Abb. 55 (x149/38): Karikatur aus dem "Simplicissimus" 1919. Die Überschrift lautet: "Versailles", sie ist unterschrieben: Auch Sie haben noch ein Selbstbestimmungsrecht: Wünschen Sie, daß Ihnen die Taschen vor oder nach dem Tode ausgeleert werden?"

Vor der Unterzeichnung erklärte der SPD-Politiker Hermann Müller am 28. Juni 1919 (x065/-371): >>Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit ... aufzugeben, erklärt die deutsche Regierung, daß sie bereit ist, die ... Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen.<<

Oberst Edward M. House, ein Berater des US-Präsidenten, berichtete später über die Unterzeichnung des Friedensvertrages im Spiegelsaal von Versailles (x068/199): >>Ich hatte ein Gefühl der Sympathie mit den Deutschen, die stoisch dasaßen. Es war dem ähnlich, was man in alten Zeiten tat: der Sieger schleifte den Besiegten hinter seinem Wagen her ...<<

Infolge der gnadenlosen Methoden der Siegermächte mußte sich die deutsche Regierung - wie nach dem Ende des 30jährigen Krieges im Jahre 1648 - der menschenverachtenden Gewalt beugen. Der gewaltsam erpreßte Versailler Friedensvertrag war zweifelsfrei ein hinterhältiger Gewaltakt der Siegermächte Frankreich, Großbritannien und USA (Ziele: Ausschaltung der "aufmüpfigen" deutschen Industrie- und Wirtschaftsmacht, Durchsetzung von gewaltsam erpreßten, ungerechten "Friedensbedingungen", wie z.B. Gebietsabtretungen, Wiedergutma-

chungsleistungen etc., die zwangsläufig zu einem erneuten Krieg führen mußten).

Ohne die heimtückischen Maßnahmen und katastrophalen Folgen dieses vermeintlichen "Friedensvertrages" hätte es sicherlich keinen Zweiten Weltkrieg gegeben.

Der gewaltsam erpreßte Versailler Friedensvertrag war eigentlich ein Racheakt der Siegermächte Frankreich, Großbritannien und USA. Der Vertrag von Versailles galt im Deutschen Reich allgemein als "Schandvertrag", heimtückischer Verrat und arglistiger Vertrauensbruch. Die meisten Deutschen lehnten die Unterzeichnung des Vertrages entschieden ab, denn man verweigerte den Deutschen damals nicht nur das völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht, sondern das Land war außerdem fast schutzlos und sollte unfaßbare Reparationen zahlen. Die deutschen Unterzeichner des Versailler Vertrages wurden später unentwegt als Volksverräter bzw. "Novembervbrecher" beschimpft und verunglimpft.

Hitler wäre ohne die von den meisten Deutschen als ungerecht empfundenen "Erniedrigungen und Fesseln von Versailles" mit großer Sicherheit niemals an die Macht gekommen.

Der US-Senat weigerte sich am 18. November 1919, den gewaltsam erpreßten Versailler Vertrag zu ratifizieren.

US-Senator William E. Borah erklärte während dieser Senatsdebatte (x065/372-373): >>... Ihr Vertrag bedeutet nicht Frieden. Wenn wir die Zukunft an Hand der Vergangenheit beurteilen, bedeutet er Krieg ...<<

Der britische Politiker David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x321/80): >>Die internationalen Bankiers diktierten die Reparationsübereinkommen. Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit dem gebieterischen Wesen absolutistischer Monarchen, die wußten, daß es gegen die grausamen Dekrete keinen Einspruch gab. ...<<

In einem "Spiegel-Interview" vom 25. Januar 1971 erklärte der damalige US-Gouverneur des US-Bundesstaates Alabama, George Wallace: >>... Amerika ist in gewisser Weise mitverantwortlich für den Zweiten Weltkrieg. Denn dieser Krieg hätte sich vermeiden lassen ... Der Vertrag von Versailles war ein Racheakt. Man hat den Deutschen diesen Vertrag aufgezwungen, was wirklich unfair war. Hätte es diesen Vertrag nicht gegeben, dann hätte es auch keinen Hitler gegeben ...<<

Infolge der Tatsache, daß die Anerkennung des Versailler Friedensvertrages gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt wurde, waren sämtliche "Friedensbedingungen", wie z.B. Gebietsabtretungen, Wiedergutmachungsleistungen etc. unwirksam, so daß die Grenzen des Deutschen Reiches völkerrechtlich unverändert blieben.

Besetzung des Ruhrgebietes

Als das Deutsche Reich nicht rechtzeitig genügend Holz und Kohlen lieferte, marschierten am 11. Januar 1923 französisch-belgische Truppen in das Ruhrgebiet ein - später hielten sich dort insgesamt rund 100.000 Besatzungssoldaten auf.

Die empörte Bevölkerung des Ruhrgebietes reagierte vielerorts mit passiven Widerstandshandlungen. Im Deutschen Reich brach nach der Besetzung des Ruhrgebietes ein Sturm der Entrüstung los.

Nach der Besetzung des Ruhrgebietes verkündete Reichskanzler Wilhelm Cuno am 13. Januar 1923 den "passiven Widerstand". Die deutschen Botschafter verließen Paris und Brüssel. Im Ruhrgebiet versenkte man später vielerorts Schiffe, um Kanäle zu blockieren und sprengte Bahnstrecken, um den Abtransport der Kohle zu verhindern. Sämtliche Kohlelieferungen wurden eingestellt. Bei den erbitterten Auseinandersetzungen kamen später mindestens 132 Deutsche um. Die Besatzer verhängten außerdem 11 Todesurteile und 5 lebenslange Zuchthausstrafen (x034/204).

Nach der Massenausweisung von rund 150.000 Deutschen und erfolglosen deutsch-französischen Verhandlungen brach die deutsche Reichsregierung am 26. September 1923 den Generalstreik wegen völliger Zerrüttung der Wirtschaft ab. DNVP und KPD lehnten diese Entscheidung ab.

Als der deutsche Reichskanzler Gustav Stresemann den Widerstand abbrechen ließ, protestierte die bayerische Regierung gegen den Abbruch des passiven Widerstandes. Der bayerische Ministerpräsident Gustav Ritter von Kahr forderte, den Versailler Vertrag sofort zu kündigen.

Oswald G. Villard schrieb im Oktober 1923 über die Ruhrgebietsbesetzung (x063/541): >>... daß der passive Widerstand zusammenbrach, war ein Unglück für die ganze Welt, denn nichts ist heute nötiger als der Beweis, daß es noch einen anderen Weg gibt als den Weg der Gewalt, um Despoten und Tyrannen in die Knie zu zwingen.<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Besetzung des Ruhrgebietes (x063/540-541): >>... Den Vorwand gab ein unbedeutender deutscher Verzug in der Lieferung von Kohle und Telegrafentangen. Dahinter stand die Absicht, die französischen Rheinlandpläne, die Amerika 1919 verhindert hatte, wiederaufzunehmen. Die englischen Kronjuristen erklärten Frankreichs Vorgehen sofort als unbegründet und rechtswidrig.

...

Das deutsche Volk antwortete mit dem passiven Widerstand, und die Reichsregierung ordnete die Einstellung aller Reparationslieferungen für Belgien und Frankreich an.

Die Ruhrbesetzung brachte das deutsche Wirtschaftsleben nahezu zum Stillstand. Um die beschäftigungslosen Massen am Leben zu erhalten, mußten schließlich 30 Druckereien Tag und Nacht Noten drucken. 1923 stieg der amerikanische Dollar auf 4,2 Billionen Mark.

Da ... die deutschen Gerichte bis gegen Ende der Inflation den Grundsatz "Mark ist Mark" aufrechterhielten, konnten ungeheure Vermögen neu erworben werden, während die Ersparnisse vieler Generationen hinwegschmolzen. Mit wenig ausländischem Gelde konnte man Fabriken, Aktien, Schmuck oder ganze Häuserblocks kaufen. Fremdenhaß und Antisemitismus breiteten sich bei den verarmten Mittelschichten aus und der Rechtsradikalismus kam immer mehr auf seine Rechnung.

Die Völkerversöhnung hatte offensichtlich Schiffbruch erlitten. Deutschland sah sich der Willkür von Feinden preisgegeben, für die der Friede nur die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln war. Am verhängnisvollsten sollte sich die Proletarisierung der Mittelklasse auswirken. Ihr sozialer Absturz verband sich mit dem verletzten Nationalgefühl zugunsten aller antidemokratischen Kräfte.

Die Ruhrbesetzung ... war als Triumph der rohen Gewalt ein Unglück für ganz Europa. Ein Sieg des passiven Widerstandes dagegen hätte der Gewalt als Mittel der Politik im Bewußtsein der Völker eine entscheidende Niederlage beibringen können.<<

Inflation

Infolge der ungerechtfertigten Ruhrgebietsbesetzung, die Kosten in Höhe von rd. 3,5 Milliarden Goldmark verursachte, brach im September/Oktober 1923 fast die gesamte deutsche Wirtschaft völlig zusammen und verstärkte die dramatische Inflation. Die Druckereien und Papierfabriken stellten pausenlos neue Banknoten her und die Preise kletterten auf astronomische Höhen. Die Inflation führte schließlich zu einer völligen Entwertung der deutschen Währung.

Im September 1923 betrug der Wertverlust gegenüber 1914 schließlich 100 % (x149/42).

Die Inflation zertrümmerte innerhalb von einigen Monaten das gesamte Sozialgefüge des Deutschen Reiches, so daß sich überall Feindschaft und Mißtrauen gegenüber dem Staat ausbreiteten. Im Deutschen Reich gab es schon bald über 2,0 Millionen Arbeitslose. Millionen von Deutschen verloren bei dieser Währungskatastrophe ihr mühsam erspartes Geld und wur-

den mit einem Schlag bettelarm.

Gleichzeitig erwarben viele ausländische Investoren, deutsche Spekulanten - darunter waren auch zahlreiche Juden - und gewissenlose Geschäftemacher äußerst günstig riesige Vermögenswerte (Fabrikanlagen, Wohnblocks, Grundstücke usw.), so daß sich im Deutschen Reich vor allem bei den Arbeitslosen und der verarmten Mittelschicht eine gefährliche Radikalisierung, Antisemitismus und Fremdenhaß ausbreiteten.

Deutsche Ostpolitik (1919-1933)

Alle Regierungen der Weimarer Republik bemühten sich seit 1919 konsequent und unermüdet, um in den ostdeutschen Abtretungsgebieten starke deutsche Volksgruppen zu erhalten, denn die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes war äußerst wichtig, wenn man irgendwann Grenzrevisionen erreichen wollte.

Das Deutsche Reich konnte zwar aufgrund der langjährigen Trennung die Abtretung Elsaß-Lothringens hinnehmen, aber keine deutsche Regierung der Weimarer Republik war bereit, die willkürlichen "neuen Ostgrenzen" anzuerkennen. Angesichts der größtenteils ungerechten Gebietsabtretungen waren die deutschen Regierungen grundsätzlich nicht bereit, auf die mühevoll kultivierten, kostbaren preußischen Ostprovinzen zu verzichten, um die man z.T. jahrhundertlang erbittert gekämpft hatte.

Obleich das entwaffnete Deutsche Reich gegenüber den hochgerüsteten europäischen Nachbarn fast wehrlos war, bemühten sich fast alle deutschen Politiker der Weimarer Republik beharrlich, um eine Revision der deutschen Ostgrenzen zu erreichen. Die preußischen Außenpolitiker waren mit dieser Einstellung nicht allein, denn auch die große Mehrheit des deutschen Volkes wollte die "neuen Volksdeutschen" nicht im Stich lassen.

Stanislaw Grabski, ein führender nationaldemokratischer Politiker, forderte im September 1919 eine extrem nationale Minderheitenpolitik. In den neuerworbenen polnischen Gebieten müßte man die fremden Elemente auf 1,5 % herabdrücken - die Deutschen stellten damals in den ehemaligen preußischen Provinzen 35,4 % der gesamten Bevölkerung (x025/42).

Der polnische Staatsrechtler Kutrzeba schloß Vertreibungen nicht aus, denn die Vertreibung derjenigen, die von den Besatzern ins Land gebracht wurden, um ihm ein fremdes Aussehen zu geben, würde nur den alten Rechtszustand wieder herstellen (x025/179).

Julius Leber, führender Sozialdemokrat und späterer Widerstandskämpfer, erklärte im Jahre 1925 zu den deutschen Ostgrenzen (x084/117): >>... Nie werde es eine deutsche Regierung geben, die den polnischen Korridor freiwillig und feierlich als ewiges Recht anerkennen kann. Zu schmerzhaft steckt dieser Pfahl im Fleisch der deutschen Republik. Zu sinnlos zerschneidet er den deutschen Boden.<<

Am 19. April 1926 informierte Außenminister Stresemann den deutschen Botschafter in London über die Problematik der deutsch-polnischen Grenze (x034/289): >>... Nur ein uneingeschränkter Wiedergewinn der Souveränität über die in Rede stehenden Gebiete - der Korridor, Danzig, Oberschlesien - ... kann uns befriedigen. ...<<

Reparationszahlungen

Während der Konferenz von Paris im Januar 1921 forderten die Siegermächte eine Entschädigung von 269 Milliarden Goldmark, zahlbar in 42 Jahresraten. Ferner verlangte man eine 42jährige Ausfuhrabgabe von jährlich etwa 1-2 Milliarden Goldmark (x041/85). Nach Bekanntgabe dieser unfaßbaren Forderung reagierte das deutsche Volk mit großer Empörung oder völliger Verzweiflung.

Damit man die jährlichen Reparationen zahlen konnte, mußte das Deutsche Reich notgedrungen ständig mehr ausländisches Fremdkapital aufnehmen. Diese völlig unrealistischen Reparationszahlungen wirkten sich langfristig katastrophal aus, denn sie blockierten zwangsläufig

den Wiederaufbau eines gefestigten Staates und verhinderten die Wiederherstellung der deutschen Kreditfähigkeit. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich später während der Weltwirtschaftskrise besonders verhängnisvoll aus.

Der deutsche Journalist und Autor Jürgen Elsässer schrieb später über das Vorgehen der Wall Street bei der Reparationsfrage nach dem Ersten Weltkrieg (x321/81): >>... Der Unterschied zwischen der Politik der französischen Regierung und dem Vorgehen der Wall Street in der Reparationsfrage war der zwischen mittelalterlicher Brutalität und neuzeitlicher Raffinesse. Die Franzosen verhielten sich wie Raubritter, sie wollten ihr Territorium bis zum Rhein erweitern und alles konfiszieren, was nicht niet- und nagelfest war. ...

Diese Strategie führte in das Chaos des Jahres 1923: Mit der Besetzung des Ruhrgebietes erreichte Paris keine erhöhten Kohle- und Stahlablieferungen - aber hätte beinahe die Machtergreifung von extrem links (in Mitteldeutschland) oder von extrem rechts (in Bayern) ermöglicht.

Die Wall Street setzte nach diesem Fiasko eine clevere Wende durch: Damit man die deutsche Kuh bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag melken konnte, mußte man sie durch kontrollierte Fütterung am Leben halten, wenn auch nur knapp über dem Existenzminimum und unter scharfer Bewachung. Der Dawes-Plan 1924 und der Young-Plan von 1929 waren die operative Umsetzung des neuen Kurses: Deutschland erhielt amerikanische Kredite, mit denen es seine Schuldzinsen an Frankreich und Großbritannien bezahlen konnte, die damit wiederum ihre kriegsbedingten Außenstände an die Wall-Street-Banken abtrugen. Das ganze war ein perfekter Ringtausch, im Zuge dessen J. P. Morgan & Co. ihre Darlehenssummen umgehend zurückbekamen, ohne daß sich die deutsche Schuld verringerte - dafür sorgte das Zinseszins-System. ...<<

Die "Goldenen Zwanziger Jahre"

Die deutsche Wirtschaft erholte sich im Jahre 1925 zwar überraschend schnell, aber der Wiederaufbau wurde fast ausschließlich mit Fremdkapital des Auslands - überwiegend durch US-Anleihen - finanziert.

Die sogenannten "Goldenen Zwanziger Jahre" waren nur kurze, "oberflächliche Träume" und spielten sich nur in einer relativ kleinen Bevölkerungsschicht ab. Es war eine Zeit, die besonders durch merkwürdige Übererregtheit, überschwengliche Lebensfreude, dramatisches, hektisches und lautstarkes Leben sowie dümmliche Selbsttäuschung geprägt wurde. Während sich die Schickeria der großen "Welle der Begierde" und "dem Tanz auf dem Vulkan" hingab, erhöhte man für den Arbeitnehmer die tägliche Arbeitszeit von 8 auf 12 Stunden. Die damalige Zeit der "Goldenen Zwanziger" war hauptsächlich eine Epoche der großen Bonzen, Schieber und Spekulanten sowie die große Zeit der ausschweifenden, oberflächlichen Vergnügungsindustrie.

In den Jahren 1925-29 gehörten Bestechungen, Korruptionsfälle, Skandale und Schiebungen von sagenhaften Ausmaßen zur allgemeinen Tagesordnung. Während skrupellose Betrüger, rücksichtslose Wucherer und andere Ganoven riesige Gewinne erzielten, kämpfte die große Mehrheit der verarmten deutschen Bevölkerung täglich um ihre Existenz. In jener Zeit lebten ungezählte hungernde Menschen in bitterer Not, am Rand des Existenzminimums, und hofften auf den Anfang eines besseren Zeitalters.

Die NSDAP wurde im Jahre 1925 in den meisten deutschen Ländern wieder zugelassen und konsequent nach dem "Führerprinzip" ausgerichtet, aber der wirtschaftliche Aufschwung stoppte den Aufstieg der rechtsradikalen Partei zunächst nachhaltig.

Trotz der fast hoffnungslosen Lage stellten sich mutige, pflichtbewußte deutsche Politiker den gewaltigen Aufgaben der Nachkriegsjahre. Die Erste Deutsche Republik kämpfte unentwegt gegen die verhängnisvollen Folgen der Versailler Verträge, denn das deutsche Volk wurde

nach dem Ersten Weltkrieg gewissenlos ausgebeutet, gedemütigt, entrechtet und mehrfach in die nationale Verelendung gestürzt. Oftmals gelang es den deutschen Regierungen nur mit letzter Kraft, die äußeren Grenzen zu schützen, den Terror der Kommunisten und Nationalisten zu bekämpfen sowie die Reparationszahlungen und die Bewahrung der Staatseinheit in den Griff zu bekommen.

Weltwirtschaftskrise

Am 25. Oktober 1929 leitete der sogenannte "Schwarze Freitag" an den Börsen in Nordamerika eine schwere Wirtschafts- und Finanzkrise ein.

Durch die "Große Depression" ereigneten sich in Nordamerika zahllose Unternehmenszusammenbrüche und es begann eine dramatische Massenarbeitslosigkeit. Danach entwickelte sich schnell eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise. Fast 10.000 Banken brachen zusammen (x067/18).

Die Weltwirtschaftskrise verursachte ungezählte Unternehmensbankrotte, große Nachfrage- und Investitionsrückgänge sowie jahrelange Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Infolge der Kündigung nordamerikanischer Anleihen und Termingelder griff die US-Wirtschaftskrise zwangsläufig auf Europa über und löste sofort schwere Wirtschaftskrisen aus.

Für die Deutschen gab es ein besonders "böses Erwachen", denn die Weltwirtschaftskrise riß natürlich das hochverschuldete Deutsche Reich zuerst in das Chaos. Die hohe Verschuldung des deutschen Staates und der deutschen Industrie wirkten sich verhängnisvoll aus. Alle großen Hoffnungen und Zukunftspläne der Deutschen wurden urplötzlich zerstört.

Förderung Adolf Hitlers durch die Wall Street

Agenten des preußischen Innenministers Severing berichteten, daß Hitlers Wahlkämpfe seit 1929 hauptsächlich durch ausländische Banken, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. und durch zahlreiche nordamerikanische Großindustrielle finanziert wurden.

Obwohl Hitlers Kriegspläne bereits seit der Veröffentlichung des Buches "Mein Kampf" im Jahr 1925 bekannt waren, wurde die rechtsradikale NSDAP nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co. und durch zahlreiche nordamerikanische Großindustrielle finanziell unterstützt. Adolf Hitler wurde praktisch von der Wall Street gekauft, um als gehorsamer Erfüllungsgehilfe und Handlanger den Zweiten Weltkrieg zu beginnen und die totale Vernichtung des Deutschen Reiches einzuleiten.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über die finanzielle Unterstützung der NSDAP durch US-Banken (x068/219): >>**Die Wallstreet kauft Hitler**

Es waren dieselben Wallstreet-Kreise, die schon 1917 die bolschewistische Revolution finanziert hatten, die auch Hitler beisprangen, in der einzigen Absicht, seine Machtergreifung, seine Aufrüstung sowie den nächsten Weltkrieg zu ermöglichen und damit für sie selbst noch riesigere Gewinne als im letzten. Dieselben Wallstreet-Kreise übrigens, die nach 1945 auch den Kalten Krieg schürten und die großen Nutznießer der Remilitarisierung der deutschen Bundesrepublik wurden.

Treffend resümiert der Amerikaner H. R. Knickerbocker in seinem Buch "Deutschland So oder So?" die Lage in Europa im Jahr 1932: "Die amerikanischen Investitionen auf dem europäischen Kontinent sind in einem Schlachtfeld angelegt".

Und eine von Henry Ford tradierte Äußerung Paul Warburgs vor einem Senatsausschuß besagt, "daß es zur jüdischen Politik - vielleicht zu der großer Finanz-Firmen im Allgemeinen - gehört, auf alle Parteien zu setzen, so daß ihre Interessen auf jeden Fall gesichert sind, gleich-

viel welche Partei obenauf kommt".

Man hat die Summe, mit der Adolf Hitler gekauft worden ist, um den Zweiten Weltkrieg zu inszenieren, auf etwa eineinhalb Milliarden Mark, nach heutiger Kaufkraft, geschätzt. So fragwürdig diese Bezifferung sein mag - feststeht, daß Hitler nicht nur der Erfüllungsgehilfe der deutschen Industrie gewesen ist. ...<<

Ende der Weimarer Republik

Seit Ende 1929 herrschten im Deutschen Reich fast überall bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Straßen entwickelten sich zum politischen Schlachtfeld für die Kampfverbände der radikalen Gruppierungen. Vor allem die Schlägertruppen der SA und des Rotfrontkämpferbundes lieferten sich vielerorts mörderische Straßen- und Saalschlachten, bei denen es nicht selten Tote gab.

Infolge der dramatischen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage war Hitlers Zeit endlich gekommen. Die große Deutsche Depression verursachte in wenigen Monaten Tausende von Firmenpleiten, leitete einen rasanten Anstieg der Arbeitslosigkeit ein und begünstigte die politische Radikalisierung innerhalb des Deutschen Reiches.

Von April 1930 bis Dezember 1930 stieg die Zahl der Arbeitslosen von 2,9 Millionen auf 4,0 Millionen.

1931 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 4.520.000 Personen bzw. 23,9 % arbeitslos (x149/60). Die industrielle Produktion des Deutschen Reiches verminderte sich im Jahre 1931 gegenüber 1928 um 30 % und es ereigneten sich mehr als 17.000 Firmenpleiten und Konkurse. Infolge der Kündigung weiterer US-Kredite standen die deutschen Großbanken kurz vor dem Zusammenbruch.

Da der Staat zahlungsunfähig war, mußte die deutsche Regierung verstärkt Staatseigentum verschleudern. Obwohl im Deutschen Reich überall Hunger, Not und Elend herrschten, wurden die öffentlichen Ausgaben und sozialen Leistungen drastisch gekürzt.

Im Winter 1931/32 richtete man das sogenannte "Winterhilfswerk" ein, um die größte Not des riesigen Arbeitslosenheeres zu lindern. Die 1. Sammlung erbrachte Spenden im Wert von 42,0 Millionen Mark.

Nach der Inflation von 1922/23 büßten besonders die "kleinen Leute" abermals ihre mühselig erarbeiteten Sparguthaben ein. Die ratlosen, verzweifelten Deutschen fragten sich, wie sie aus dieser hoffnungslosen Lage kommen sollten. Spätestens jetzt verloren große Teile des deutschen Volkes endgültig das letzte Vertrauen und den Glauben an die demokratischen Politiker der Weimarer Republik. Die Tage der glücklosen Weimarer Republik waren danach gezählt.

Am 15. Februar 1932 waren im Deutschen Reich 6.127.000 Menschen arbeitslos.

Reichskanzler Franz von Papen führte am 20. Juli 1932 einen gewaltsamen Staatsstreich durch, als er die preußische SPD-Landesregierung unter Ministerpräsident Otto Braun kurzerhand durch Reichspräsident von Hindenburg - mit Hilfe einer Notverordnung gemäß Artikel 48 der Verfassung - beseitigen bzw. absetzen ließ.

Durch die Ausschaltung der seit jeher besonders verfassungstreuen preußischen Regierung und der äußerst disziplinierten preußischen Beamtenorganisationen wurden die letzten gefährlichen Gegner der NSDAP gewaltsam aus dem Weg geräumt. In der Folgezeit wurden in Preußen ungezählte "unbequeme Mitarbeiter" aus dem öffentlichen Dienst entlassen.

Die Beseitigung der demokratischen preußischen Regierung und der demokratischen Mitarbeiter der preußischen Verwaltung erleichterte der NSDAP zweifelsfrei die spätere "Machtergreifung".

Aufgrund der verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise fielen Hitlers Versprechungen (Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die sogenannten "Novemberverbrecher" und die Kommunisten sowie die Beseitigung des "Versailler Schanddiktats") natürlich auf "fruchtbaren Bo-

den".

Der skrupellose Volksverführer nutzte die "Gunst der Stunde" gewissenlos aus. Die NSDAP war damals äußerst gut vorbereitet und setzte in erster Linie einfache "volkstümliche" Propaganda-Methoden ein, um die hoffnungslosen Volksmassen zu gewinnen.

Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 wurde die NSDAP mit 37,3 % und 230 von 608 Reichsmandaten stärkste Partei. Die Kommunisten errangen 89 Mandate, die SPD 133, Zentrum 75, DNVP 37 und BVP 22 Mandate (x089/413).

Reichspräsident Hindenburg lehnte den "böhmischen Gefreiten", wie er Hitler geringschätzig nannte, jedoch weiterhin entschieden ab.

Trotz gewaltiger Arbeitslosigkeit, Not, Volksverhetzung, Ratlosigkeit und lähmender Verzweiflung endete die vorgezogene Reichstagswahl am 6. November 1932 mit Hitlers Niederlage. Die NSDAP verlor über 2,0 Millionen Stimmen bzw. 34 Mandate und erhielt nur noch 196 Mandate bzw. 33,1 % von 584 Sitzen.

Joseph Goebbels berichtete am 6. November 1932 in seinem Tagebuch (x034/620): >>Wir haben eine Schlappe erlitten.<<

Im Jahre 1932 waren in Deutschland im Jahresdurchschnitt 5.575.000 Personen arbeitslos (x149/60).

Obwohl der rechte Zentrumsolitiker Franz von Papen (1879-1969, Monarchist mit guten Beziehungen zur deutschen Industrie, von 1923-1938 päpstlicher Geheimkämmerer) Hitlers radikale Absichten längst kannte, machte er seinen großen Einfluß gegenüber Hindenburg geltend, um Hitlers Ernennung durchzusetzen. Nach stundenlangen Gesprächen wurde der völlig erschöpfte Hindenburg schließlich am 29. Januar 1933 "überredet", Hitler zum Reichskanzler zu ernennen.

Franz von Papen erklärte damals (x243/44): >>Wir haben uns Herrn Hitler engagiert. ... Ich habe das Vertrauen Hindenburgs. In 2 Monaten haben wir Hitler in die Ecke gedrückt, daß er quietscht. ...<<

Papen (1923-1938 päpstlicher Geheimkämmerer) vertrat damals einflußreiche Unternehmer der Schwerindustrie, die nach Hitlers Machtübernahme kräftige Aufrüstungsmaßnahmen und "große Geschäfte" erwarteten.

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, leitete Hindenburg gleichzeitig das Ende der deutschen Demokratie ein. Nach ungemein schweren Jahren, in denen von 1919-33 insgesamt 20 deutsche Regierungen aufgerieben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627).

Die aufopferungsvolle, harte Arbeit der deutschen Politiker wurde nicht belohnt, denn gerade als man endlich die große Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Reparationen und die jahrelange Besetzung des Rheinlandes überwunden hatte, zerstörte tragischerweise Hindenburgs verhängnisvolle Fehlentscheidung die gesamte Aufbauarbeit und Friedenspolitik der ersten deutschen Republik.

Der Untergang der Weimarer Republik, die das deutsche Volk sicherlich in eine glückliche und würdige Zukunft geführt hätte, entwickelte sich für die Deutschen zur nationalen Tragödie und endete schließlich mit der gigantischen internationalen Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Das NS-Regime von 1933 bis 1945: 12 Jahre Unfreiheit und Terror für die Deutschen

Wenn man die Wahrheit verschließt und in den Boden vergräbt, dann wird sie nur wachsen und so viel explosive Kraft ansammeln, dass sie an dem Tag, an dem sie durchbricht, alles, was ihr im Wege steht, fortfeigt.

Émile Eduard C. Zola (1840-1902, französischer Dichter)

Hitlers Ernennung zum deutschen Reichskanzler

Trotz aller Warnungen ernannte der altersschwache 85jährige Reichspräsident Hindenburg den angeblich "harmlosen" Hitler am 30. Januar 1933, kurz nach 11 Uhr, zum deutschen Reichskanzler.

Während der Vereidigung zum Reichskanzler gab sich der "Gefreite" noch als ergebener, unterwürfiger Diener aus. Hitler verneigte sich ehrfürchtig vor dem greisenhaften Staatsoberhaupt, gelobte feierlich die Verfassung zu achten und keine Diktatur anzustreben.

Goebbels jubelte nach Hitlers Ernennung (x034/634): >>Es ist fast wie ein Traum. die Wilhelmstraße gehört uns. ... Der Führer ist zum Kanzler berufen. ... Deutschland steht vor einer historischen Wende. ...<<

Als Hitler am 30. Januar 1933 erstmalig in der Berliner Reichskanzlei eintraf, erklärte er (x034/634): >>Keine Macht der Welt wird mich jemals lebend hier wieder herausbringen ...<<

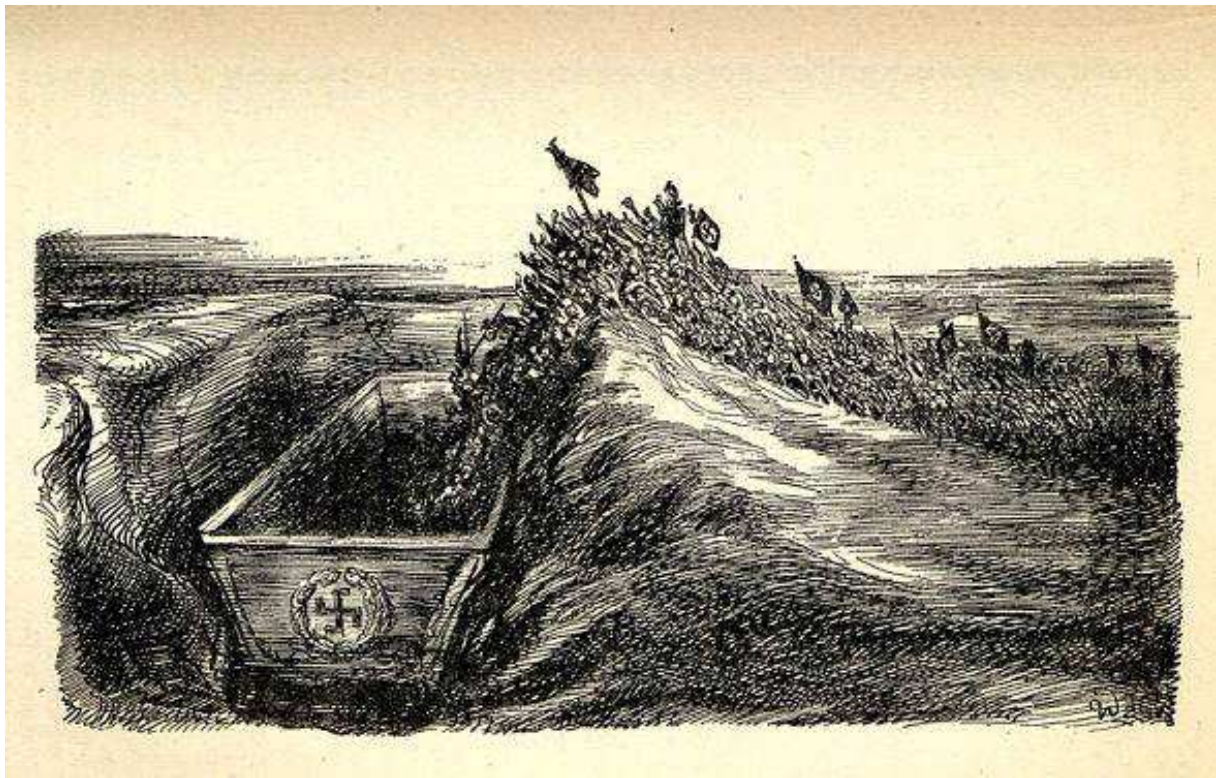


Abb. 64 (x062/461): "Hitler, ein deutsches Verhängnis", Paul Weber im Januar 1933.

Der "Vorwärts" schrieb am 30. Januar 1933 (x034/634): >>Hitler-Papen-Kabinett: "Feine Leute" und drei Nazis - Kabinett des Großkapitals: Der Reichspräsident hat mit der Ernennung dieser Regierung die furchtbarste Verantwortung übernommen, die jemals ein Staatsoberhaupt übernommen hat.<<

Erich Ludendorff, ein berühmter deutscher General des Ersten Weltkrieges und aktiver "Hitlerputsch-Teilnehmer, schrieb am 31. Januar 1933 an den Ex-General und amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg (x034/635): >>... Ich prophezeie ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend

bringen wird. Kommende Geschlechter werden sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.<<

NS-Staatsstreich

Als der niederländische Anarchist Marinus van der Lubbe am 27. Februar 1933 das Berliner Reichstagsgebäude in Brand setzte, nutzte Hitler den Reichstagsbrand sofort als Vorwand, um die gefährlichsten "Staatsfeinde" auszuschalten. In der Nacht des Brandes und am nächsten Tag wurden ca. 4.000 kommunistische Funktionäre verhaftet und die KPD wegen angeblicher "kommunistischer Rebellion" indirekt verboten.

An der Brandstiftung war vermutlich auch der damalige preußische "Innenminister" Hermann Göring beteiligt.

Im Jahre 1946 erklärte Generaloberst Halder z.B. unter Eid (x059/73): >>Anlässlich eines Mittagessens beim Führer im Jahre 1942 kam das Gespräch auch auf das Reichstagsgebäude ... Ich habe mit eigenen Ohren gehört, wie Göring in das Gespräch hineinrief: "Der einzige, der den Reichstag wirklich kennt, bin ich. Ich habe ihn ja angezündet."<<

Am 28. Februar 1933 genehmigte Reichspräsident von Hindenburg auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 eine ihm vorgelegte Notverordnung - sogenannte "Reichstagsbrandverordnung" bzw. Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Diese scheinbar "legale Notverordnung" setzte wesentliche demokratische Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft, wie z.B. freie Meinungsäußerung, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Brief- und Fernsprecheheimnis, persönliche Freiheiten.

Mit Hilfe dieser "legalen Notverordnung" verhängte Hitler am 28. Februar 1933 den Ausnahmezustand im Deutschen Reich, schaltete bereits indirekt das Parlament aus und übernahm im Rahmen der "Nationalen Revolution" wesentliche Machtpositionen des Landes. Zahlreiche wichtige Ämter der Behörden, Polizei, Presse, des Rundfunks und sonstige wichtige Posten wurden unverzüglich durch die NSDAP besetzt.

Goebbels berichtete am 28. Februar 1933 in seinem Tagebuch (x191/57): >>... Es erfolgen Verhaftungen über Verhaftungen. Nun wird die rote Pest mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Widerstand zeigt sich nirgendwo. Das gegnerische Lager scheint durch unser plötzliches und scharfes Durchgreifen so verblüfft zu sein, daß es sich gar nicht mehr zu wehren wagt.<<

Der "Daily Express" berichtete am 3. März 1933 (x023/71): >>Wenn die kommunistische Gefahr beseitigt ist, wird die normale Ordnung der Dinge zurückkehren.<<

Bei der letzten "freien Reichstagswahl" am 5. März 1933 erhielt die NSDAP trotz großer Massenarbeitslosigkeit - fast 6,0 Millionen Arbeitslose und mehrere Millionen Kurzarbeiter - "nur" 43,9 % aller Wählerstimmen bzw. 288 Mandate, so daß Hitler nur mit Hilfe von radikalen Bundesgenossen ("Kampffront Schwarz-Weiß-Rot" - DNVP = 8,0 % -) die "einfache Mehrheit" von 51,9 % erreichte.

Da spätestens seit dem 28. Februar 1933 diktatorische Machtverhältnisse herrschten (Einschränkung der Grundrechte, Ausnahmezustand, Parteienverbot, SA-Straßenterror etc.), zählte die Wahl vom 5. März 1933 bereits nicht mehr zu den demokratischen und freien Wahlen.

Joseph Goebbels berichtete am 5. März 1933 (x032/25): >>Wir sind die Herren im Reich und in Preußen; alle anderen sind geschlagen zu Boden gesunken. Eine lange Arbeit wird mit letztem Erfolg gekrönt. Deutschland ist erwacht.<<

Am 23. März 1933 legte Reichskanzler Hitler während der zweiten Sitzung des neuen Reichstages das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" - sogenanntes "Ermächtigungsgesetz" - zur Abstimmung vor.

Da das NS-Regime wegen der erforderlichen Zweidrittelmehrheit keine legale Verfassungsänderung durchsetzen konnte, ließ Hitler zahlreiche politische Gegner vorher gewaltsam ausschalten. Nachdem man die meisten kommunistischen Abgeordneten bereits während und

nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 inhaftiert hatte, ließ Hitler vor der entscheidenden Abstimmung über die Annahme des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich die restlichen KPD-Abgeordneten festnehmen und außerdem noch kurzerhand 26 der 120 SPD-Reichstagsabgeordneten verhaften oder aussperren, um die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Annahme des "Ermächtigungsgesetzes" zu erhalten.

Am 23. März 1933 stimmten die verbliebenen 94 SPD-Abgeordneten gegen die Annahme des verfassungswidrigen "Ermächtigungsgesetzes", obgleich der Berliner Reichstag von schwerbewaffneten SA- und SS-Wachen umstellt war und man die anwesenden Abgeordneten der Opposition während der Abstimmung unentwegt einschüchterte und massiv bedrohte.

Vor dem Berliner Reichstag drohten am 23. März 1933 die SA- und SS-Wachen (x059/76):

>>Wir wollen das Gesetz - sonst (gibt es) Mord und Totschlag. ...<<

Während die 94 SPD-Abgeordneten das "Ermächtigungsgesetz" ablehnten, stimmten die 73 Abgeordneten des Zentrums wegen Hitlers mündlicher Zusagen, die er später jedoch nie einlöste, zu. Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit von 444:94 beschlossen.

Aufgrund des gewaltsamen Staatsstreiches (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) begingen die Nationalsozialisten verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich danach praktisch von März 1933 bis Mai 1945 besetzt.

Durch die ungesetzliche Verabschiedung bzw. gewaltsame Durchsetzung des "Ermächtigungsgesetzes" vom 23. März 1933 wurde die deutsche Reichsregierung bzw. der Rechtsstaat völlig ausgeschaltet und das deutsche Volk verlor endgültig seine politische Freiheit. Die "deutsche Katastrophe" war danach nicht mehr aufzuhalten, denn nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Hitler und seine "NSDAP-Abgeordneten" bzw. Gewalt und Terror.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein **Verbrecherstaat** gebildet wurde, also ein "Staat", der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

Staatsangehörigkeit

1934 löste das NS-Regime die einzelnen deutschen Staatsangehörigkeiten der deutschen Länder (Bayern, Preußen, Hessen, Württemberger etc.) durch die deutsche Staatsangehörigkeit "DEUTSCHES REICH" ab.

"Wilde SA- und SS-Lager", NS-Konzentrationslager

Der NS-Staat verfügte schon frühzeitig über Konzentrationslager, in denen "mißliebige Elemente" (Kommunisten, Sozialisten, Geistliche und andere "Volksschädlinge") Zwangsarbeit leisten mußten. Im März 1933 ließ Himmler bei Dachau in Oberbayern und in Oranienburg in der Provinz Brandenburg die ersten Konzentrationslager sowie zahlreiche "wilde SA- und SS-Lager" in leerstehenden Fabriken oder Lagerhallen errichten.

Später inhaftierte man auch Kriminelle, wie z.B. Berufs- und Gewohnheitsverbrecher, "Vorbeugungshäftlinge" und "Volksschädlinge", wie z.B. "Arbeitsscheue", Homosexuelle, Zeugen Jehovas, Zigeuner und andere, in den NS-Konzentrationslagern. Politische Häftlinge und kriminelle Elemente wurden ab 1938 nicht mehr getrennt, sondern bewußt vermischt.

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schrieb später über den "internen" NS-Terror im März 1933 (x075/73-74): >>... Die Sozialisten stimmten mit Nein,

die Kommunisten waren bereits aus dem Reichstag ausgeschlossen worden. Die anderen sagten Ja, teilweise aus Angst. Wie so viele Vereine und Gruppierungen Ja sagen werden – entweder aus tatsächlicher Anhängerüberzeugung oder in der Hoffnung, verschont zu bleiben, wenn sie zulassen, daß der Nachbar verprügelt wird. ...

Aber dem Grauen geht der Terror voraus. Und kein beliebiger Polizeiterror. Die ersten, im Frühjahr 1933 eingerichteten Konzentrationslager dienten nicht nur dazu, die Regimegegner aus dem Verkehr zu ziehen – wie beispielsweise den jungen sozialdemokratischen Abgeordneten Kurt Schumacher, der im Reichstag den Nationalsozialismus als "Aufruf an den inneren Schweinehund im Menschen" charakterisiert hatte. Die Inhaftierung hatte auch die Erniedrigung, die Entwürdigung zum Ziel und bedeutete physische Qualen. So litten und starben Hunderttausende von Deutschen in Buchenwald und anderswo, noch bevor die ersten Deportationstransporte aus dem Ausland ankamen.

Die Brutalität im eigenen Land ging also der Brutalität eines Krieges voraus, in dem Abermillionen von Menschen sterben sollten ...<<

Bis 1937/38 löste die SS alle "wilden Lager" auf und internierte die Häftlinge in den neuen Konzentrationslagern. Die SS errichtete ab 1938 weitere Konzentrationslager für den Zwangsarbeitseinsatz in der deutschen Rüstungsindustrie und später als Übergangslager für die sogenannte "Endlösung".

Von 1933-39 inhaftierte die Gestapo ca. 750.000-1.200.000 "unbequeme Deutsche" (x063/580). Am 10. April 1939 waren etwa 300.000 politische Gefangene im Konzentrationslager (x050/167). In den Gestapo-Archiven lagerten etwa 2,0 Millionen Akten über verdächtige deutsche Staatsbürger (x063/580).

NS-Gleichschaltung

Am 7. April 1933 begannen großangelegte "NS-Gleichschaltungswellen", die mit Massenentlassungen aller mißliebigen Beamten endeten - gleichzeitige Einführung des NS-Berufsbeamtentums. In allen Ländern waren danach NS-Reichsstatthalter für die Durchführung der NS-Richtlinien verantwortlich. Beamte, die nichtarischer Abstammung oder politisch unzuverlässig waren, konnten sofort entlassen werden.

Am 2. Mai 1933 ließ Hitler alle Führer der 36 Arbeitergewerkschaften und der 6 Angestelltenverbände in "Schutzhaft" nehmen. Die Gewerkschaftshäuser wurden durch SA-Verbände besetzt und sämtliche Gewerkschaften zerschlagen. Die Gewerkschaften wurden später in der NS-Zwangorganisation "Deutsche Arbeitsfront" (1934) zusammengefaßt. Danach übernahm die NSDAP auch die "gleichgeschalteten" 200 Arbeitgeberverbände und 48 Handelsvereinigungen.

Am 10. Mai 1933 ließ Göring alle SPD-Niederlassungen, Druckereien und Zeitungen sowie das gesamte Parteivermögen der SPD beschlagnahmen. Die Polizei- und SA-Einheiten umstellten damals vielerorts komplette Gebäudekomplexe und durchsuchten alle Räume nach Waffen und "staatsfeindlichen Schriften".

Bis Ende Juni 1933 ließ Hitler alle 32 Parteien des ehemaligen Deutschen Reichstages verbieten oder auflösen, wie z.B. die SPD am 22.06.1933.

Alle wichtigen Verwaltungsposten wurden unverzüglich von "zuverlässigen" NSDAP-Leuten besetzt. Bürgermeister, die keine NS-Mitglieder werden wollten, mußten zurücktreten. Hitlers NS-Diktatur wurde später von 43 Gauleitern, 890 Kreisleitern, 30.801 Ortsgruppenleitern, 121.406 Zellenleitern und 539.445 Blockwarten organisiert und durchgesetzt (x090/275).

Der NS-Pöbel regierte im Namen des "Einheitsstaates". Amtsanmaßung, Korruption, Rechtlosigkeit, Vetternwirtschaft und Unterschlagung waren im gleichgeschalteten NS-Staat an der Tagesordnung. Unfähige Schreihälse und Mitläufer nutzten damals die einmalige Gelegenheit und erhielten verantwortungsvolle Machtpositionen. Zahlreiche Anführer der "SA-Knüppel-

garde", die man während der Weimarer Republik mehrheitlich wegen Faulheit oder Dummheit zuerst entlassen hatte, besetzten jetzt vielerorts leitende Posten.

Ein NS-Flüsterwitz zum Thema "Gleichschaltung" lautete damals wie folgt: >>Wie konjugiert man "gleichschalten"?

Ich schalte gleich,
du fliegst raus.

Er setzt sich rein!<<

Ab 1934 bestimmten und kontrollierten die NS-Gau-, Kreis-, Ortsgruppen- und Blockleiter sowie NS-Blockwarte - ca. 15-20 Personen bildeten jeweils einen Block - das gesamte Leben der deutschen Volksgenossen. Der Blockleiter - "Hoheitsgebiet" ca. 160-240 Personen - führte z.B. Karteien über alle Bewohner, kassierte Parteimitgliedsbeiträge und war verpflichtet, alle "schädigenden Gerüchte" zu melden.

Mit Hilfe der politischen "NS-Hoheitsträger", die ihre Machtpositionen häufig schamlos ausnutzten, reichte der Einfluß des NS-Regimes bis in jede Familie. Das kirchliche Leben wurde zwar erheblich eingeeengt, aber Gottesdienste und die meisten Seelsorger blieben zunächst noch unbehelligt.

Ab 1934 wurden fast alle Deutschen allmählich planmäßig durch die zahlreichen NS-Organisationen "erfaßt", auch wenn sie keine Parteimitglieder waren. Es gab für die Deutschen praktisch kein Privatleben mehr. Alle Sport-, Gesangs-, Kegel- und Schützenvereine, Handwerks-, Angestellten- und Beamtenverbände sowie sonstigen Gemeinschaften wurden von NS-Beauftragten überwacht und "gleichgeschaltet".

Wer im NS-Staat berufliche oder wirtschaftliche Erfolge erreichen wollte, wie z.B. Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes oder Handwerker und Unternehmer, die Staatsaufträge benötigten, mußte zwangsläufig NSDAP-Mitglied werden.

Viele Deutsche, die sich weigerten, in eine der vielen NS-Organisationen einzutreten, mußten wenigstens als gutwillige Mitglieder der "Volksgemeinschaft" persönlich Spenden sammeln oder großzügige Spenden leisten.

Jeder Deutsche, der sich dem Willkürregime jedoch aktiv widersetzte, wurde sofort eingeschüchtert, verprügelt oder landete unverzüglich in den "Schutzhaftlagern" bzw. Konzentrationslagern. Die unorganisierte Machtlosigkeit der deutschen NS-Gegner hatte gegenüber der militärisch organisierten Gewalt des NS-Regimes naturgemäß keine Chance.

Ernst Niekisch (1889-1967, SPD-Politiker, 1939 zu einer lebenslänglichen Zuchthausstrafe verurteilt, danach SED-Politiker) schrieb 1935/36 z.B. über die NS-Gleichschaltung (x129/34-35): >>Ein Taumel der Gleichschaltung erfaßte das ganze Volk. Alle öffentlichen und privaten Einrichtungen, Organisationen und Korporationen, alle wirtschaftlichen Betriebe und kulturellen Gesellschaften, alle Verbände und Vereine "schalteten sich gleich".

Zweck der Gleichschaltung war die Herstellung der "Volksgemeinschaft". Die "Volksgemeinschaft" ist kein gesellschaftlicher Ordnungszustand höherer Art. Nirgends trägt der Schein mehr, als er hier es tut. ...

In der "Volksgemeinschaft" soll das ganze Volk auf die formlos chaotische Existenzweise menschlichen Abschaums heruntergebracht werden. Sinn und Inhalt der Volksgemeinschaft ist lediglich die Solidarität des lumpenproletarischen Gesindels.

Irgendwelche untergeordnete Organe oder Angestellte zogen plötzlich ihr nationalsozialistisches Mitgliedsbuch, daß sie bisher sorgfältig verborgen hatten, aus der Tasche und trumpften damit auf; zuweilen war es der Portier, der sich überraschend als Vertrauensmann der nationalen Revolution entpuppte und sich über Nacht zum wichtigsten und ersten Mann empor schwang. Das Mitgliedsbuch und das braune Hemd waren Ausweise, durch welche sich die Inhaber befugt hielten, nach den Zügeln zu greifen und die Leitung zu übernehmen.

Der Wille der Wähler, der bisher in der Zusammensetzung des Parlaments seinen Ausdruck

gefunden hatte, galt nichts mehr; die Persönlichkeiten ihres Vertrauens räumten das Feld. Das Sprachrohr des Volkswillens war nur noch der Mann mit dem Mitgliedsbuch oder mit dem Braunhemd. ...

Die Gleichschaltung der nationalsozialistischen "Revolution" war die deutsche Spielart jener Gleichheit, welche durch die Französische Revolution 1789 verkündet worden war. Die Gleichheit war Gleichheit des Rechts; so blieb kein Platz mehr für feudale Vorrechte. Die Gleichschaltung ist Vereinheitlichung der Gesichtspunkte, Uniformierung der Gesinnung.

Sie ist wie ein technischer Prozeß: man drückt auf einen Hebel, und der ganze menschliche Bestand ist auf ein Einheitsmodell vereinfacht; niemand weicht vom Nächsten ab. Der Mensch verhält sich wie ein mechanisches Element, das von außen her ausgerichtet und in Form gebracht wird. Bis zum täglichen Gruß hin reagiert er nach obrigkeitlich verordnetem Schema: wer immer zur Tag- und Nachtzeit seinen Nächsten sieht, streckt den Arm in die Luft und schreit "Heil Hitler".

Der Punkt, an dem der Hebel ansetzt, welcher den Menschen gleichschaltet, ist die Existenzfrage. Wenn der Mann nicht richtig liegt, bekommt er kein Futter mehr. Unverhüllt wurde noch niemals auf den Magen gedrückt, um die richtige Gesinnung herauszupressen. Der Beamte zitterte um Gehalt und Versorgung: das "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" brachte den festen Turm seiner "wohlerworbenen Rechte" zum Einsturz. ...

Die nationalsozialistische Empörung über marxistische "Parteibuchbeamte" entlarvte sich als purer Brotneid; die "Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" bestand darin, alle Ämter mit nationalsozialistischen Parteibuchbeamten zu überschwemmen. Die bürokratische Gleichschaltung war eine großangelegte Veranstaltung allgemeiner "Umbonzung".

Angestellten und Arbeitern erging es nicht besser; sie verloren die Arbeitsplätze, wenn ihr Eifer der Gleichschaltung enttäuschte. Entzog sich ein Arbeiter dem anbefohlenen Aufmarsch, wurde er fristlos entlassen: er war als "Staatsfeind" nicht würdig, wirtschaftlich geborgen zu sein. Der Organisationszwang, dem die Angehörigen der freien Berufe, Gewerbetreibende, Handwerker, Kaufleute, Unternehmer unterlagen, bot Handhaben, sie zu maßregeln; wurden sie aus ihrer "Berufskammer" entfernt, war ihnen das Recht auf Berufsausübung genommen; sie waren brotlos und ins wirtschaftliche Nichts verstoßen.

Die nationalsozialistische Weltanschauung zog ihre überzeugende Kraft aus der Sorge um den Futterplatz; weil der nationalsozialistische Herr den Brotkorb monopolisiert hatte, sang jedermann sein Lied. ...<<

Das NS-Regime und die katholische Kirche

Am 20. Juli 1933 schlossen Papst Pius XI. und das NS-Regime in Rom ein feierliches Konkordat. In diesem Vertrag mit der katholischen Kirche garantierte der NS-Staat "die Freiheit des Bekenntnisses und die Ausübung der katholischen Religion".

Der deutsche Historiker Bernd-Jürgen Wendt schrieb später über das "Konkordat" zwischen dem NS-Regime und der katholischen Kirche (x051/323-324): >>Konkordat (Reichskonkordat), Vertrag zwischen der deutschen Reichsregierung und dem Heiligen Stuhl vom 20.7.33.

Das Konkordat kam nach mehreren vergeblichen Anläufen in der Weimarer Republik durch seit April 33 zwischen Papen, Prälat Kaas und dem Kardinalstaatssekretär Pacelli (Pius XII.) laufende Verhandlungen zustande. ...

Für Hitler bedeutete das Konkordat außenpolitisch Anerkennung und Prestige v.a. gegenüber katholischen Ländern, eine völkerrechtliche Verbriefung seiner Vertragswürdigkeit und eine Durchbrechung der Isolierung Deutschlands, innenpolitisch einen beachtlichen Legitimitäts- und Loyalitätsgewinn bei den Katholiken, eine Anerkennung des Regimes durch den Vatikan sowie die Zerschlagung des politischen Katholizismus und eine Entpolitisierung der Geistlichkeit. ...

Die Beurteilung des Konkordats ist zwiespältig: Es spielte zwar eine wichtige Rolle bei der inneren und äußeren Stabilisierung des Regimes und der Ausschaltung seiner Gegner; andererseits rettete es aber für die katholische Kirche einen gewissen Freiraum der Selbstverteidigung und Nichtanpassung gegenüber den Eingriffen und Ansprüchen des Regimes und eine Rechtsgrundlage im Kirchenkampf und setzte damit dem Prozeß der allgemeinen Gleichschaltung des gesellschaftlichen und religiösen Lebens doch gewisse Grenzen.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26.3.57 ist das Konkordat für die Bundesrepublik weiterhin gültig.<<

NS-Polizei- und Terrorstaat

Da die politische Polizei den NS-Ansprüchen nicht genügte, ließen Hermann Göring, der eigentliche Gründer der geheimen Staatspolizei, und Heinrich Himmler nach Hitlers Machtübernahme alle politischen Polizeiverbände der Länder gleichschalten und gründeten im April 1933 die Geheime Staatspolizei. Danach herrschte schnell "Ruhe und Ordnung", denn die Gestapo räumte überall gründlich auf und errichtete einen Polizei- und Spitzelstaat, der alle bis dahin bekannten europäischen Überwachungs- und Terrormethoden - außer UdSSR - in den Schatten stellte.

Seit April 1933 führte der SS-Staat in "Nacht- und Nebelaktionen" unentwegt systematische Verfolgungen durch, die oft verheimlicht werden konnten. Im Verlauf dieser großangelegten "Säuberungsaktionen" nahmen die SS- und SD-Einheiten ungezählte "Staatsfeinde" - Sozialdemokraten, Kommunisten, Konservative und andere Regimegegner - fest. Tausende wurden in den "wilden Schutzhaftlagern" inhaftiert.

Goebbels schrieb am 18. Mai 1934 in der NS-Zeitschrift "Der Angriff" (x025/145): >>Kritik ist nur denen erlaubt, die sich nicht fürchten, ins Konzentrationslager zu kommen. ...<<

Am 17. Juni 1936 ließ Hitler gemäß Führererlaß die Leitung sämtlicher Polizeieinheiten an den Reichsführer SS Heinrich Himmler übertragen. Himmlers Stellvertreter wurde SS-Obergruppenführer Kurt Daluge, der Leiter der Ordnungspolizei. Himmler, den seine Anhänger "König Heinrich" nannten, entwickelte in den folgenden Jahren einen "perfekten" Kontroll- und Überwachungsapparat. Himmlers SS-Imperium umfaßte auch sämtliche SS-Hauptämter, die ab 1941 die sogenannte "Endlösung" durchführten.

Die SS-Terrororganisationen setzten alle politischen, militärischen, wirtschaftlichen, nationalen und sonstigen Ziele mit brutaler Gewalt durch. Das allgegenwärtige NS-Regime kontrollierte systematisch sämtliche Lebensbereiche. Mit Hilfe von brutalen Terrormethoden - Internierung, Folter oder Mord - wurden die persönlichen Freiheiten konsequent erstickt, das Recht gebeugt, der Anstand lächerlich gemacht und die christlichen Gebote verhöhnt, um letzten Endes das Leben, die Würde, die Gesundheit sowie das Lebensglück von Millionen Menschen zu vernichten.

Die Hauptaufgabe der Gestapo war es, politische Gegner und verdächtige Personen zu bespitzeln, zu verhaften und mit brutalsten Foltermethoden Geständnisse zu erpressen. Die Gestapo hatte gegenüber der Ordnungspolizei Weisungsrecht und wurde nicht durch Staatsanwälte der Justiz überwacht. Die Gestapo "korrigierte" sogar oftmals zu milde Gerichtsurteile und führte eigenhändige Verurteilungen sowie Hinrichtungen ohne offizielle Gerichtsverfahren durch. Solange die Gestapo den Willen des Führers durchsetzte, war jede Handlung legal. Die SS-Geheimpolizei wurde schon bald im gesamten NS-Staat gefürchtet.

Der "totale NS-Terrorstaat" kontrollierte und unterdrückte schon bald sämtliche Lebensbereiche. Die NS-Polizeimaschinerie war militärisch aufgebaut und gewährleistete eine lückenlose polizeiliche Überwachung des gesamten NS-Machtbereiches. Die geheime Staatspolizei, der Sicherheitsdienst und die SIPO gingen mit drakonischer Härte gegen alle vermeintlichen Gegner der NS-Diktatur vor. Das NS-Regime unterdrückte jeden Einwand, jegliche Kritik und

jede aktive oder passive Opposition mit den härtesten Strafen.

Jeder Widerstand der deutschen Justiz, der Wissenschaft und der deutschen Intelligenz wurde mit brutalsten Mitteln gebrochen und ausgelöscht. Tausende von aufrechten Deutschen, die sich gegen die NS-Knebelung wehrten, wurden willkürlich als "Staatsfeinde" eingestuft und sofort ausgeschaltet. Sie landeten irgendwann im Konzentrationslager, falls sie nicht sofort liquidiert wurden oder rechtzeitig ins Ausland fliehen konnten.

Emigration oder Widerstand

Obwohl die NS-Diktatur in kurzer Zeit einen totalitären Polizeiapparat errichtet hatte, formierte sich ebenso rasch eine demokratische Widerstandsbewegung. Trotz der allgegenwärtigen Gestapo und des tödlichen Terrors nahm diese Widerstandsbewegung den ungleichen und selbstmörderischen Kampf um Freiheit und Menschenwürde des deutschen Volkes auf. Tausende von Widerstandskämpfern aus allen Gesellschaftsschichten des deutschen Volkes (Politiker, Diplomaten, Geistliche, Gewerkschaftler, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Angehörige der freien Berufe, Studenten und Offiziere) sahen damals nicht tatenlos zu, wie die NS-Terroristen die Freiheit und das Recht mit Füßen traten und verhöhnten.

Die meisten deutschen Widerstandskämpfer stellten Adel und politische Gesellschaftskreise, aber auch viele evangelische und katholische Geistliche zählten zu den Gegnern des NS-Regimes. Zu den aktiven demokratischen Widerstandsgruppen gehörten z.B. Goerdeler Kreis, Freiburger Kreis, Kreisauer Kreis, Solf-Kreis und Weiße Rose.

In jener Zeit gab es natürlich auch viele Deutsche, die sich sofort in das sichere Ausland absetzten, um dort den "Widerstand" fortzusetzen, denn nach Hitlers Machtübernahme quälte man Tausende von aufrechten deutschen Frauen und Männern in den Gefängnissen und Lagern regelrecht zu Tode.

Der deutsche Historiker Heinrich Walle berichtete später über die großen Gefahren von Widerstandsaktionen während des NS-Terrors (x301/86): >>Angesichts der Tatsache, daß jeder, der sich nicht vollkommen mit den Zielen der NS-Herrschaft identifizierte, als außerhalb der Volksgemeinschaft stehend betrachtet wurde und der allgemeinen Ächtung und Verfolgung verfiel, war bereits ein geistiges Abweichen von dem in einer allgegenwärtigen Propaganda vorgezeichneten Wege ein Schritt in die Isolation.

Bereits ein Verweigern oder Abseitsstehen wurde von den braunen Nachbarn als aktive Gegnerschaft angesehen und verfolgt. Eine Mitwisserschaft von möglichen Aktionen gegen das System oder auch nur von kritischen Äußerungen anderer konnte, wenn sie nicht sofort "angezeigt" wurden, tödlich sein. ...<<

Der Sozialdemokrat Friedrich Stampfer forderte damals alle Deutschen zum Widerstand gegen das NS-Regime auf (x149/105): >>Wer da zusieht, wie Deutschland dem Abgrund zugeführt wird und sich nicht auflehnt, der begeht wirklichen Landesverrat. ...<<

Friedrich Stampfer brachte sich jedoch selbst rechtzeitig in Sicherheit. Er emigrierte bereits 1933 nach Prag, floh 1939 nach Frankreich und 1940 nach Nordamerika.

In den Jahren 1933 bis 1935 flohen etwa 6.000-8.000 Kommunisten, 5.000-6.000 Sozialdemokraten, 2.000 Pazifisten und Demokraten sowie 2.000 Personen unterschiedlicher politischer Richtungen aus dem Deutschen Reich (x149/81).

Diese angeblichen "Widerstandskämpfer" waren damals nicht bereit, ihre Ehre, Gesundheit oder ihr Leben für den Freiheitskampf der Deutschen zu gefährden bzw. zu opfern. Zu diesen angeblichen "Widerstandskämpfern" zählten z.B. Willy Brandt, eigentlich Herbert Frahm; emigrierte im April 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, Herbert Wehner floh 1935 nach Schweden und später nach Moskau, Walter Ulbricht, emigrierte ebenfalls schon 1933 und traf 1938 in Moskau ein.

Obleich die deutschen Widerstandsbewegungen völlig allein gegen das hoffnungslos überle-

gene NS-System kämpfen mußten, gaben die entschlossenen Widerstandskämpfer den Freiheitskampf niemals auf. Trotz der großen Gefahr verübten deutsche Widerstandskämpfer seit 1933 fast 4 Dutzend Anschläge auf Hitler, die jedoch vielfach durch seltsame Ereignisse oder äußerst unglückliche Umstände scheiterten (x023/335).

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die deutsche Widerstandsbewegung (x063/580): >>Man kann zusammenfassen, daß Deutschland das erste von Nationalsozialisten besetzte Land war. Die Allmacht der Geheimen Staatspolizei, der SA und SS schützte sie gegen jeden Auflehnsversuch. Um so bemerkenswerter ist es, daß es von Anfang an trotz eines bis dahin in Europa nicht dagewesenen Terrors eine Widerstandsbewegung gab, die um des wahren Deutschlands, um der Freiheit und Menschenwürde willen Verfolgung, Folter und Tod auf sich nahm. ...<<

Nur sehr wenige ehemalige demokratische Politiker der Weimarer Republik, wie Theodor Haubach, Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff, Adolf Reichwein, Kurt Schumacher und andere, leisteten damals im Inland aktiven Widerstand.

Da es während der NS-Diktatur keinen ungefährlichen Widerstand gab, sondern höchstens nur Märtyrertum und Todesgefahr, entschlossen sich die meisten prominenten Politiker, Literaten und Akademiker zur Emigration.

Hitlers Außenpolitik

Hitler kündigte sein "NS-Vernichtungsprogramm" schon im Jahre 1934 an (x066/77): >>... Aber wenn wir dann auch nicht siegen können, so werden wir, selbst untergehend, noch die halbe Welt mit uns in den Untergang reißen, und niemand wird seines Sieges über Deutschland froh sein. Ein 1918 gibt es nicht wieder. Wir kapitulieren nicht. Wir werden nicht kapitulieren, niemals! Wir können untergehen. Aber wir werden eine Welt mitnehmen, eine Welt in Flammen. ...<<

Am 16. März 1935 wurde die Reichswehr in "Wehrmacht" umbenannt.

Hitler gab am 16. März 1935 die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht bekannt (x191/76): >>Die Regierung des heutigen Deutschen Reiches aber wünscht nur eine einzige ... Macht: es ist die Macht, für das Reich und damit wohl auch für ganz Europa den Frieden wahren zu können.<<

Nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht wurde das Deutsche Reich fast völlig isoliert. England, Frankreich und alle Staaten Ost-Mitteleuropas verbündeten sich gegen das NS-Regime und schlossen entsprechende Militärabkommen.

Winston Churchill lobte Hitler trotz alledem im Jahre 1935 (x025/128): >>... für den Mut, die Beharrlichkeit und die vitale Kraft, die ihn befähigen, allen Mächten und Widerständen, die seinen Weg versperrten, zu trotzen oder sie herauszufordern, sie zu versöhnen oder zu überwinden.<<

Am 7. März 1936 ließ Hitler deutsche Wehrmachtstruppen in das entmilitarisierte Rheinland einmarschieren und brach damit die bestehenden Friedensverträge - einseitige Verletzung des Versailler- und Locarno-Paktes bzw. deutsche Angriffshandlung. Angesichts der eigenen militärischen Schwäche erteilte Hitler die Weisung, jegliche "Feinberührungen" zu vermeiden. Nach Ansicht von Militärexperten hätte die deutsche Wehrmacht damals keine energische Militäraktion der europäischen Westmächte überstanden und wäre schon innerhalb von wenigen Tagen zusammengebrochen (x051/495). Der Völkerbund und die Siegermächte protestierten zwar, verhängten jedoch keine weiteren Sanktionen.

Die Nichteinmischung Großbritanniens und Frankreichs sowie die Duldung der Teilnahme von deutschen und italienischen Truppen am Spanischen Bürgerkrieg bestärkten Hitler und Mussolini, ihre bisherige aggressive Außenpolitik fortzusetzen bzw. später drastisch auszuweiten.

Die Zeitung "Daily Mail" bezeichnete im Jahre 1936 das Hitler-Reich als eine "Notwendigkeit für Europa". Für den britischen Ex-Premierminister David Lloyd George war Hitler damals einer der größten lebenden Deutschen, ein "deutscher George Washington" (x025/129).

US-Botschafter Dodd meldete am 27. Januar 1937 aus Berlin (x068/228): >>Informationen, die mir in letzter Zeit zugegangen sind, besagen, daß amerikanische Banken erwägen, Italien und Deutschland neue Kredite und Anleihen zu geben, obgleich die Kriegsindustrie dieser beiden Länder bereits groß genug ist, um den Frieden der Welt zu bedrohen.<<

Der österreichische Bundeskanzler Seyß-Inquart forderte am 12. März 1938 vereinbarungsgemäß die "militärische Hilfe" des NS-Regimes an, um den Anschluß mit dem Deutschen Reich zu vollziehen. Der deutsche Einmarsch entwickelte sich schnell zum Triumphzug. Die deutschen Wehrmachtstruppen marschierten damals, ohne auf Widerstand zu stoßen, unter dem Jubel der einheimischen Bevölkerung in Österreich ein.

Hitler hielt bereits am 14. März 1938 Reden in Linz und Wien. Die Wiener Bevölkerung empfing Hitler unter dem Geläut aller Glocken mit großer Begeisterung. Zehntausende jubelten Hitler in Wien zu: "Führer, wir danken dir!"

Der Anschluß Österreichs wurde am 10. April 1938 durch Volksabstimmungen bestätigt. 99,73 % der Österreicher und 99,08 % der Deutschen waren für den Anschluß und stimmten mit "Ja" (x032/438).

Eine britische Friedensmission traf am 3. August 1938 in der CSR ein.

Der britische Sonderbeauftragte Runciman schrieb später über das "sudetendeutsche Problem" (x069/172): >>... Ich bin daher der Auffassung, daß diese Grenzdistrikte (mit starker deutscher Mehrheit) sofort von der Tschechoslowakei an Deutschland abgetreten werden sollten.<<

Der ungarische Regierungschef Miklos von Horthy reiste vom 22. bis zum 26. August 1938 ins Deutsche Reich, um mit Hitler einen deutsch-ungarischen Freundschaftsvertrag zu schließen. Hitler forderte Horthy während der Verhandlungen auf, ihn bei der Lösung des CSR-Problems zu unterstützen.

Infolge der Unruhen im Sudetenland ließ Staatspräsident Benesch am 13. September 1938 in den Grenzbezirken das Standrecht verhängen.

Der US-Botschafter in Paris, William Bullit, berichtete am 14. September 1938 über die französische Stimmung (x028/53): >>In den letzten Tagen haben die französischen Zeitungen viele Landkarten veröffentlicht, aus denen die volkszugehörige Aufteilung der Tschechoslowakei hervorgeht. ...

Die öffentliche Meinung beginnt Stellung zu beziehen: Warum sollten wir Frankreichs ganze Jugend auslöschen und den Kontinent Europa zerstören lassen, nur um die Herrschaft von 7 Millionen Tschechen über 3.200.000 Deutsche zu sichern? ...

Bei der allgemeinen Ansicht von Franzosen und Briten, daß Benesch im innersten Herzen beschlossen habe, lieber einen allgemeinen europäischen Krieg zu provozieren als eine vollständige Autonomie der unterworfenen Nationalitäten in der Tschechoslowakei hinzunehmen, wird zweifellos starker Druck auf Prag angesetzt werden.<<

Die Briten und Franzosen akzeptierten Hitlers Forderungen und vereinbarten schließlich am 29./30. September 1938 während der Konferenz in München, wegen der Sudetendeutschen keinen europäischen Krieg zu führen. Die CSR mußte die deutschen Siedlungsgebiete in Böhmen, Mähren und Schlesien bis zum 10.10.1938 an das Deutsche Reich abtreten. Die Rest-CSR erhielt Sicherheitsgarantien der Großmächte.

Der Frieden war scheinbar gerettet, denn Hitler beteuerte, daß er nach Abtretung der sudetendeutschen Gebiete keine weiteren Gebietsforderungen stellen würde. In München fanden damals große Freudenkundgebungen statt. Die Briten und Franzosen bereiteten ihren Ministerpräsidenten ebenfalls begeisterte Friedensfeiern.

Nach den kampflosen Aktionen des Jahres 1938, wie z.B. die "Heimkehr Österreichs und des Sudetenlandes", herrschte zwar große Zufriedenheit, aber keine ausgelassene Stimmung. Das "Münchener Abkommen" wurde lediglich als "Wiedergutmachung" für das 1919 angetane Unrecht angesehen. Infolge der beeindruckenden innen- und außenpolitischen Erfolge waren nicht wenige Deutsche der Meinung, daß es weiter aufwärts gehen würde.

Der erfolgsverwöhnte Führer wurde nicht selten abgöttisch verehrt. Für viele war der selbstherrliche Hitler damals der "allmächtige Führer" bzw. eine "erlöserhafte Heilsfigur". Er besaß 1938/39 nachweislich das Vertrauen großer Bevölkerungsschichten. Millionen von begeisterten Anhängern des NS-Regimes, nicht nur die Jugend, sondern auch viele naive oder getäuschte Erwachsene, folgten diesem fanatischen Diktator mit blinder Ergebenheit bis zum bitteren Ende in das Verderben.

Winston Churchill war im Jahre 1938 immer noch von Hitler begeistert. Churchill meinte, daß die bisherigen Leistungen des "Führers" weltgeschichtlich als Wunder einzuordnen seien (x025/128).

Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" wählte Hitler im Jahre 1938 zum Mann des Jahres (x268/50).

Der US-Diplomat William C. Bullit (bis 1941 US-Botschafter in Frankreich) erklärte bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<

Hitler, der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Die riskanten Revisionen Hitlers, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

Deutsch-polnischer Krieg

Der US-Diplomat William C. Bullit, bis 1941 US-Botschafter in Frankreich, erklärte bereits im Februar 1939 (x076/255): >>... Wir werden sicher nicht zu Anfang am Krieg teilnehmen, aber wir werden ihn beenden.<<

Nach der kampflosen Besetzung der "Rest-CSR" am 15. März 1939 erwarteten die Westmächte weitere "NS-Raubzüge". England und Frankreich, die während der "Sudetenkrise" im September 1938 noch nicht "kriegsbereit" waren, bereiteten sich jetzt in fiebriger Eile auf den drohenden Krieg vor.

Die polnische Regierung, die nach der englisch-französischen Garantieerklärung ihre eigenen militärischen Kräfte maßlos überschätzte, ordnete am 23. März 1939 im "Korridor" die polnische Teilmobilmachung an und lehnte am 26.03.1939 endgültig alle deutschen Forderungen ab (x041/97).

Hitler kündigte am 28. April 1939 den deutsch-polnischen Nichtangriffpakt und das deutsch-britische Flottenabkommen von 1935.

Nach der antideutschen Rede des polnischen Außenministers Beck vom 3. Mai 1939 wurde klar, daß die polnische Regierung einen deutsch-polnischen Krieg erwartete und Kriegsvorbereitungen traf (x104/277).

Die französisch-britischen Garantieerklärungen vom 31. März 1939 förderten den polnischen Nationalismus und die nationale Begeisterung, so daß sich in Polen im Juni 1939 eine gefährliche Kriegsstimmung entwickelte. Nicht wenige Polen feierten bereits ihr polnisches Großreich. Die polnischen Nationalisten schätzten das polnisch-deutsche Kräfteverhältnis oftmals völlig falsch ein. Sie hielten die deutsche Wehrmacht für einen großen Bluff und sprachen vom "Marsch auf Berlin" (x025/183).

Ein Propagandist des polnischen Heeres verkündete am 20. Juni 1939 in Bromberg (x104/277): >>Der polnische Soldat weiß, daß er mit dem Marsch auf Berlin die Mission eines Befreiers der von dem Joch des barbarischen Hakenkreuzes Unterdrückten erfüllt. ...<<

Am 14. August 1939 scheiterten die sowjetisch-britisch-französischen Militärverhandlungen über ein gemeinsames Vorgehen gegen das NS-Regime, weil die polnische Regierung ein sowjetisches Durchmarschrecht durch Polen ablehnte (x125/172).

Die Sowjetunion und das NS-Regime schlossen am 19. August 1939 in Moskau einen Wirtschaftsvertrag. Stalin, der spätestens seit 1937 fest mit einem Krieg gegen "Hitler-Deutschland" rechnete, hielt einen Krieg gegen das NS-Regime für unvermeidlich. Der sowjetische Diktator bereitete sich deshalb frühzeitig auf diesen Krieg gegen Hitler vor.

Stalin - "der lachende Dritte" - kündigte am 19. August 1939 an, daß die UdSSR in einem Krieg zwischen den "Imperialisten" als letzte Macht eingreifen werde x090/279.

Stalin wollte den unausweichlichen Kampf erst in der "günstigsten Kriegsphase" gegen ein geschwächtes NS-Regime beginnen. Nach dem Angriff gegen Polen vom 1.09.1939 war Stalin unentwegt bestrebt, den Selbstvernichtungskrieg der kapitalistischen Westmächte zu unterstützen, und wartete gelassen die weitere Entwicklung des Krieges und die "Selbsterfleischung der kapitalistischen Staaten" ab.

Am 23. August 1939 unterzeichnete Reichsaußenminister von Ribbentrop in Moskau den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt. Obwohl die Sowjetunion bereits monatelang Geheimverhandlungen mit den Westmächten geführt hatte, schlossen die vermeintlichen Todfeinde Hitler und Stalin am 23. August 1939 "völlig überraschend" einen deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt ab - "die übrige Welt reagierte damals völlig sprachlos".

Dieser "Hitler-Stalin-Pakt" ermöglichte eigentlich erst den Angriff auf Polen, denn der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt gab Hitler endlich die erforderliche Rückendeckung, um seine Kriegspläne zu verwirklichen.

Als sich Ribbentrop verabschiedet hatte, sagte Stalin zum sowjetischen Außenminister Molotow (x069/176): >>Das war die Kriegserklärung Hitlers an die Sowjetunion! ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt (x046/27): >>... Russische Historiker erblicken heute längst auch einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen dem 23. August 1939 und dem 22. Juni 1941. Durch den Pakt mit Hitler vom 23. August 1939 hatte Stalin sein erstes Ziel erreicht, und er war, wie Marschall der Sowjetunion Schukow sich erinnert, "überzeugt, er würde aufgrund des Paktes Hitler um den kleinen Finger wickeln".

"Nun, für das erste haben wir Hitler getäuscht", so die Meinung Stalins nach Nikita Chruschtschow. Der Pakt vom 23. August 1939 hatte Hitler dazu ermutigt, Polen anzugreifen und als Folge hiervon, wie erwartet, einen europäischen Krieg entstehen lassen, an dem die Sowjetunion vom 17. September 1939 an als Aggressor teilnahm, ohne daß sie damit freilich die Kriegserklärung der Westmächte auf sich gezogen hätte.

"Ein einziger Schlag gegen Polen", so der verantwortliche Leiter der sowjetischen Politik, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare Molotow am 31. Oktober 1939 vor dem Obersten Sowjet, "erst seitens der deutschen, dann seitens der Roten Armee, und nichts blieb übrig von dieser Mißgeburt des Versailler Vertrages, die ihre Existenz der Unterdrückung nichtpolnischer Nationalitäten verdankt hatte." Auf ausdrücklichen Wunsch Stalins hin sollten nicht einmal Reste der staatlichen Existenz Polens bestehen bleiben.<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über die US-Außenpolitik (x320/70-71): >>In Washington läßt Franklin D. Roosevelt die Polen wissentlich in eine Falle laufen. Am frühen Morgen dieses Tages (24. August 1939) verrät ein deutscher Diplomat in Moskau einem amerikanischen

Kollegen den Inhalt des gerade geschlossenen Zusatzabkommens, das Osteuropa in eine russische und eine deutsche Interessensphäre teilt. Die Trennungslinie teilt auch Polen. Mittags um 12 Uhr kablet der amerikanische Botschafter aus Warschau den Inhalt des geheimen Zusatzprotokolls nach Washington. Nur wenig später kennt Präsident Roosevelt die heiße Nachricht und damit auch die Gefahr, die Polen ab sofort von Rußland droht.

Roosevelt tut jedoch nichts, um Warschau, London und Paris zu warnen. Eine Warnung noch am selben Tag hätte die Polen vielleicht dazu bewegen können, Hitlers Vorschlag vom 28. April zu akzeptieren. Dieses letzte Hitler-Angebot umfaßte einen Freihafen sowie Wirtschaftsprivilegien in Danzig, die Anerkennung der polnischen Gebietsgewinne seit 1918 in Posen, Westpreußen und Südost-Oberschlesien und einen Friedensvertrag für 25 Jahre im Tausch gegen extraterritoriale Wege durch den Korridor und Danzig. Eine Warnung an die Briten hätte den Garantievertrag für Polen, der an diesem Tag geschlossen worden ist, vielleicht verhindert. Doch für Roosevelt ist wichtig, daß Hitler sich im Danziger Streit verfängt. ...<< Am 1. September 1939, um 4.45 Uhr (Beschießung der Westerplatte), begann ohne vorherige Kriegserklärung der überfallartige deutsche Angriff gegen Polen ("Fall Weiß").

Nach dem deutschen Angriff, die deutschen Angreifer trafen auf eine kampfbereite polnische Armee, verkündete der polnische Staatspräsident Moscicki am 1. September 1939 (x064/136-137): >>Bürger!

Diese Nacht hat unser Erbfeind Angriffshandlungen gegen den polnischen Staat begonnen. Ich stelle das vor Gott und der Geschichte fest.<<

Nach dem deutschen Blitzsieg gegen Polen richtete Hitler am 6. Oktober 1939 Friedensangebote an England und Frankreich (x059/94): >>... Wir verzichten auf alle Gebietsforderungen im Westen, verlangen aber dafür freie Hand im Osten.<<

Am 10. Oktober 1939 wurde Hitlers Friedensangebot vom 6. Oktober 1939 durch Frankreich abgelehnt (x040/16).

Der britische Premierminister Chamberlain lehnte Hitlers Friedensangebot am 12. Oktober 1939 ab (x040/16).

Der deutsche Historiker Alfred Schickel berichtete später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1989 über Hitlers Friedensangebote vom 6. Oktober 1939 (x853/...): >>... Friedensinitiativen im Herbst 1939

Erinnerungen an vergessene zeitgeschichtliche Ereignisse

... Da Berlin ausgewiesenermaßen gegenüber England und Frankreich kein Kriegsziel verfolgte, schien einem Friedensschluß zwischen dem Reich und den beiden Westmächten auch kein Hindernis entgegenzustehen.

- Das sah auch Roosevelts "heimlicher Außenminister", Botschafter William C. Bullitt so, wie er in seinem "persönlichen und vertraulichen" Telegramm an den US-Staatschef vom 8. September 1939 bekannte: "Ich erwarte, daß die Deutschen ihre Zerstörung Polens bald abschließen, um dann Frankreich und England den Frieden anzubieten."

Nur redete der Roosevelt-Vertraute - ganz im Sinne seines Chefs - einem helfenden Eingreifen der USA zugunsten der beiden Westmächte entschieden das Wort. Entsprechend telegraphierte er dem Präsidenten: "Natürlich ist es offensichtlich, daß, falls der Neutralitätsbeschluß des amerikanischen Kongresses in seiner gegenwärtigen Form bleibt, Frankreich und England rasch besiegt werden."

Statt mit einem von Berlin initiierten Friedensschluß wollten Bullitt und Roosevelt den Krieg mit einem klaren Sieg der Alliierten beenden. Deswegen bauten sie darauf, daß Paris und London die Berliner Friedensvorschläge ablehnen und weiterkämpfen würden, wie es die Kabinette an der Seine und an der Themse dann auch taten. ...

Im Gegensatz zu Chamberlain und Daladier, welche Deutschland immerhin Bedingungen stellten, lehnte Churchill ein Friedensgespräch mit Hitler rundweg ab, obwohl er im gleichen

Gespräch mit Botschafter Kennedy die militärische Lage Englands als nicht gerade rosig schilderte und die Schlagkraft der Deutschen unterstrich. Wenn er trotz der schwierigen Kriegslage für eine Fortsetzung des Kampfes gegen Deutschland eintrat, dann ist dies nur vor dem Hintergrund seiner heimlichen Kontakte zu Präsident Roosevelt, der ihm moralische und handfeste Unterstützung zusagte, zu verstehen. ...

Am 24. Dezember 1939 rief schließlich Papst Pius XII. zur Einstellung des Krieges auf, da er "auf moralischem, geistigem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet besonders böse Folgen des Krieges" sehe. Die "für das Schicksal der Völker Verantwortlichen sollten es daher nicht von vornherein ablehnen zu verhandeln, wenn sich Gelegenheit dazu biete". ...

Es mußten sich also die Politiker an der Spree ebenso betroffen und angesprochen fühlen wie die Staatsführungen in London und in Paris. Hätten sie sich darüber hinaus auch zur Tat entschlossen und die päpstlichen Empfehlungen gar zur Richtschnur ihrer Handlungen gemacht, wäre der Menschheit der Zweite Weltkrieg erspart geblieben und hätten über 50 Millionen Menschen ihr Leben nicht verloren.<<

Nach dem deutsch-polnischen Krieg unterstützte Nordamerika etwa seit Oktober/November 1939 die Anti-Hitler-Koalition, obgleich US-Präsident Roosevelt eigentlich durch die nord-amerikanischen Neutralitätsgesetze von 1935 daran gehindert wurde, Kriegsmaterial an kriegsführende Staaten zu liefern.

Deutsch-sowjetischer Ostkrieg 1941

Am 22. Juni 1941, um 3.15 Uhr morgens, begann der deutsche Überraschungsangriff gegen den sowjetischen Bündnispartner von 1939 - Napoleon hatte den Rußlandfeldzug im Jahre 1812 ebenfalls "rein zufällig" am 22. Juni eröffnet. Während Italien und Rumänien rechtzeitig Kriegserklärungen abgaben, untersagte Hitler ausdrücklich die Abgabe der üblichen Kriegserklärung.

Die Wehrmacht griff mit 152 Divisionen, 3.050.000 Soldaten, 3.700 Panzern und 7.200 Geschützen an. Die deutschen Luftflotten 1, 2 und 4 verfügten über 1.280 einsatzbereite Kampfflugzeuge (x040/78-79).

Die deutsche Wehrmacht setzte damals 3 Heeresgruppen ein:

Der Angriff der Heeresgruppe Nord - Führung: Generalfeldmarschall von Leeb - erfolgte aus Ostpreußen in Richtung baltische Länder und Leningrad.

Der Angriff der Heeresgruppe Mitte - Führung: Generalfeldmarschall von Bock - erfolgte aus Ostpreußen in Richtung nördliches Generalgouvernement und Moskau.

Der Angriff der Heeresgruppe Süd - Führung: Generalfeldmarschall von Rundstedt - erfolgte aus dem südlichen Generalgouvernement in Richtung Kiew - Dnjeprbogen.

Nach Hitlers Plänen sollte der Rußlandfeldzug höchstens 5 Monate dauern. Die deutsche Wehrmacht wurde zunächst von der 3. und 4. rumänischen Armee unterstützt. Später nahmen außerdem noch verbündete Kampfverbände aus Finnland, Frankreich, Italien, Spanien, der Slowakei und Ungarn am Rußlandfeldzug teil.

Die sowjetischen Streitkräfte verfügten zum Zeitpunkt des deutschen Angriffes an der Westfront über 291 Divisionen und 94 Brigaden (x047/276) mit mindestens 4,7 Millionen Soldaten, 15.000 Panzern, 35.000 Geschützen und 9.000 Flugzeugen.

Die deutsche Panzergruppe 3 meldete am 23. Juni 1941 (x046/63): >>Im gesamten Abschnitt war der Feind offenbar doch stärker als am Anfang der Operation angenommen wurde. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die unterschätzte personelle und materielle Stärke der Roten Armee (x046/63): >>... Da die Deutschen vor dem 22. Juni 1941 das Bestehen von rund 100 Panzer- und motorisierten Divisionen nicht erkannt hatten, sie vielmehr nur 7 Panzerdivisionen und 38 motorisierte, mechanisierte Brigaden voraussetzten, zeigten sie sich nach Kriegsbeginn sehr überrascht von der Masse der Panzerdivisionen,

die ihnen mit einem Male gegenüberstanden.

Es "stellte sich bald heraus, daß der Russe weit mehr Verbände zur Verfügung hatte, als vor Beginn des Ostfeldzuges vom OKH angenommen war", vermerkte die 1. Panzerarmee am 19. Dezember 1941. ... Das Erstaunen bezog sich dabei nicht nur auf die Panzer und Flugzeugzahlen, die alle Erwartungen übertroffen hatten, sondern auch auf die Güte der sowjetischen Waffen und des Gerätes.<<

Der US-Unterstaatssekretär Sumner Welles erläuterte am 23. Juni 1941 die Ansichten der nordamerikanischen Regierung über den deutsch-sowjetischen Krieg (x106/108): >>Für das amerikanische Volk (sind) die Grundsätze und Lehren der kommunistischen Diktatur ebenso unerträglich und ihren eigenen Anschauungen ebenso fremd, wie die Grundsätze und Lehren der nationalsozialistischen Diktatur. ...

Aber die Frage, die sich jetzt dem amerikanischen Volke unmittelbar präsentiert, ist, ob der Plan der Welteroerbung und der grausamen, brutalen Versklavung aller Völker sowie der schließlichen Zerstörung der letzten freien Demokratien, ein Plan, den Hitler jetzt verzweifelt durchzuführen versucht, erfolgreich aufgehalten und zunichte gemacht werden kann. ...

Nach Ansicht der amerikanischen Regierung wird ... jede Verteidigung gegen den Hitlerismus ... den schließlichen Untergang der gegenwärtigen deutschen Führer beschleunigen und sich von Vorteil erweisen.<<

Der US-Senator und spätere Präsident Harry S. Truman erklärte am 23. Juni 1941 (x172/388-389): >>... Wenn es so aussieht, als würde Deutschland gewinnen, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland sich als stärker erweist, sollten wir Deutschland helfen. Dann können sie sich nach Herzenslust umbringen. Allerdings möchte ich unter gar keinen Umständen Hitler als Sieger sehen.<<

Nach dem deutschen Überraschungsangriff gegen die UdSSR begrüßte Churchill am 24. Juni 1941 die neuen Verbündeten und versprach großzügige Hilfslieferungen. Aufgrund des Leih- und Pachtgesetzes vom 11. März 1941 unterstützte Nordamerika auch die Sowjetunion. Schon 2 Tage nach dem deutschen Angriff gegen die UdSSR kündigte US-Präsident Roosevelt den Sowjets Hilfslieferungen an und vergab große Staatsaufträge an die nordamerikanische Rüstungsindustrie.

In der Anfangsphase des Ostkrieges wurden die sowjetischen Truppen von der deutschen Wehrmacht fast überall zurückgedrängt. Während die deutsche Luftwaffe alle wesentlichen strategischen Verteidigungsstellungen der Sowjets sturmreif schoß und die Aufmarsch- und Rückzugsstraßen mit vernichtendem Feuer belegte, stürmten die deutschen Panzer- und Infanterietruppen unaufhaltsam vorwärts und legten in nur wenigen Tagen 150-200 km zurück. Die Rote Armee mußte frühzeitig gewaltige Verluste hinnehmen. In den ersten Kriegswochen meldete das Oberkommando der deutschen Wehrmacht täglich neue Erfolge.

Die deutsche Heeresgruppe Mitte begann am 2. Oktober 1941 den Angriff auf Moskau (Unternehmen: "Taifun"). Infolge von dauernden Regenfällen blieb der deutsche Angriff bereits am 7. Oktober 1941 fast völlig im tiefen Schlamm liegen. Endlose Regenfälle verwandelten die Ebenen in eine bodenlose Sumpf- und Schlammwüste. Panzer, Lastkraftwagen, Geschütze, Pferdefuhrwerke und Soldaten blieben im knietiefen Schlamm stecken. Die deutschen Truppen kamen nicht mehr von der Stelle und der Nachschub fiel vielerorts tagelang aus.

Die Truppenbewegungen im Mittelabschnitt der Ostfront wurden bereits am 15. Oktober 1941 durch heftiges Schneetreiben und Schneeverwehungen behindert. Im Hinterland der Ostfront nahm die Partisanentätigkeit ständig zu.

Am 5. Dezember 1941 begann die sowjetische "Kalininfront" mit ihren ausgeruhten und gut-ausgerüsteten Reserve-Armeen eine großangelegte Gegenoffensive. Überall im Norden, in der Mitte und im Süden der Ostfront mußte sich das deutsche Heer anschließend zurückziehen, damit es nicht zur gefürchteten Einkesselung kam.

Hitler forderte die Soldaten der Ostfront am 16. Dezember 1941 zum fanatischen Widerstand auf und erteilte den sogenannten "Halt-Befehl". Hitlers selbstmörderisches Abwehrkonzept der "festen Plätze" und der starren Verteidigung verursachte in den folgenden Kriegsmonaten verheerende Verluste. Weitere unsinnige Durchhalteverfügungen und taktische Fehlentscheidungen bewiesen später in erschreckender Weise, daß Hitler ein vollkommen unfähiger Militärstrategie war.

Die Wehrmachtstruppen waren im Dezember 1941 mit ihrer Kraft fast am Ende. Nach dem Scheitern des Blitzkriegskonzeptes war der Feldzug gegen die UdSSR bereits im Winter 1941/42 verloren.

Ermordung der europäischen Juden

Spätestens nach dem Scheitern des Rußlandfeldzuges im Dezember 1941 beschloß Hitler vermutlich die endgültige Vernichtung aller europäischen Juden.

Im Verlauf der "Wannsee-Konferenz", die am 20. Januar 1942 in einem Gebäude der Kripo am Großen Wannsee in Berlin stattfand, kündigte Heydrich den Leitern der wichtigsten NS-Behörden die Endlösung der Judenfrage an.

Damals nutzten die NS-Behörden für die Durchführung der "Endlösung" grundsätzlich nur Tarnbezeichnungen. In den sichergestellten NS-Schriftstücken wurde jedenfalls später kein Hitler-Befehl gefunden, der eindeutig die Ausrottung der Juden anordnete. Die Deportationen tarnte und verharmloste man meistens als "Umsiedlungen" oder "Arbeitseinsatz im Osten". Die Sicherheitspolizei-, SS- und SD-Dienststellen führten später die Tarnbezeichnung "Sonderbehandlung" ein. Himmler untersagte zwar ab 1943 diesen Begriff und ließ andere Bezeichnungen ("Aussiedlung" usw.) verwenden, aber die Tarnbezeichnung "Sonderbehandlung" blieb weiterhin ein "fester Begriff" für die physische Vernichtung des europäischen Judentums.

Um die Ermordung der Juden vor der deutschen Bevölkerung zu verheimlichen, wurden alle Vernichtungslager (Auschwitz, Belzec, Kulmhof, Maidanek, Sobibór und Treblinka) in Polen errichtet und von speziell ausgewählten SS-Einheiten geleitet. Die "Endlösung" unterlag außerdem der höchsten Geheimhaltungsstufe des NS-Regimes ("Geheime Reichssache"), so daß man es fast bis zum Kriegsende schaffte, die Ausrottung des Judentums perfekt zu tarnen und zu verheimlichen.

Mit Hilfe der beinahe undurchdringlichen NS-Sicherheitssysteme gelang es jahrelang, die deutsche Zivilbevölkerung zu täuschen, aber die Weitergabe von ausländischen Informationen und Nachrichten (Berichte von polnischen Widerstandsgruppen und ausländischen Geheimdiensten: Fotos von Vernichtungslagern, Zeugenaussagen und sonstige Meldungen) konnten nicht verhindert werden. Die ausländische Öffentlichkeit (vor allem in Nordamerika und Großbritannien) wurde nachweislich frühzeitig über die Vernichtungslager in Polen bzw. den systematischen Völkermord an den Juden informiert. Im Deutschen Reich kursierten während des Zweiten Weltkrieges zwar viele Gerüchte über das Schicksal der verschleppten Juden, aber Genaueres wußten nur direkte Beteiligte der "Endlösung".

Die "bürokratische, industrialisierte" NS-Tötungsmaschinerie arbeitete während des Zweiten Weltkrieges unter strengster Geheimhaltung und vernichtete kaltblütig und "rationell" Millionen von wehrlosen Menschen. Wie viele Juden durch die SS-Organisationen ermordet wurden, konnte man nie genau ermitteln.

Der französische Historiker Stéphane Courtois berichtete im Jahre 1997 über die historische Ermittlung von Opferzahlen (x087/236-237): >>... Selbst wenn es sich nur um annähernde Zahlen handelt, der Rückgriff auf Opferzahlen ist sehr wohl legitim, ja sogar unverzichtbar. Ferner möchte ich daran erinnern, daß auch bei den historischen Studien zur Shoa das Zählen der Opfer lange Zeit eines der Hauptanliegen der Historiker war. Erst seitdem sich die Spezia-

listen auf eine Richtzahl von ungefähr 5,1 Millionen Toten geeinigt haben, steht die Frage nach den Opferzahlen in der Shoa-Forschung nicht mehr im Vordergrund.<<

Die jüdischen Historiker der Forschungs- und Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem gehen von 6,0 Millionen jüdischen Mordopfern aus. Diese Zahl wird auch regelmäßig von israelischen Regierungsvertretern zitiert (x025/246).

"DER BROCKHAUS" berichtete im Jahre 2006 von etwa 6 Millionen jüdischen Opfern (x251/149).

Angesichts der unfassbaren Menschenverluste und äußerst grausamen Durchführung zählt die Ermordung der europäischen Juden zweifelsohne zu den dunkelsten Kapiteln der bisherigen Menschheitsgeschichte. Ungeachtet der historischen Mitverantwortung darf man jedoch nicht vergessen, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes (im Gegensatz zu manchen osteuropäischen Nachbarn) in der jahrhundertealten deutsch-jüdischen Geschichte kein Feind des jüdischen Volkes war, sondern daß ausschließlich Mitglieder der verbrecherischen NS-Organisationen die Judenvernichtung durchführten.

Hitlers "Endlösung" wäre in einem deutschen Rechtsstaat, mit demokratischer Machtkontrolle, Opposition und freier Presse, sicherlich niemals geschehen. Die planmäßige, systematische Massenvernichtung der europäischen Juden konnte nur umgesetzt werden, weil die brutale NS-Diktatur damals jeglichen Widerstand gewaltsam erstickte. Im NS-Verbrecherstaat endete jeder aktive Widerstand sofort im Konzentrationslager. Dieser Völkermord an den europäischen Juden, der bewußt während der dramatischen Wirren des Zweiten Weltkrieges durchgeführt wurde, hätte in jener Zeit wahrscheinlich in jedem anderen diktatorisch regierten Land durchgeführt werden können.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über das vermeintliche "Tätervolk der Deutschen" (x268/85): >>... Der amerikanische Psychiater Gustave M. Gilbert, der für die Angeklagten von Nürnberg verantwortlich war, hat gesagt: "Nach unseren Erkenntnissen müssen wir annehmen, daß solche Persönlichkeiten nicht nur nicht einzigartig oder wahnsinnig sind, sondern daß sie sich auch in jedem anderen Land der Welt von heute wiederfinden könnten. Wir müssen auch einsehen, daß es solche Persönlichkeiten in diesem Land gibt und daß zweifellos bestimmte Individuen bereit wären, über die Leichen der halben Bevölkerung der Vereinigten Staaten zu steigen, wenn sie damit die Kontrolle über die andere Hälfte in die Hand bekämen."

Ähnlich Hannah Arendt in ihrer Studie "Eichmann in Jerusalem": "Das Beunruhigende an der Person Eichmann war doch gerade, daß er war wie viele und daß diese vielen weder pervers noch sadistisch, sondern schrecklich und erschreckend normal waren und sind."

Auch Simon Wiesenthal, Leiter des jüdischen Dokumentationszentrums in Wien, glaubt, daß ein Holocaust auch in den USA möglich sei. Es handelt sich um kein spezifisch deutsches, sondern um ein menschliches Versagen. ...<<

Antideutsche Politik, Kriegskonferenzen und Besatzungspläne der Alliierten

Der britische Premierminister Winston Churchill beschimpfte Hitler am 11. September 1940 während einer Rundfunkansprache wegen der deutschen Luftangriffe (x172/257-258): >>...

Dieser niederträchtige Mann, diese Quelle und Verkörperung stupider Animositäten, dieses monströse Produkt vergangener Schandtaten hat nun also beschlossen, unser großartiges Inselvolk durch sinnloses Gemetzel und willkürliche Zerstörung niederzuzwingen.<<

US-Präsident Roosevelt unterschrieb am 16. September 1940 das vom US-Kongreß verabschiedete "Gesetz zur Wehrpflicht" und verkündete (x172/261): >>... Die Philosophie der Gewalt, die überall auf der Welt um sich greift, darf uns nicht gleichgültig lassen. Das furchtbare Schicksal von Nationen, deren Schwäche zum Angriff provoziert hat, ist uns nur allzu gut bekannt. ...<<

Franklin D. Roosevelt wurde am 5. November 1940 zum dritten Mal zum Präsidenten der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den Wahlkampf Roosevelts (x068/235): >>Für die Erhaltung des Friedens hat Roosevelt nichts getan – wenn auch jeden Wahlkampf mit Friedensparolen geführt, zweimal schon. Und 1940 ebenfalls. In einer Wahlrede versicherte er: "Ich werde es wieder und immer wieder sagen: Eure Jungen werden in keinen fremden Krieg geschickt werden!"

Dies erinnert fatal an seinen Vorgänger Wilson im Ersten Weltkrieg, der ebenfalls seinen Wahlkampf durch Friedensbeteuerungen gewann. Und genau wie Wilson suchte auch Roosevelt nur einen Vorwand zur Einmischung.

Wenige wußten dies so gut wie Churchill. Er wäre im Kampf gegen Hitler ohne die Hilfe der USA und der Sowjetunion in Kürze sang- und klanglos erledigt gewesen. Man darf ihm glauben, wenn er nach Roosevelts Wiederwahl am 6. November 1940 schreibt, "daß ich für ihren Erfolg gebetet habe und dankbar dafür bin" ...<<

Der US-Architekt Frank L. Wright erklärte am 10. November 1940 einem Reporter der "New York Times" während einer Ausstellung (x172/278): >>... Ich möchte nicht behaupten, daß die Bombardierung Europas kein Segen ist, denn immerhin bietet es den Architekten dort die Gelegenheit, von vorn anzufangen.<<

Charles Portal (von 1940-45 Oberbefehlshaber der Royal Air Force) schrieb am 7. Dezember 1940 an den britischen Premierminister Winston Churchill (x172/292): >>... Sie trugen mir vor 2 Tagen auf, einen Plan für einen Bombenangriff mit größtmöglicher Zerstörungswirkung auf eine ausgewählte deutsche Stadt (Hannover, Mannheim, Köln oder Düsseldorf) auszuarbeiten. ...

Die ersten Angriffe werden mit Brandbomben erfolgen, wenn das Wetter mitspielt, ist vorgesehen, den Einsatz mit Spreng- und Brandbomben die ganze Nacht über fortzuführen.

Zur Verwendung kommen 1000- und 500-Pfund-Bomben statt 250-Pfund-Bomben; bei günstiger Wetterlage werden auch Minen abgeworfen. Alle Sprengbomben werden so gezündet, daß sie die größtmögliche Zerstörung ... anrichten.

Auf ihr Kommando hin werde ich den Befehl zur Durchführung in der ersten dafür geeigneten Nacht geben.<<

Als Hitler im Jahre 1940 die "Zwangsettoisierung" aller westpolnischen Juden anordnete, veröffentlichten die anglo-nordamerikanischen Massenmedien regelmäßig antideutsche Meldungen. Alle Deutschen wurden aufgrund der völkerrechtswidrigen "Sippenhaftung bzw. Kollektivschuld" allmählich mit dem verbrecherischen NS-Regime gleichgesetzt.

Der australische Premierminister Robert G. Menzies schrieb am 21. März 1941 nach einem schweren Luftangriff gegen London (x172/333): >>... Straße um Straße in Flammen. Arme alte Leute werden verschreckt und benommen in Unterkünfte geführt. ...

Ich bin ganz und gar für den Frieden, wenn er denn kommt, doch für die Menschheit wäre es eine Tragödie, wenn er einträte, bevor auch die Städte dieser Bestien zerstört worden sind. Der Hunne muß es am eigenen Leibe spüren.<<

Die US-Zeitschrift "TIME" zitierte am 24. März 1941 Auszüge aus dem Buch des US-Autors Theodore Newman Kaufman (1910-1986) "Germany must perish" (x025/123): >>... Sterilisierung sollte nicht mit Kastration verwechselt werden. Es ist eine gefahrlose und einfache Operation, ziemlich harmlos und schmerzlos, die den Patienten weder verstümmelt noch zum geschlechtslosen Wesen macht. ...

Wenn man bedenkt, daß solche gesundheitsfördernden Maßnahmen wie Impfungen und Serumbehandlungen als direkte Wohltaten für die Bevölkerung betrachtet werden, dann kommt man nicht umhin, die Sterilisierung des deutschen Volkes als eine große Gesundheitsmaßnahme der Menschheit zu betrachten, um sich FÜR IMMER gegen den Virus des deutschen

Wesens zu immunisieren.<<

Das "Kaufman-Buch", das auch eine Landkarte enthielt, wie das ausgestorbene Land (einschließlich Österreich) anschließend an die Nachbarstaaten verteilt werden sollte, wurde im Jahre 1941 von der NS-Propaganda übersetzt, auszugsweise im Rundfunk gesendet und als Buch veröffentlicht (Titel: "Deutschland muß sterben").

NS-Reichsminister Goebbels schrieb damals über das Buch "Germany must perish" (x172/332): >>... Hätte er dieses Buch auf meine Bestellung ausgearbeitet, er hätte es wahrlich nicht besser und vorteilhafter für uns machen können.<<

Am 27. März 1941 wurde in Washington für den Fall einer Kriegsbeteiligung der USA die grundlegende strategische nordamerikanisch-britische Konzeption "Germany first" - danach Japan - festgelegt (x041/109).

Der britische Premierminister Winston Churchill erklärte am 27. April 1941 während einer Rundfunkansprache (x172/352): >>... Im vergangenen Jahr haben wir durch unsere Einstellung und unser Verhalten die Menschen in den Vereinigten Staaten für uns gewonnen. Sie haben einen Großteil ihrer gewaltigen Industrie auf die Produktion der von uns benötigten Rüstungsgüter umgestellt. Sie haben uns sogar wertvolle Waffen aus ihren eigenen Beständen auf Dauer oder vorübergehend überlassen. ...

Es gibt fast 70 Millionen feindselige Hunnen – manche davon lassen sich kurieren, die anderen muß man massakrieren.<<

Der britische Politiker Rhys Davies erklärte am 3. Juni 1941 während der Jahresversammlung der Labour Party (x172/375): >>... Was Premier Winston Churchill kürzlich in einer Rede erklärte, daß es nämlich Millionen Deutsche gebe, "manche lassen sich kurieren, die anderen muß man massakrieren", ist vergleichbar mit Herrn Hitlers Einstellung gegenüber den Juden.<<

Premierminister Churchill erklärte am 14. Juli 1941 in einer Rundfunkansprache (x172/400): >>... London ist so groß wie ein prähistorischer Dickhäuter, in dessen Panzer man vergebens Pfeile schießt. ...

Wo Sie – Hitler - auf den geringsten Widerstand gestoßen sind, da waren Sie am brutalsten. Sie haben doch mit der wahllosen Bombardierung angefangen – in Warschau, Rotterdam und Rußland.

Wir sind weder zu einer Feuerpause bereit noch zu einem Waffenstillstand mit Ihnen oder der Verbrecherbande, die Ihren bösen Willen vollstreckt. Sie tun das Schlimmste – und wir werden unser Bestes geben. Es ist an der Zeit, daß die Deutschen in ihren Städten einen Teil der Qualen erleiden, die sie ihren Nachbarn und der ganzen Welt zugemutet haben.

Während die großen Bomber in unseren Fabriken fertiggestellt werden oder in Schwärmen über den Atlantischen Ozean zu uns herüberkommen, werden wir Monat für Monat ohne Erbarmen weiterhin hochexplosiven Sprengstoff über Deutschland abwerfen. ...<<

Die "New York Times" berichtete am 15. Juli 1941 über Churchills Rundfunkansprache des Vortages (x172/401): >>... Hierin offenbart sich kein sadistischer Rachewunsch; vielmehr ist dies die ehrliche Überzeugung, daß die Bombardierung Berlins schneller zum Sieg und Frieden führt.<<

Der britische Premierminister Winston Churchill schrieb am 28. Juli 1941 in einem Brief an Josef Stalin (x172/413): >>... Deutschland wird einen schrecklichen Bombenwinter erleben. ... Was denen blüht, dürfte alles bisher Dagewesene übersteigen.<<

Die westlichen Alliierten legten am 14. August 1941 gemeinsame Kriegsziele fest und veröffentlichten die "Atlantik-Charta" (x058/376): >>Der Präsident der Vereinigten Staaten und Premierminister Churchill als Vertreter der britischen Regierung haben es auf ihrer Zusammenkunft als zweckmäßig erachtet, gewisse gemeinsame Grundsätze der Politik ihrer beiden Länder bekanntzugeben, Grundsätze, auf denen sie eine bessere Zukunft der Welt aufzubauen

hoffen:

1. Ihre Länder suchen keinen Gewinn, weder territorialer noch anderer Natur.
2. Sie streben keine territorialen Veränderungen an, die nicht mit den frei zum Ausdruck gebrachten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen.
3. Sie respektieren das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und es ist ihr Wunsch, daß souveräne Rechte und eine autonome Regierung allen denen zurückgegeben werden, denen sie entrissen worden sind. ...<<

US-Finanzminister Morgenthau notierte am 19. August 1941 in seinem Tagebuch folgende Äußerung des nordamerikanischen Präsidenten Roosevelt (x025/124): >>Wir müssen mit den Deutschen hart sein. Das heißt mit dem deutschen Volk, nicht nur mit den deutschen Nazis. Wir müssen sie entweder kastrieren oder mit ihnen so verfahren, daß sie nicht länger Menschen zeugen, die so weitermachen. ...<<

Der italienische Geschichtsphilosoph und Publizist Domenico Losurdo (1941-2018) berichtete später (im Jahre 2010) in seinem Buch "Die Deutschen. Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes?" über die antideutsche Einstellung des US-Präsidenten Roosevelt (x318/61-62): >>... Kehren wir zu F. D. Roosevelt zurück, der während des Zweiten Weltkrieges, zu Recht empört über die schrecklichen Verbrechen des Dritten Reiches einen Augenblick lang von der sonderbaren Idee der "Kastration" der Deutschen fasziniert war. Vielleicht wären dem US-amerikanischen Staatsmann mehr Zweifel gekommen, wenn er zufällig Gobineau und Waitz und ihre Hinweise auf den Vernichtungs-Rassismus der "amerikanischen Schule" hätte lesen können, denn so hätte F. D. Roosevelt verstanden, daß die Idee, durch "Kastration" der Verantwortlichen die Wiederholung solcher Praktiken zu vermeiden, auch das Volk hätte treffen können, zu dem er selbst gehörte.

Eine grundlegende Wahrheit darf man nicht aus den Augen verlieren: Weit entfernt, die Wiederholung des Identischen zu sein, zeichnet sich die Geschichte durch unaufhörliche Veränderungen und durch auch recht radikale Umschläge aus. Man sollte ein für alle Mal Schluß machen mit dem Mythos der in der Zeit unbeweglichen Identitäten.

Hier ist eine Betrachtung politischen Charakters hinzuzufügen. Wohl oder Übel hat es in Deutschland, wenn auch nur teilweise und unzureichend den Versuch gegeben, sich mit der Vergangenheit und mit dem Schrecken des Dritten Reiches auseinander zu setzen. Jenseits des Atlantiks feiern hingegen die US-amerikanischen Führer und ihre Ideologen weiterhin ihr Land als "die älteste Demokratie der Welt". In dieser historischen Bilanz scheint das den Indianern und den Schwarzen vorbehalten Schicksal irrelevant zu sein.

Es gibt nicht einmal einen vagen Versuch der Aufarbeitung der Vergangenheit. Und gerade dieses gute Gewissen gibt dem Anspruch Washingtons den Auftrieb, die "Demokratie" mit Waffengewalt zu exportieren. Unter diesen Bedingungen ist es reiner Wahnsinn, das gute Gewissen des heute weitaus gefährlicheren Imperialismus mit Diskursen über ein immer und ewig reaktionäres Deutschland noch weiter zu verstärken.<<

Am 11. September 1941 erließ US-Präsident Roosevelt nach dem "Greer-Zwischenfall" den "Schießbefehl" gegen deutsche und italienische Kriegsschiffe (x040/95). Obwohl die Nordamerikaner spätestens danach eindeutig jegliche Neutralität aufgaben und in den US-Häfen alle deutschen Schiffe beschlagnahmten, erfolgte zunächst nicht die erwartete bzw. erhoffte deutsche Kriegserklärung an die USA.

Der nordamerikanische Flieger Charles Lindbergh sprach am 11. September 1941 während einer Versammlung in Des Moines über "Agitatoren und Kriegstreiber" (x172/440-441): >>... Sie haben Folgendes geplant: Zuerst, die USA auf einen Krieg im Ausland unter dem Vorwand der Verteidigung Amerikas vorzubereiten; zweitens, uns Schritt für Schritt in diesen Krieg hineinzuziehen, ohne daß wir es merkten; drittens eine Reihe von Zwischenfällen zu inszenieren, die uns zur Teilnahme am Konflikt zwingen würde.

Es gebe drei Gruppen von Kriegtreibern: die britische, die jüdische und die Roosevelt-Regierung. ...

Niemand, der einen Sinn für Würde hat, kann die Judenverfolgung in Deutschland billigen. Doch kann auch niemand, der ehrlich ist und klar sieht, die Politik für den Krieg betrachten, ohne die Gefahr zu erkennen, die daraus für uns und für sie erwachsen. Statt Propaganda für den Krieg zu machen, sollten die jüdischen Gruppen in diesem Land ihn mit allen Mitteln zu verhindern suchen, denn sie werden die Folgen als erste zu spüren bekommen.

Toleranz ist eine Tugend, die auf Frieden und Stärke beruht. Die Geschichte lehrt uns, daß sie Krieg und Verwüstung nicht überdauern kann. Ein paar weitsichtige Juden erkennen dies und sind daher gegen eine Intervention, die Mehrheit ist allerdings noch immer nicht zu diesem Schritt bereit.

Die größte Gefahr für unser Land besteht in ihrem gewaltigen Besitz und dem Einfluß, den sie in der Filmindustrie, Presse, Rundfunk und Regierung haben.<<

Lindbergh wurde nach dieser Rede von den öffentlichen US-Medien systematisch als Sympathisant des NS-Regimes und als Antisemit diskreditiert.

Hitler, der sich trotz der nordamerikanischen Neutralitätsverletzungen lange bemühte, den Nordamerikanern keinen Kriegsvorwand zu geben, eröffnete am 11. Dezember 1941 mit seiner Kriegserklärung an die USA völlig überraschend den Zweiten Weltkrieg, um Japan für den deutsch-sowjetischen Ostkrieg zu gewinnen.

Churchill meinte am 11. Dezember 1941 nach Hitlers Kriegserklärung (x025/126): >>... (Er wolle den Deutschen) eine Lektion erteilen, die auch in 1.000 Jahren nicht vergessen sein wird ...<<

US-Präsident Roosevelt, der bereits frühzeitig eine aktive Kriegsteilnahme in Asien und Europa angestrebt hatte, begrüßte am 11. Dezember 1941 Hitlers verhängnisvollen Fehler, denn wegen der großen deutsch-stämmigen US-Minderheit, war ein nordamerikanischer Kriegseintritt gegen die Deutschen damals noch äußerst schwierig.

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über den nordamerikanischen Kriegseintritt im Dezember 1941 (x281/75-79): >>... Der Zweite Weltkrieg kam für die USA wie gerufen. Der neue Unfrieden auf dem alten Kontinent war das Beste, was der Weltmacht im Werden passieren konnte. ... Der ökonomische und politische Nutzen dieses Krieges lag fast ausschließlich bei den Amerikanern. ...

Der Dämmerzustand der Großen Depression wurde beendet, die Wirtschaft wuchs vor dem eigentlichen Waffengang in atemberaubendem Tempo. Der heranwehende Pulverdampf stimulierte sie. Die Selbstzweifel, die Börsenkrach und Massenarbeitslosigkeit Ende der 20er und zu Beginn der 30er Jahre ausgelöst hatten, waren auf einmal wie weggeblasen. Der Krieg in Europa löste eine Initialzündung aus, die schließlich zur kraftvollsten Aufwärtsbewegung in der amerikanischen Geschichte führte. ...

Nie zuvor in der Geschichte der Menschheit stürzte sich die Staatsführung eines demokratischen Landes derart hemmungslos in die Verschuldung. Die Regierung Roosevelt hatte in den Jahren 1940 bis 1945 doppelt so viel Geld ausgegeben wie ihre Vorgänger in den 150 Jahren davor.

Aber wie paßt das zusammen, dort die mit großer Entschlossenheit betriebene Mobilmachung und auf der anderen Seite das Zögern vor dem Kriegseintritt? ...

Die Amerikaner zögerten; Monat um Monat, Jahr für Jahr, was ihrer späteren Weltmachtstellung gut bekam. Die Raffinesse der damaligen Politik lag in ihrer Widersprüchlichkeit. Die Regierung rüstete kraftvoll auf, aber sie schlug nicht gleich los. Die USA schliefen nicht, sie schauten auch nicht weg, sie lauerten wie eine Katze auf den richtigen Zeitpunkt zum Absprung. ...

Churchill brandmarkte den Diktator in Berlin als "Verkörperung des Hasses", als eine "Miß-

geburt aus Neid und Schande", er sah in ihm einen "Brutherd von Seelenkrebs". Die Amerikaner blieben aber ungerührt auf der Zuschauertribüne der Weltgeschichte sitzen. Wie versteinert blickten sie auf das lichterloh brennende London und auf das Treiben der SS-Verbände, die hinter den Kampflinien an der Ausrottung der Zivilvölker arbeiteten. Ein größenwahnsinniger und womöglich vom Zaudern der Vereinigten Staaten ermunterter Hitler erklärte den USA kurz vor Weihnachten im Jahre 1941 den Krieg. Und was tat Amerika? Es blieb weiter in Lauerstellung.

Erst am 8. November des Jahres 1942 landete die Weltmacht in Afrika, um von dort nach Europa überzusetzen. Das lange Warten war moralisch unverzeihlich; es irritiert bis heute. Ökonomisch und militärisch aber legte es den Grundstein für die Weltsupermacht USA, auch wenn das der damaligen Führung des Landes so klar womöglich nicht gewesen ist.

Instinktiv entschieden die Verantwortlichen im Interesse ihres Landes richtig. Eingreifen mußten die Amerikaner, aber je später sie es taten, desto besser war es für sie. Der eigene Aufstieg würde um so strahlender, womöglich gar nicht umkehrbar sein, wenn die anderen bereits in Schutt und Asche lagen. Das sagte niemand, das vertraute keiner, den wir kennen, seinem Tagebuch an, das war die Logik dieser lähmenden Jahre, in denen Europa in sich zusammensackte. Nicht der Kriegseintritt, der späte Kriegseintritt sicherte den USA die spätere Machtposition.

Ungefähr ein Viertel aller Industrieanlagen in Europa war bei Kriegsende zerstört. In Deutschland funktionierten nur noch 20 Prozent des Schienennetzes. Amerika aber war in Gänze unberührt geblieben. Als Präsident Roosevelt sich schließlich zur Invasion entschied, war Hitler-Deutschland längst unfähig zum transatlantischen Gegenschlag.

Amerika hatte am Ende auch bei den Kriegstoten ungleich weniger Verluste zu melden. ...<< Der britische Außenminister Eden verhandelte in Moskau vom 16. bis zum 20. Dezember 1941 über die europäischen Nachkriegsgrenzen. Stalin und Molotow verlangten am 16. Dezember 1941 die Abtretung Ostpreußens an Polen (x039/226). Die Curzon-Linie sollte die Grundlage für eine zukünftige sowjetisch-polnische Grenze bilden (Bestätigung der sowjetischen Grenzen vom 22.06.1941). Außerdem schlug Stalin die Wiederherstellung Österreichs und eine Aufteilung des Deutschen Reiches vor (x041/123). Ferner sollten das Rheinland und Bayern abgetrennt, Teile Ostpreußens an Polen abgetreten und das Sudetenland an die Tschechoslowakei zurückgegeben werden.

Churchill erklärte gegenüber Außenminister Eden am 8. Januar 1942, daß die Briten keine voreiligen Grenzverschiebungen akzeptieren würden (x028/209): >>... Doch keine britische Regierung, an deren Spitze ich stehe, darf einen Zweifel offen lassen, daß sie sich an die Grundsätze der Freiheit und der Demokratie gebunden erachtet, die in der Atlantik-Charta niedergelegt sind, und daß diese Grundsätze ganz besondere Geltung haben, wenn Fragen territorialer Verschiebungen zur Debatte stehen.

Meine Auffassung geht deshalb dahin, den Russen mitzuteilen, daß alle Grenzfragen der Entscheidung einer Friedenskonferenz vorbehalten bleiben müssen.<<

Zu Beginn des Jahres 1942 erteilte der britische Premierminister Churchill dem RAF-Befehlshaber Harris folgenden Befehl (x049/75): >>... Das Hauptangriffsziel habe von nun an die Moral der feindlichen Zivilbevölkerung, vor allem der Arbeiterschaft zu sein ...<<

Das britische War Cabinet schlug am 7. Juli 1942 vor, die deutschen Minderheiten nach dem Krieg aus Ost- und Südosteuropa zu "transferieren" (x020/55): >>... dort wo es notwendig und wünschenswert erscheint ...<<

Außenminister Eden beauftragte anschließend das britische Foreign Office mit der Ausarbeitung von "Umsiedlungsplänen". Die britischen Experten ermittelten später eine Zahl von maximal 7,0 Millionen Ostdeutschen, die im Westen aufgenommen werden könnten.

Im US-Magazin "Peabody Magazine" wurde am 4. Januar 1943 ein Aufsatz des nordamerika-

nischen Harvard-Professors Earnest Albert Hooton abgedruckt.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über diesen Vorschlag des nordamerikanischen Harvard-Professors Hooton (x025/124-125): >>In seinem PM-Aufsatz ... schlägt der Anthropologe vor, frei nach Mendels Gesetzen die deutsche "Aggressivität" aus dem Volk herauszuzüchten.

Dieses Ziel könne erreicht werden, indem man Angehörige der alliierten Besatzungstruppen zu Ehen mit deutschen Frauen ermutige und außerdem die Einwanderung nicht-deutscher Menschen, vor allem nicht-deutscher Männer, nach Deutschland fördere. Das Gros der ehemaligen Wehrmacht solle währenddessen mindestens 20 Jahre lang im Ausland Zwangsarbeit leisten.

Auf diese Weise ließe sich die Zahl der reinrassigen Deutschen und damit die kriegerische Erbanlage der Mitteleuropäer in absehbarer Zeit drastisch reduzieren.<<

Während der Konferenz von Casablanca verkündete Roosevelt am 25. Januar 1943, daß nur noch die vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulation - "Unconditional Surrender" - der Deutschen in Frage kommen würde (x069/188). Jeder Waffenstillstand (auch mit einer "neuen" deutschen Regierung, nach einem Sturz Hitlers) wurde damit strikt ausgeschlossen (x041/123). Für das NS-Regime und den deutschen Widerstand war es jetzt endgültig zu spät, den Krieg durch politische Lösungen zu beenden.

Diese vollständige militärische und staatlich-politische Kapitulationsforderung verlängerte den Zweiten Weltkrieg unnötig, forderte unzählige sinnlose Opfer und unterstützte letzten Endes Stalins Expansionspläne. Die bedingungslose Kapitulationsforderung der westlichen Alliierten wurde von der NS-Propaganda bis zum Kriegsende unermüdlich eingesetzt, um den Durchhaltewillen und die Kampfbereitschaft der Deutschen zu steigern.

Winston Churchill erläuterte am 11. Februar 1943 vor dem Unterhaus in London die aktuellen Kriegsziele (x106/216): >>Das Hauptziel, das wir uns in der Konferenz von Casablanca gesetzt haben, ist, den Feind überall, auf dem Land, zur See und in der Luft, anzugreifen, und zwar so rasch als möglich und in weitestem Ausmaß. Wir müssen veranlassen, daß der Feind physisch und moralisch auf jede Art zum Bluten gebracht wird. ...<<

Die US-Regierung legte am 1. März 1943 den Entwurf eines Friedensvertrages für das Deutsche Reich vor.

Im Artikel 3 dieses Friedensvertrages hieß es (x033/347): >>Die Grenzen Deutschlands sind diejenigen vom 30. Januar 1933. Deutschland verzichtet auf alle Ansprüche auf Gebiete, die seit diesem Zeitpunkt erworben wurden; ohne Ausnahme kehren diese in ihre früheren Staatsverbände zurück. ...<<

Am 21. September 1943 lehnte es Churchill vor dem britischen Unterhaus wegen der angeblichen Aggressivität des deutschen Volkes entschieden ab, die deutsche Widerstandsbewegung mit den Italienern gleichzustellen, die man aus Erniedrigung und Knechtschaft befreit hatte (x268/41): >>Freiheit bedeutet ihnen nichts, und sie bei anderen zu sehen ist ihnen verhaßt. Sobald sie erstarken, gehen sie auf Raub aus und leisten jedem, der sie dazu anführt, mit eiserner Disziplin Gehorsam. ...<<

Die Außenminister Eden, Großbritannien, Hull, USA, und Molotow, UdSSR, beendeten in Moskau am 30. Oktober 1943 ihre sogenannten "Nachkriegsplanungen" (x040/189). Sie vereinbarten z.B. die Wiederherstellung Österreichs in den Grenzen von 1937 und die Verurteilung der deutschen und japanischen Kriegsverbrecher. Ferner beschloß man die Abtrennung Ostpreußens, denn Stalin sollte nicht vorzeitig aus dem Zweiten Weltkrieg "aussteigen".

Im Verlauf der Konferenz von Teheran (28.11.-1.12.1943) einigten sich die "Großen Drei" (Premierminister Churchill, US-Präsident Roosevelt und Regierungschef Stalin) bereits grundsätzlich über die politische Zukunft und das wirtschaftliche Schicksal des Deutschen Reiches.

Stalin erkannte während der Konferenz von Teheran frühzeitig, daß Roosevelt und Churchill nicht um Ost-Mitteleuropa kämpfen würden. Churchill und Roosevelt waren dem berüchtigten, verschlagenen Machtpolitiker Stalin bereits in Teheran zu keinem Zeitpunkt gewachsen. Arglos, gleichgültig und leichtfertig vertrauten sie dem sowjetischen Diktator und ließen ihm in Ost-Mitteleuropa sträflicherweise völlig freie Hand.

Churchill und Roosevelt vertraten damals die Meinung, daß Polen zukünftig auf alle Fälle stärker werden müßte. Die polnischen Grenzen sollten deshalb zu Lasten Deutschlands nach Westen verschoben werden, um Polen zu entschädigen (x041/124). Nachdem man die Curzon-Linie (die schon im Dezember 1919 festgelegt worden war) als künftige polnische Ostgrenze vereinbart hatte, schlug Stalin die Oder-Linie als polnische Westgrenze vor.

Churchill erklärte während dieser Diskussion (x028/63): >>... Polen könnte sich nach Westen verlagern, wie Soldaten, die seitlich wegtreten. Falls es dabei auf "einige deutsche Zehen" trete, könne man das eben nicht ändern, doch müsse Polen auf alle Fälle stark sein.<<

Mit Hilfe von 3 Streichhölzern, die er nach Westen fallen ließ, demonstrierte Churchill anschließend die westliche Verlagerung Polens. Für dieses berühmt-berüchtigte "Streichhölzchenspiel" - "Nimm von 3 Hölzchen das rechte weg und lege es links wieder an" - erhielt Churchill vor allem von der sowjetischen Delegation großen Beifall (x035/331).

Die Vorschläge für die Westverschiebung der polnischen Grenzen wurden in das offizielle Teheraner Verhandlungsprotokoll aufgenommen. Von der Lausitzer Neiße, Niederschlesien und Stettin war in Teheran noch nicht die Rede.

Im Verlauf der Teheran-Konferenz verlangte Stalin ferner die Zerstörung der deutschen Schwerindustrie und mindestens 4,0 Millionen Zwangsarbeiter, die für den Wiederaufbau der UdSSR sorgen sollten (x043/394).

Bei einem Trinkspruch forderte der "humorvolle" Stalin außerdem die "formlose Erschießung" von 50.000 deutschen Offizieren (x025/124). Während Roosevelt diese Anmerkung anscheinend als derben "Spaß" auffaßte und "49.500" antwortete, protestierte Churchill energisch gegen Massenhinrichtungen - Churchill dachte wahrscheinlich sofort an das sowjetische Katyn-Massaker.

Auf der Konferenz von Teheran akzeptierten die Westmächte letztlich die von Stalin gewünschten sowjetischen Grenzen. Wie Ismay es ausdrückte, erhielt Stalin "genau das, was er wollte", während die Vereinigten Staaten und Großbritannien sich im Gegenzug lediglich mit einigen vagen Versprechungen begnügen mußten.

Der sowjetische Schriftsteller Alexander Solschenizyn schrieb später über die "Staatsmänner" Roosevelt und Churchill (x025/136): >>>In ihren Ländern werden Churchill und Roosevelt als Verkörperung staatsmännischer Weisheit verehrt. Uns hingegen, den Teilnehmern der russischen Gefängnisdebatten, offenbarte sich mit frappierender Deutlichkeit ihre notorische Kurzsichtigkeit, ja Dummheit. ...<<

US-Präsident Roosevelt stimmte am 5. Dezember 1943 der Absicht des tschechischen Exilpolitikers Benesch zu, die Sudetendeutschen auszuweisen.

Premierminister Churchill berichtete am 15. Dezember 1943 vor dem britischen Unterhaus über die geplante "Umsiedlung" der Ost- und Volksdeutschen (x149/108): >>... Wir befürworten die völlige Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten, die Polen im Westen und Norden gewinnt, denn die Vertreibung ist, soweit wir in der Lage sind, es zu überschauen, das befriedigendste und dauerhafteste Mittel. Es wird keine Mischung der Bevölkerung geben, wodurch endlose Unannehmlichkeiten entstehen, wie z.B. im Falle Elsaß-Lothringen.

Reiner Tisch wird gemacht werden. Mich beunruhigt die Aussicht des Bevölkerungsaustausches ebensowenig wie die großen Umsiedlungen, die unter modernen Bedingungen viel leichter möglich sind als je zuvor.<<

Die Briten legten am 15. Januar 1944 in London ihren Aufteilungsplan des Deutschen Reiches

vor (x041/129): Ost-West-Demarkationslinie = Lübeck - Helmstedt - Eisenach - Hof. Nach der zusätzlichen Festlegung von getrennten Besatzungszonen stimmte die UdSSR dem britischen Plan am 18.02.1944 zu. US-Präsident Roosevelt erteilte die Zustimmung am 1.06.1944. Der nordamerikanische Rechtsanwalt und Berater Louis Nizer (1902-1994) veröffentlichte Anfang Januar 1944 in New York sein Buch "What to do with Germany?". Das Buch wurde in Nordamerika ein Bestseller.

Nizer schrieb in diesem Buch z.B. über den Charakter der Deutschen (x025/118-119): >>... Die Deutschen haben eine Religion entwickelt, die aus dem Krieg eine Religion und aus Massenmord einen Kult macht. Sie betrachten es als ihre Mission, alle anderen Völker zu versklaven. Sie verwerfen die Lehre von der Heiligkeit des menschlichen Lebens und der Freiheit und ersetzen sie durch das Ideal des Krieges. Das einzigartige Phänomen des Pangermanismus ist es, daß seine Verschwörung gegen den Weltfrieden nicht nur Gangstertum oder Nihilismus darstellt.

Der Nazismus ist keine neue Theorie, geboren aus der Ungerechtigkeit des Versailler Vertrages oder aus wirtschaftlicher Notlage. Er ist ein Ausdruck deutscher Bestrebungen, die in Jahrhunderten ihren Niederschlag gefunden haben. Es gab einen Kaiser vor Hitler und Bismarck vor dem Kaiser und Friedrich den Großen vor Bismarck - in der Tat sind 2.000 Jahre deutschen Wesens dafür verantwortlich. ...

Ja, es gibt eine deutsche Verschwörung gegen den Weltfrieden und jeden freien Menschen in jedem fremden Land. Es ist eine Verschwörung, die in der Niederlage nie abgestorben ist. Sie ist dem deutschen Volk angeboren. ...

Die deutsche Philosophie ist aus der Barbarei entstanden und durch Kultur verfeinert und gefährlicher gemacht worden. Sie bleibt jedoch die Philosophie von Zahn und Klaue, modernisiert durch Flugzeug-Zähne und Panzer-Klauen. Die Jahrhunderte haben sie nicht verändert. Der Evolution des Menschen, die seine geistigen Fähigkeiten entwickelt hat, haben die Deutschen getrotzt. ...<<

Nizers Buch, daß den antijüdischen NS-Hetzschriften ähnelte, wurde später von US-Präsident Roosevelt an Kabinettsmitglieder verteilt. US-General Eisenhower ließ außerdem 100.000 Bücher einer Militär-Ausgabe an die US-Truppen verteilen. Die US-Staboffiziere mußten sogar Aufsätze über das Nizer-Buch schreiben (x025/119).

Der spätere US-Präsident Truman war ebenfalls über Nizers Buch begeistert (x025/119): >>... Eines der fesselndsten und aufschlußreichsten Bücher, (die ich je gelesen habe). ... Jeder in diesem Land sollte es lesen! ...<<

Churchill informierte am 22. Februar 1944 das britische Unterhaus (x039/227): >>... daß Polen im Norden und Westen zu Lasten Deutschlands Kompensationen erhalten werde, daß die Atlantik-Charta auf Deutschland keine Anwendung findet und daher Gebietsübertragungen und Grenzberichtigungen zu Lasten des Feindeslandes zulässig sind.<<

US-General Eisenhower erklärte am 7. August 1944 während eines Gespräches mit Henry Morgenthau (x268/31): >>... Die ganze deutsche Bevölkerung ist ein zusammengesetzter Fall von Paranoia (Geistesgestörtheit). Und es gibt keinen Grund, einen Paranoiker schonend zu behandeln. Die beste Behandlung besteht darin, die Deutschen im eigenen Saft schmoren zu lassen.<<

Der PKWN-Vorsitzende Osobka-Morawski forderte am 28. August 1944 in Moskau die Oder und die Neiße als Grenze Polens (x039/227).

Osobka-Morawski, ein führendes Mitglied der polnischen PKWN-Regierung, erklärte am 30. August 1944 während einer Presseerklärung in England (x001/139E): >>... Es stünde zu hoffen, daß die Rote Armee zu diesem Zeitpunkt (Verwaltungsübernahme durch Polen) bereits "alle erwachsenen Deutschen ins Innere Rußlands zur Wiederaufbauarbeit geschickt haben" würde.<<

Am 2. September 1944 veröffentlichte die nordamerikanische "Dreierkommission" - Außenminister Hull, Kriegsminister Stimson und Finanzminister Morgenthau - den sog. "Morgenthau-Plan".

Nach dem sog. "Morgenthau-Plan" sollte das "Problem Deutschland" endgültig und radikal erledigt werden. Die nordamerikanische "Dreierkommission" forderte, sämtliche Industrieanlagen des Deutschen Reiches vollständig zu demontieren bzw. zu zerstören, um das "Nazi-Reich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Morgenthau forderte z.B. in der Denkschrift - "Maßnahmen zur Verhinderung eines Dritten Weltkrieges" -, die gesamte deutsche Industrie zu demontieren, um das hochindustrialisierte Deutsche Reich langfristig auszuschalten (x114/1.54): >>... Das einzige, für das ich meinen Namen hergebe, ist die völlige Stilllegung der Ruhr. Was aus den Deutschen wird, ist mir egal. ... Wenn im Ruhrgebiet die Maschinen zerstört, die Bergwerke überflutet, gesprengt, zerstört werden, dann können sie keine Kriege mehr führen. ...

Die Lösung scheint schrecklich unmenschlich, grausam zu sein. Wir haben den Krieg nicht gewollt. Wir haben nicht Millionen in die Gaskammern gejagt. Wir haben all das nicht getan. Sie haben es ja so gewollt. Ich denke an die Zukunft meiner Kinder und Enkel und will nicht, daß diese Bestien wieder Krieg führen. ...<<

Henri Morgenthau forderte während der Konferenz in Quebec vom 11. bis zum 16.09.1944 die Abtretung Ostpreußens an die UdSSR sowie an Polen und die Abtretung Schlesiens bis zur Katzbach an Polen (x039/227).

Die Nordamerikaner, Briten und Sowjets unterzeichneten am 12. September 1944 in London das 1. "Zonenprotokoll" über die Aufteilung Deutschlands (x041/135).

Roosevelt und Churchill unterzeichneten am 15. September 1944 in Quebec den abgewandelten Morgenthau-Plan.

US-Kriegsminister Henry L. Stimson übergab dem nordamerikanischen Präsidenten später folgende Denkschrift (x063/598): >>Unvorstellbar sei es, im gegenwärtigen Zustand der Welt ein Gebiet, das der Mittelpunkt eines der am höchsten industrialisierten Kontinente sei, bewohnt von einem Volke voll Energie, Arbeitseifer und Fortschrittlichkeit, in ein "Geisterterritorium" zu verwandeln. ...

Übrigens müßte der Wiederaufbau nach den Verheerungen des Krieges möglichst rasch vor sich gehen, wenn gefährliche Umwälzungen in Europa vermieden werden sollen. Die Deutschen auf einem "Existenzminimum" festzuhalten, am Rande der Armut, bedeute, das deutsche Volk zur Sklaverei zu verurteilen - die Schuld der Nazis würde damit verdunkelt werden und die Quellen vergiftet, aus denen wir Hoffnung auf einen Weltfrieden speisen wollen. ...<<

Der US-Staatssekretär des Äußeren, Cordell Hull, schrieb damals in einem weiteren Memorandum für Präsident Roosevelt (x063/599): >>... Nur 60 % der Deutschen könnten sich auf dem Lande erhalten, 40 % werden sterben. ...

Seinem Wesen nach war dies ein Plan blinder Rache. Blind, weil er übersah, daß mit dem Schlag gegen Deutschland der gleiche Schlag gegen ganz Europa geführt würde. Indem man die deutsche Industrie zerstöre, zerstöre man zum großen Teil die Wirtschaft Europas, die seit vielen Generationen von den in Deutschland produzierten Rohmaterialien abhängt.<<

Nach scharfer Kritik der nordamerikanischen Medien und massiven Protesten der deutsch-nordamerikanischen Bevölkerung gegen den "Morgenthau-Plan" zogen Roosevelt und Churchill am 22. September 1944 ihre Unterschriften zurück.

US-Präsident Roosevelt verhielt sich danach zwar distanzierter, aber der "Morgenthau-Plan" wurde letzten Endes nur aufgeschoben und nicht fallengelassen, denn wesentliche Bestandteile des Plans wurden nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und z.T. sogar in verschärfter Form realisiert. Die westlichen Alliierten "verschenkten" später nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der

Oder und Neißer, sondern sie stimmten schließlich außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den "Morgenthau-Plan" (x283/233): >>Sehr weit im Sinne eines harten Friedens ging der Morgenthau-Plan. Der Autor Henry Morgenthau, Finanzexperte und Großagrarier, war ... Nachbar und Freund von Roosevelt, wurde 1934 Finanzminister und gilt als Philanthrop und Gründer der Weltbank.

Sein Vorschlag auf der Konferenz von Quebec im September 1944 lautete, Deutschland, von wo sein Vater 1865 ausgewandert war, zu entmilitarisieren und zu verkleinern, im Osten wie dann geschehen, im Westen durch Abtretung des Saargebiets an Frankreich und Ostfrieslands bis zur Weser an die Niederlande. Deutschland sei sodann aufzulösen in einen protestantischen Nord- und einen katholischen Südstaat. Die Bevölkerung könne von der Landwirtschaft leben, da die Städte ohnehin in Trümmern lagen. Das Ruhrgebiet sollte internationalisiert werden, die Fabriken, Versorgungs- und Industrieanlagen andernorts seien abzubauen. Kein Deutscher sollte ein Flugzeug führen dürfen.

Das Memorandum wurde am 15. September 1944 von Roosevelt und Churchill unterzeichnet. Es wurde in Deutschland bekannt und bot der Kriegspropaganda von Goebbels ein Argument, die letzten Reserven zu mobilisieren, damit Deutschland nicht "in die Steinzeit zurückversetzt werde". Diese Befürchtung war übertrieben, denn eisernes Werkzeug sollte statthaft bleiben, zum Beispiel Hammer und Sichel. ...<<

Stalin, Churchill und Eden sowie US-Botschafter Harriman als "Beobachter" einigten sich in Moskau vom 9. bis zum 20. Oktober 1944 über die "vorläufige" polnische Westgrenze (x028/66-72). Die zukünftige polnische Westgrenze sollte entlang der Oder verlaufen. Bulgarien, Rumänien und die Hälfte Jugoslawiens sowie Ungarns sollten Einflußgebiete der UdSSR werden (x040/241).

Churchill berichtete später über die Festlegung der polnischen Westgrenze und die Zuordnung der südosteuropäischen Gebiete (x106/376): >>... Ich schob den Zettel mit meinen Vorschlägen Stalin zu. ... Eine kleine Pause trat ein. Dann ergriff er einen Bleistift, machte einen großen Haken und schob uns das Blatt wieder zu. Die ganze Sache beanspruchte nicht mehr Zeit, als sie zu schildern. ... Das Papier lag in der Mitte des Tisches:

"Könnte es nicht für äußerst zynisch gehalten werden, wenn wir den Anschein erweckten, über die für Millionen Menschen so gravierenden Schicksalsfragen aus dem Stegreif entschieden zu haben?"

Lassen Sie uns das Papier verbrennen." – "Nein, heben Sie es auf", antwortete Stalin.<<

Am 14. November 1944 beschlossen die Alliierten in London einstimmig das 2. "Zonenprotokoll" (x040/248). In diesem Abkommen wurden auch die zukünftigen Besatzungszonen des Deutschen Reiches abgegrenzt und die Errichtung eines alliierten "Kontrollrates" vereinbart. Durch dieses Abkommen wurde nach dem Kriegsende die gesamte Regierungsgewalt auf die Sieger- bzw. Besatzungsmächte übertragen und das Deutsche Reich praktisch liquidiert.

US-Präsident Roosevelt schrieb am 17. November 1944 an die polnische Exilregierung (x028/33): >>... Wenn Polens Regierung und Volk im Zusammenhang mit der neuen Grenzziehung des polnischen Staates wünschen, Umsiedlungen in das und aus dem polnischen Gebiet vorzunehmen, wird die Regierung der Vereinigten Staaten keine Einwände erheben und, so weit möglich, die Umsiedlung erleichtern.<<

Die Briten machten aus ihrer Abneigung gegenüber den "Germans" oder "butcher-birds" keinen Hehl. Der britische Gewerkschaftskongreß verkündete z.B. im Jahre 1944 mit einer 5:1 Mehrheit die Schuld des gesamten deutschen Volkes (x025/121).

Lord Robert G. Vansittart, Unterstaatssekretär im Foreign Office, betonte damals besonders die traditionelle Grausamkeit der deutschen Barbaren (x025/121): >>... Sie töteten und verbrannten alles, was sie sahen, ebenso wie sie heute Kühe mit Maschinengewehren erschießen,

wenn sie keine Kinder finden können. - Während sich alle anderen Völker im Lauf der Jahrhunderte zu höheren Kulturstufen aufgeschwungen hätten, seien die Deutschen in tiefster Seele Wilde geblieben. - ... Dies sei bei weitem die größte Tragödie der Welt.<<

Premierminister Churchill führte am 25. Januar 1945 in London ein Telefongespräch mit dem britischen Luftfahrtsminister Sir Archibald Sinclair.

Sinclair erhielt damals den Befehl, mitteldeutsche Angriffsziele festzulegen und geeignete Vorschläge auszuarbeiten (x021/183): >>... um den Deutschen beim Rückzug aus Breslau das Fell zu gerben.<<

Der stellvertretende britische Stabschef der Royal Air Force, Sir Norman Bottomley, erteilte Arthur Harris am 27. Januar 1945 folgenden Befehl (x021/184): >>... Sobald es Mond- und Wetterverhältnisse erlauben, werden Sie solche Angriffe unternehmen mit dem besonderen Zweck, die Verwirrung zu vergrößern, die vermutlich in den erwähnten Städten (Berlin, Chemnitz, Dresden und Leipzig) während des erfolgreichen russischen Vordringens besteht.<<

Ein britischer Offizier berichtete später über den Beginn des völkerrechtswidrigen Bombenkrieges gegen die Zivilbevölkerung (x069/180): >>Ein besonderer Grund englischer Verbitterung ist noch heute die Erinnerung an die deutschen Bombenangriffe auf London und andere Städte. Denn während des Krieges hatte man die "ersten" Luftangriffe auf offene Städte als Höhepunkt der deutschen Gemeinheit mit ungeheurem Erfolg propagandistisch ausgeschlachtet.

Es ist deshalb einigermaßen verblüffend, im Buch eines früheren Beamten des britischen Luftfahrtministeriums, J. M. Spaight, Erster Staatssekretär, zu lesen, daß die Bombardierung nichtmilitärischer Ziele nicht nur von England ausgegangen war, sondern daß die Engländer stolz darauf sein sollten.

Ich zitiere: "Da wir uns nicht im klaren waren, wie eine propagandistische Verdrehung der Wahrheit psychologisch wirken würde - der Wahrheit nämlich, daß wir mit der strategischen Bombenoffensive begonnen hatten, deshalb scheuten wir davor zurück, unserer großen Entscheidung vom 11. Mai 1940 - britischer Kabinettsbeschluß, das deutsche Hinterland für den strategischen Bombenkrieg freizugeben - die verdiente Publizität zu geben. Das war sicher ein Fehler. Es war ein prächtiger Entschluß. Es war nicht sicher, sagt J. M. Spaight, aber doch recht wahrscheinlich, daß unsere Hauptstadt und unsere Industriezentren nicht angegriffen worden wären, wenn wir weiterhin Angriffe gegen die entsprechenden Ziele in Deutschland unterlassen hätten." ...<<

Am 4. Februar 1945 begannen Churchill, Roosevelt und Stalin die "Jalta-Konferenz" (4. bis 11. Februar 1945) auf der Halbinsel Krim.

Im Verlauf der Jalta-Konferenz faßten "Die Großen Drei" u.a. folgende Beschlüsse:

1. Zerstückelung des Deutschen Reiches und Aufteilung in 4 Besatzungszonen. Die französische Besatzungszone wurde von Churchill durchgesetzt.
2. In einem Geheimprotokoll wurden die deutschen Reparationen festgelegt (Gesamthöhe = mindestens 20 Milliarden US-Dollar, davon 50 % für die UdSSR, die Verwendung von deutschen Arbeitskräften bzw. Zwangsarbeitern wurde erlaubt - x001/79E).
3. Geheimabkommen über den sowjetischen Kriegseintritt gegen Japan und Überlassung der Kurilen und Süd-Sachalin.
4. Festlegung einer Gründungscharta für die "Vereinten Nationen" - jedes Mitglied des Sicherheitsrates erhielt im Konfliktfall ein Vetorecht und war dadurch später in der Lage, die Handlungsfähigkeit der UNO zu blockieren.

Stalin verpflichtete sich, in Polen freie und uneingeschränkte Wahlen zu gestatten.

Die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenze wurde zurückgestellt. Die Curzon-Linie wurde zwar als polnische Ostgrenze bestätigt, aber Churchill und Roosevelt trafen in Jalta

noch keine verbindlichen Entscheidungen über die polnischen Westgrenzen und den Zeitpunkt der Vertreibung. Sie erkannten aber grundsätzlich an, Polen zu Lasten der deutschen Ostgebiete zu entschädigen und daß die deutsche Bevölkerung Polens umgesiedelt werden sollte. Durch die indirekte Anerkennung der Oder-Linie schafften die Westmächte damals bereits frühzeitig einen verhängnisvollen Zustand der Rechtsunsicherheit.

Die "Krim-Konferenz" endete sinnigerweise mit einer "Erklärung über das befreite Europa". In dieser Botschaft sicherte man allen Völkern die "freie Wahl" der Regierungsform zu.

In der Jalta-Schlußerklärung vom 11. Februar 1945 hieß es (x114/2.123): >>... Es ist unser unbeugsamer Wille, den deutschen Militarismus und Nationalsozialismus zu zerstören und dafür Sorge zu tragen, daß Deutschland nie wieder imstande ist, den Weltfrieden zu zerstören.

...

Es ist nicht unsere Absicht, das deutsche Volk zu vernichten. Aber nur dann, wenn der Nationalsozialismus und Militarismus ausgerottet sind, wird für die Deutschen Hoffnung auf ein würdiges Leben und einen Platz in der Völkergemeinschaft bestehen.<<

Am 13./14. Februar 1945 führten Briten und Nordamerikaner die vernichtende "**Operation Donnerschlag**" gegen Dresden durch.

Der Leiter der Dresdener Vermißennachweiszentrale berichtete später über die Bergungsarbeiten nach der Bombardierung Dresdens (x021/200): >>Nie habe ich geglaubt, daß der Tod in so verschiedener Form an den Menschen herantreten kann. Nie habe ich es für möglich gehalten, daß Tote in so vielen Gestalten den Gräbern übergeben werden könnten: Verbrannte, Verkohlte, Zerstückelte, Teile von ihnen, als unkenntliche Masse, scheinbar friedlich schlafend, schmerzverzerrt, völlig verkrampft, bekleidet, nackt, in Lumpen gehüllt und als ein kümmerliches Häufchen Asche. Darunter Reste verkohlter Knochen. Und über allem der beißende Rauch und der unerträgliche Verwesungsgeruch. ...<<

Auf den großen "Sammelplätzen" versuchten später Ärzte, Männer der Bergungsgruppen und Angehörige von Vermißten, die Todesopfer anhand von Eheringen, Armbändern und anderen persönlichen Merkmalen zu identifizieren. Allein für die goldenen Ehe- oder Verlobungsringe der Todesopfer benötigte man 7 Wassereimer (x021/200). Da die meisten Toten nur noch bis zur Unkenntlichkeit verkohlte und verstümmelte, kümmerliche Massen waren, konnte man nur etwa 40.000 Todesopfer identifizieren bzw. namentlich feststellen (x062/573). Bei den Todesopfern handelte es sich mehrheitlich um Frauen und Kinder. Die exakte Zahl der Todesopfer konnte nie genau ermittelt werden, weil zahllose Opfer in der völlig zertrümmerten Dresdener Altstadt verschüttet wurden.

Etwa 18.000 Tote wurden in langen Massengräbern auf dem Dresdener Heidefriedhof beerdigt. Die restlichen Todesopfer stapelte man auf Eisenbahnschwellen. Riesige Leichenberge bzw. "Scheiterhaufen" wurden mit Benzin übergossen und verbrannt. Der bestialische, süßliche Geruch von Verwesung und verbrannten Leichen lag danach wochenlang wie ein Pesthauch des Todes über der Stadt.

Manche britische Historiker bezeichneten die Luftangriffe auf Dresden später als militärisch völlig sinnlos oder stuften diese Bombardierungen auch als Kriegsverbrechen ein. Die Amerikaner und Briten sollen in Jalta angeblich Vernichtungsangriffe auf die ost- und mitteldeutschen Städte zugesagt haben, aber Beweise gab es dafür nicht. Churchill bestätigte später lediglich, daß er den Sowjets die Kampfkraft der westlichen Alliierten demonstrieren wollte (x062/573). Churchills "Demonstration der militärischen Stärke" kostete in Dresden wahrscheinlich mehr als 250.000 Menschenleben und verursachte in nur wenigen Stunden das vermutlich größte Massensterben des Zweiten Weltkrieges.

Von Fritsch-Seehausen, der damals die Bergung und Registrierung der Dresdener Todesopfer leitete, gab die Verluste mit mindestens 300.000 an (x025/239). Die "Joint Relief Commission" des IKRK ging von etwa 275.000 Todesopfern aus (x028/219). Andere Schätzungen reichten

damals von 60.000-200.000 Tote (x049/126, x023/347), 60.000-245.000 Tote (x092/923), 90.000-135.000 (x062/573), 250.000 Tote (x122/450, x129/106) oder sogar bis 400.000 Todesopfer (x028/219).

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die anglo-amerikanischen Luftangriffe gegen Dresden (x025/36): >>... Ob Flächenbombardements schon damals völkerrechtswidrig waren, ist umstritten; 1977 wurden sie in Genf ausdrücklich zu Kriegsverbrechen erklärt. Die Menschenjagd der amerikanischen Tiefflieger jedenfalls, die auf den Elbwiesen und in den Parks die schutzlosen Zivilisten zu Tausenden mit ihren Maschinengewehren niedermähten, war schon 1945 nicht Kriegshandlung, sondern Verbrechen. Insgesamt starben in Dresden mindestens eine Viertelmillion Menschen. Diese Zahl entspricht den amerikanischen Gesamtverlusten im Zweiten Weltkrieg. Noch niemals in der Geschichte sind in so kurzer Zeit so viele Menschen getötet worden. ...<<

Der nordamerikanische Ökonom und Diplomat John Kenneth Galbraith schrieb später über den anglo-amerikanischen Angriff gegen Dresden (x165/172): >>... Jeder Krieg ist grausam und unnötig. Im Zweiten Weltkrieg trugen gerade unsere Bombenangriffe ein gehöriges Maß dazu bei. Die Zerstörung Dresdens war unverzeihlich. Sie geschah in einer sehr späten Kriegsphase und war Teil einer militärischen Dynamik, die außer Kontrolle geraten war und keinen Bezug mehr zu irgendwelchen militärischen Erfordernissen hatte. ...<<

Der deutsche Historiker und Autor Jörg Friedrich berichtete später (im Jahre 2002) in seinem Buch "Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945" über den anglo-amerikanischen Luftkrieg während der letzten Kriegsmonate (338/246,247): >>Als die Flugzeugindustrie, ein strikt militärisches Ziel, in Trümmern lag, war die Bodenlage in Deutschland zur Luft hin ein Zustand vollendeter Ohnmacht. ... Eine von militärischen Zwecken fast entbundene, von jedem Gefechtsrisiko befreite Vernichtungswalze bearbeitete von Januar bis Mai 1945 noch einmal das Land. ...<<

>>... Im Bombenkrieg fielen im Jahr 1944 im Tagesdurchschnitt 127 Personen. Von Januar 1945 bis zur Kapitulation tötete er täglich 1.023 Personen, insgesamt 130.000. Die vier letzten Monate sind der Gipfel der Kampagne. Beide Luftflotten werfen 370.000 Tonnen Munition ab ...<<

General Eisenhower (Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen) erhielt am 26. April 1945 die "Weisung JCS 1067", die am 14.05.1945 fast unverändert von US-Präsident Truman genehmigt wurde (x025/126, x063/613): >>... Es sollte den Deutschen beigebracht werden, daß Deutschlands skrupellose Kriegsführung aus dem Geist des fanatischen Naziwiderstandes die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht hat, und daß die Deutschen der Verantwortlichkeit nicht entinnen können für das, was sie selbst über sich gebracht haben. Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation. ...<<

>>... (Sie werden angewiesen,) keine Maßnahmen zu ergreifen

a) die die wirtschaftliche Erholung Deutschlands bezwecken oder

b) die bestimmt wären, die deutsche Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder zu kräftigen.<<

US-General Lucius D. Clay schrieb später über die berühmte Geheimdirektive JCS 1067, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb (x114/2.103): >>JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenzte Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder herzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchstmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...

Die Fertigung der Kriegsbetriebe sollte gestoppt, die dafür ausgerüsteten Fabriken mußten entfernt werden, ohne erst Kontrollratsbeschlüsse abzuwarten. Bis zu einer Übereinkunft im Rat sollte nichts an Eisen, Stahl, Chemikalien, Werkzeugmaschinen, Radios, elektrischem

Gerät, Autos und schwere Maschinen hergestellt werden. ...

(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<

Flucht- und Befreiungskatastrophen

Die späteren Flucht- und Befreiungskatastrophen offenbarten eindrucksvoll die Unmenschlichkeit und Verantwortungslosigkeit des NS-Terrorregimes. Im Jahre 1945 wurden schließlich Hunderttausende von wehrlosen Müttern und Kindern dem tödlichen Inferno überlassen, weil die NS-Gauleiter die Flucht der deutschen Bevölkerung vorsätzlich verhinderten oder verzögerten, um sie an die aufgeputschten, zügellosen Rotarmisten auszuliefern.

Dieser hinterhältige Verrat an den Ost- und Volksdeutschen bewies nachhaltig, daß Hitler die Masse des Volkes nur für den Krieg und "Heldentod" benötigt hatte.

Als die feindlichen Truppen immer näher kamen, floh die Zivilbevölkerung schließlich trotz Fluchtverbot und fehlender Räumungserlaubnis, denn überall fürchtete man die Rotarmisten, Milizen und feindlichen Partisanen. Die Massenflucht der Ostdeutschen begann oftmals erst 2-3 Tage vor dem sowjetischen Einmarsch. Vielerorts flüchtete die Bevölkerung auch nur wenige Stunden vor dem Eintreffen der Roten Armee. In fast allen deutschen Siedlungsgebieten entwickelten sich panikartige, überstürzte Fluchtbewegungen, die zwangsläufig mit Katastrophen enden mußten.

Während der sowjetischen "Befreiungsmision" in Ostdeutschland setzte man 1944/45 erstmalig in der Geschichte der Neuzeit eine reguläre Armee vorsätzlich gegen schutzlose Angehörige (Frauen, Kinder und alte Menschen) des Gegners ein. Nach Stalins Anordnungen hatte jedes weibliche deutsche Wesen den Soldaten der Roten Armee "zur Verfügung" zu stehen. Dieser Stalinbefehl wurde von gefangenen sowjetischen Soldaten und Offizieren ausdrücklich bestätigt (x010/33). Diese neuartige "Kampftaktik" war unfehlbar, denn für einen derartigen "schmutzigen Krieg" gegen Zivilisten benötigte man weder zusätzliche Munition noch Treibstoffe.

Es war eine beschämende Tatsache, daß Stalins Armeeführer das Millionenheer der Roten Armee nicht angemessen überwachten, sondern die aufgehetzten Soldaten völlig straffrei gewähren ließen. Der weitverbreitete Alkoholismus und die absolute Straffreiheit verursachten vielerorts verheerende Befreiungskatastrophen.

Vor allem die sowjetischen Nachschubeinheiten, in denen man überwiegend politische Kaderabteilungen und fanatische Kommunisten, die sogenannten "Stalin-Schüler" einsetzte, führten Stalins Liquidationspolitik befehlsgemäß aus.

Obgleich im Verlauf des deutsch-sowjetischen Ostkrieges nie Gebiete östlich des Urals besetzt wurden, waren es vielfach asiatische Rotarmisten, die mit unfaßbarer Brutalität über die deutsche Zivilbevölkerung herfielen (x025/114).

Dr. Gerhard Reichling (langjähriger Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes, der nach seiner Pensionierung Leiter der wissenschaftlichen Arbeitsstelle der "Deutschen Sektion der Forschungsgesellschaft für das Weltflüchtlingsproblem" wurde) ermittelte zum Themenkomplex "Vergewaltigungsverbrechen" folgende Zahlen (x037/58-60):

Während der Flucht, "Befreiung" und Vertreibung wurden in den ostmitteleuropäischen Vertreibungsgebieten - ohne reichsdeutsche Bombenevakuierte und Dienstverpflichtete - etwa 1.400.000 deutsche Frauen und Mädchen durch Soldaten der Roten Armee vergewaltigt. Etwa 180.000 Opfer kamen um.

In der späteren sowjetischen Besatzungszone - ohne Berliner sowie ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene - wurden im Verlauf der "Befreiung" etwa 500.000 mitteldeutsche Frauen und Mädchen vergewaltigt. Etwa 50.000 Opfer kamen um.

In Groß-Berlin - ohne ostdeutsche Flüchtlinge und Vertriebene - wurden etwa 100.000 Frauen

und Mädchen vergewaltigt. Etwa 10.000 Opfer kamen um.

Den Sexualverbrechen fielen insgesamt mindestens 2.000.000 Frauen und Mädchen zum Opfer - davon kamen etwa 240.000 Opfer um. Diese Gewalttaten verursachten etwa 292.000 Schwangerschaften. Wie viele Kinder abgetrieben wurden oder nach der Geburt starben, konnte nie ermittelt werden.

Der nordamerikanische Historiker Norman Naimark schrieb später in seinem Buch "Flammender Haß. Ethnische Säuberungen im 20. Jahrhundert" (x308/243): >>... Ethnische Säuberungen richten sich stets gegen Frauen. Während im Krieg Männer gegen Männer kämpfen, greifen Männer bei ethnischen Säuberungen meist Frauen an. Die Ideologie des integralen Nationalismus versteht Frauen als Trägerinnen der nächsten Generation des Volkes, und zwar im wörtlichen Sinne. Sie sind nicht nur der biologische Kern der Nation, sondern haben oft auch die Aufgabe, die kulturellen und geistigen Werte des Volkes an ihre Kinder weiterzugeben. Aus diesem Grund werden sie häufig zum Ziel ethnischer Säuberungen. ...<<

Das unvorstellbare Ausmaß und die gesellschaftspolitischen Folgen der unfassbaren Gewalttaten, die sich während der angeblichen "sowjetischen Befreiungsmission" ereigneten, wurden nach dem Krieg zum brisanten Tabuthema erklärt. Die Regierungen der UdSSR leugneten jahrzehntelang alle Kriegsverbrechen und gaben nie öffentliche oder offizielle Entschuldigungen ab. Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen der Deutschen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann berichtete später über die "Ausblendung" der sowjetischen Verbrechen (x046/20): >>In der Sowjetunion sind auch von deutscher Seite Verbrechen begangen worden, für die vor allem die zuständigen Organe des Reichsführers SS Himmler die Verantwortung tragen. Doch alle diese Untaten sind immer wieder Gegenstand eingehender Schilderungen; sie sind heute fast bis ins Detail bekannt.

Die von den Sowjets begangenen Verbrechen dagegen werden bewußt und methodisch der Vergessenheit anheimgegeben, denn um keinen Preis darf ja so etwas wie eine "Aufrechnung" stattfinden. Und dabei gehört der historische Vergleich, das Aufzeigen von Zusammenhängen und Parallelitäten doch zu den unveräußerlichen Pflichten einer wahrheitsgetreuen Geschichtsschreibung, soll anders nicht bewußt einem einseitigen Bild der Geschehnisse Vorschub geleistet werden. ...<<

Der US-Politikwissenschaftler Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtete später über die sowjetischen Massenverbrechen (x046/191): >>Hitlers Verbrechen werden immer noch gerecht bestraft. Aber in der Sowjetunion gibt es buchstäblich Tausende von ehemaligen Killern und ehemaligen Folterern, die von offiziellen Pensionen leben und den verschiedenen revolutionären Festlichkeiten, geschmückt mit ihren Medaillen, beiwohnen. ...<<

Hitlers Ende

Hitler, der seit 1933 die "alleinige Führerverantwortung" verherrlichte, entzog sich erwartungsgemäß der Haftung und Verantwortung. Adolf Hitler, 1889 in Braunau/Österreich geboren, schoß sich am 30. April 1945 einige Minuten nach dem Tod seiner Ehefrau in die rechte Schläfe und zerbiß vermutlich gleichzeitig eine Blausäurekapsel (x044/82).

Der uneinsichtige Zyniker äußerte kurz vor seinem Freitod am 30. April 1945 (x033/611): >>... Ich weiß, morgen schon werden mich Millionen Menschen verfluchen, - das Schicksal wollte es nicht anders ...<<

Adolf Hitler gehörte sicherlich zu den merkwürdigsten Personen der Weltgeschichte. Obwohl dieser arbeitslose, berufslose "Künstler" noch mit 30 Jahren eine gescheiterte Existenz war,

wurde der ehemalige Österreicher mit 44 Jahren das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches und beendete mit 56 Jahren sein Leben in einem einzigartigen Chaos.

Hitler war zweifelsfrei ein gefährlicher Psychopath, der unter "normalen Umständen" sicherlich irgendwann im Irrenhaus oder im Zuchthaus gelandet wäre. Er verdankte seine "außergewöhnliche Karriere" in erster Linie den verhängnisvollen Folgen der Versailler "Friedensverträge", die das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg fast völlig zerbrachen.

Nach Hitlers Wahnvorstellungen sollte das "Dritte Reich" 1.000 Jahre dauern, aber schon nach "nur" 12 Jahren war der "braune Spuk" bereits vorbei. Innerhalb von 12 Jahren zerstörte dieser größtenwahnsinnige "Führer", der eigentlich nur eine fremdbestimmte Marionette seiner perfiden ausländischen NWO-Geldgeber war, eine mehr als 1.000jährige glanzvolle deutsche Geschichte.

Der Traum vom 1.000jährigen 3. Reich wurde für die deutsche Nation schließlich zu einem endlosen Alptraum. Die Massenverbrechen der NS-Verbrecherorganisation degradierten die jahrhundertlang geachteten, stolzen Deutschen schließlich zu einem gebrochenen und mit beispielloser Schande belasteten "Volk der Täter". Vor allem der völlig sinnlose Völkermord an den europäischen Juden wird seit Jahrzehnten erfolgreich genutzt, um das gesamte deutsche Volk mit Hilfe der völkerrechtswidrigen "Kollektivschuld" zu brandmarken und zu diskriminieren.

Im Verlauf des von den NWO-Geheimorganisationen inszenierten Zeiten Weltkrieges kamen mindestens 55 Millionen Menschen um, davon waren mindestens 5,9 Millionen deutsche Soldaten und 8,0 Millionen deutsche Zivilisten.

Vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Gründung der BRD und der DDR von 1945 bis 1949: 4 Jahre Unfreiheit und Sklavendasein für die Deutschen

Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat und zur Verwirklichung alliierter Ziele. ...

US-Direktive "JCS 1067" vom April 1945

Kapitulation der deutschen Wehrmacht

Da Eisenhowers Haltung unerbittlich blieb, unterzeichneten Generaloberst Alfred Jodl (Chef des Oberkommandos der Wehrmacht), Generaladmiral Hans-Georg von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und General Wilhelm Oxenius (als Vertreter der Luftwaffe) am 7. Mai 1945, um 2.41 Uhr, die "bedingungslose" deutsche Gesamtkapitulation.

Nach der Kapitulationsanerkennung erklärte Generaloberst Alfred Jodl im nordamerikanischen Hauptquartier (x027/425): >>Herr General, mit dieser Unterzeichnung sind das deutsche Volk und die deutsche Wehrmacht auf Gedeih und Verderb dem Sieger ausgeliefert. ... In dieser Stunde bleibt mir nichts, als auf die Großmut des Siegers zu hoffen.<<

Angesichts der feindseligen Haltung der Sieger, die verächtlich schwiegen, salutierte die deutsche Delegation und kehrte sofort nach Flensburg zurück.

Im Artikel 1 der Kapitulationsurkunde hieß es (x063/602): >>... daß die hier Unterzeichneten ... im Auftrag des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht handeln.<<

Die Gesamtkapitulation war demnach rein militärischer Natur und keine politische Übergabe des gesamten deutschen Staatswesens, denn nicht die politischen Machthaber des Deutschen Reiches, sondern die Oberbefehlshaber der deutschen Wehrmacht unterzeichneten die Kapitulationsurkunde.

Mit dieser Kapitulation verhinderte die deutsche Wehrmacht wahrscheinlich unwissentlich den Abwurf der ersten Atombombe auf ein Ziel in Deutschland (x090/296).

Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generaladmiral von Friedeburg, der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff, der stellvertretende Oberbefehlshaber der Luftwaffe, am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst.

Die deutsche Gesamtkapitulation trat unverändert am 9. Mai 1945 um 0.01 Uhr in Kraft. An allen deutschen Frontabschnitten - mit Ausnahme der Tschechoslowakei - ruhten die Waffen.

Das Oberkommando der Wehrmacht gab am 9. Mai 1945 bekannt (x013/569): >>Seit Mitternacht schweigen nun an allen Fronten die Waffen. Auf Befehl des Großadmirals hat die Wehrmacht den aussichtslos gewordenen Kampf eingestellt. Damit ist das fast 6jährige heldenhafte Ringen zu Ende. Es hat uns große Siege, aber auch schwere Niederlagen gebracht. Die deutsche Wehrmacht ist am Ende einer gewaltigen Übermacht ehrenvoll unterlegen.

Der deutsche Soldat hat, getreu seinem Eid, im höchsten Einsatz für sein Volk für immer Unvergeßliches geleistet. Die Heimat hat ihn bis zuletzt mit allen Kräften unter schwersten Opfern unterstützt.

Die einmalige Leistung von Front und Heimat wird in einem späteren gerechten Urteil der Geschichte ihre endgültige Würdigung finden.

Den Leistungen und Opfern der deutschen Soldaten zu Lande, zu Wasser und in der Luft wird auch der Gegner die Achtung nicht versagen. Jeder Soldat kann deshalb die Waffe aufrecht und stolz aus der Hand legen und in den schwersten Stunden unserer Geschichte tapfer und zuversichtlich an die Arbeit gehen für das ewige Leben unseres Volkes.

Die Wehrmacht gedenkt in dieser schweren Stunde ihrer vor dem Feinde gebliebenen Kame-

raden.

Die Toten verpflichten zu bedingungsloser Treue, zu Gehorsam und Disziplin gegenüber dem aus zahllosen Wunden blutenden Vaterland.<<

Nachkriegszeit

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges lag das geschlagene Deutsche Reich fast vollständig in Trümmern. Infolge der jahrelangen Bombenangriffe und Kriegshandlungen waren in Mittel- und Westdeutschland Millionen von Wohnungen vollständig zerstört oder so beschädigt, daß sie unbewohnbar waren.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein schrieb später über die Zerstörungen in den Westzonen Deutschlands (x063/618-619): >>Allein in den Westzonen waren 2 ¼ Millionen Wohnungen – ein Fünftel des gesamten Wohnraums – völlig zerstört, 2 ½ Millionen schwer beschädigt. Öffentliche Gebäude, Kirchen, Bahnhöfe, die meisten Brücken, Post- und Telegraphenämter waren, wenn nicht zerstört, so doch hart getroffen. Auch die für jede größere Stadt lebenswichtigen unterirdischen Anlagen, Kanäle, Wasserleitungen, Kabel, hatten gelitten. In Berlin z.B. waren 3.000 große Wasserrohrbrüche zu beseitigen, die Abwässer wurden in die Kanäle geleitet, weil von 84 Pumpstationen nur noch 23 arbeiteten.

Der Schutt, der bei Kriegsende auf Deutschland lag, wird auf 400 Millionen Kubikmeter geschätzt, dazu kamen 17 Millionen Ziegelsteine, die herausgesucht, mit der Hand geputzt und wieder verbaut wurden.

Der neuen Generation fällt es schwer, sich den trostlosen Zustand der Eisenbahnen vorzustellen – ohne Licht, ohne Fenster, ohne Heizung im bittersten Winter, viele Straßen durch Bombentrichter aufgerissen – 3.000 Eisenbahnbrücken zerstört, darunter alle über den Rhein und die Weser, 23 von 24 über den Main und 22 von 34 über die Donau. ... Bombentrichter übersäten die Gleisanlagen, zerfetzt ragten Schienenteile und Signalanlagen in die Luft. Der Kern des Ruhrgebietes war von der Umwelt völlig abgeschnitten.<<

In dieses zerstörte Land - voller Not und Elend -, in dem sich außerdem noch mehrere Millionen ehemalige ausländische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene sowie ostdeutsche Flüchtlinge aufhielten und ungezählte Ausgebombte und Evakuierte nach Unterkünften suchten, kamen damals zusätzlich noch Millionen von gewaltsam vertriebenen Ostdeutschen, Sudetendeutschen und Volksdeutschen aus Polen und Ungarn. Den Einheimischen, Flüchtlingen und Vertriebenen mangelte es vor allem an Wohnraum, Nahrung, Heizmaterial und an Kleidung. Obgleich die geschlagenen Deutschen menschenunwürdig hausten, hungerten und froren leisteten sie täglich schwere Wiederaufbauarbeiten. Nicht Männer, sondern mehrheitlich Frauen, Kinder, Greise und Krüppel schufen dort in den bitteren Nachkriegsjahren zwischen Trümmern und Verwüstung aus dem Nichts eine neue Lebensgrundlage.

Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch (1911-1991) berichtete z.B. am 30. November 1947 in seinem Tagebuch über die chaotischen Zustände in Berlin (x111/396): >>... In der Untergrundbahn: fast alle mit einem Bündel, einem Rucksack, einer geschnürten Schachtel. Neben Gesichtern, die aus Lehm und Asche sind, gibt es auch gesunde, straffe, volle, aber ebenso verschlossen, oft larvenhaft. ...

100 Schritte weiter stehen die sog. Trümmerweiber, die sich mit Schaufel und Eimer gegen das Unabsehbare verbrauchen. Es wirkt nicht wie Arbeit, sondern wie Strafkolonie. 40 Mark in der Woche, das sind vier Zigaretten.<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtete später über die "Trümmerfrauen" (x051/-587): >>Trümmerfrauen, volkstümliche Bezeichnung für die deutschen Frauen im männerarmen Nachkriegsdeutschland, die die Hauptarbeit bei der Schuttbeseitigung in den zerbombten deutschen Städten leisteten: Von insgesamt 19 Millionen Wohnungen (1939) waren bei Kriegsende (ohne Ostgebiete) rund 3,5 Millionen zerstört oder schwer beschädigt.<<

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation waren rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft geraten (x026/36). Nach dem Kriegsende wurden Millionen von deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR, Frankreich, Großbritannien, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien und in anderen Ländern als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Falls die deutschen Kriegsgefangenen die jahrelange schwere Zwangsarbeit lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück.

Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg im Jahre 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

Hungerpolitik der sogenannten Befreier

Damit man die angestrebten Hauptziele Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung bzw. Umerziehung ungestört realisieren konnte, führten die alliierten Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten nach dem Kriegsende 1945 spezielle Maßnahmen durch, um die Deutschen konsequent auszuhungern.

US-General Clay erklärte am 15. Mai 1945 während einer Pressekonferenz, daß es die erste Aufgabe sein wird, die deutschen Kriegsverbrecher einer gerechten Aburteilung zuzuführen und daß man die Lebensmittelversorgung für Deutschland zunächst sehr knapp halten wird.

Der Londoner "Exchange Telegraph" berichtete am 14. Mai 1945 über das besetzte Deutschland (x043/31): >>Deutschland muß sich selbst ernähren

Das US-Kriegsernährungsamt dementiert die Gerüchte, daß Deutschland einen wesentlichen Teil der zwölf Millionen Tonnen Lebensmittel erhalte, die die Vereinigten Staaten nach Europa verschiffen werden, daß irgendwelche Lebensmittel an Deutsche verteilt worden seien, ausgenommen völlig mittellose und heimatlose Personen.

Dieses Dementi wird vom Kriegsministerium bestätigt unter dem Hinweis auf Eisenhowers Erklärung, daß Deutschland sich selbst ernähren müsse.<<

Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer schrieb am 5. Juli 1945 (x095/18-20): >>Ich sehe die Entwicklung in Deutschland mit steigender Sorge. Rußland läßt einen eisernen Vorhang herunter. Ich glaube nicht, daß es sich bei der Verwaltung der Hälfte Deutschlands, die ihm überantwortet ist, von der Zentralen Kontrollkommission irgendwie beeinflussen lassen wird. Die weiterblickenden englischen und amerikanischen Stellen teilen wohl diesen Standpunkt, denn sie haben keine Hoffnung, in Zukunft aus diesem Teil Deutschlands noch Zuführen an Lebensmitteln zu erhalten. ...

In wirtschaftlicher Hinsicht ist man über die aller kümmerlichsten Anfänge noch nicht hinausgekommen. So wird es sie interessieren, daß die Förderung im Industriegebiet 10 % normal beträgt und daß von diesen 10 % 7 % nach Frankreich gehen. Daß mit dem Verbleib der 3 % die Wirtschaft nicht angekurbelt werden kann, auch nicht der Eisenbahnverkehr, daß kein Hausbrand zur Verfügung stehen wird, brauche ich nicht zu sagen.

Ich befürchte, daß diesen Winter in Deutschland Millionen Menschen an Hunger und Kälte sterben werden. Hungerödeme als Todesursache sind schon jetzt nicht selten. ...<<

In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen. Die Unterschrift der provisorischen polnischen Regierung wurde von den Westmächten zunächst nicht anerkannt und mußte am 15.10.1945 nachvollzogen werden (x040/289).

Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, **daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge** aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen **von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden** (x024/344).

Die Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete Ostdeutschlands, die jahrelange

Versklavung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, die gewaltsame Umsiedlung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in das verwüstete Restdeutschland sowie die Verhinderung von westeuropäischen Hilfslieferungen mußten zwangsläufig zu humanitären Katastrophen führen.

Die Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit waren nicht nur in Ostdeutschland katastrophal, sondern auch in Mittel- und Westdeutschland herrschten chaotische Lebensbedingungen. Vor allem für die nach Westen geflüchteten oder vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen begann damals ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben, um dem Hunger- oder Kältetod zu entgehen.

US-Senator Charles W. Vursell berichtete später über den massenhaften Hungertod in Deutschland (x028/149): >>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - Sie verstießen gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die große Hungersnot während der Nachkriegsjahre in Deutschland (x268/32-33): >>... Während zumindest Fachhistoriker wissen, daß infolge der fortgesetzten alliierten Lebensmittelblockade gegen Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg rund eine Million Menschen starben, gelang es erst dem kanadischen Journalisten James Bacque, die Öffentlichkeit auf die wesentlich höhere Zahl direkter und indirekter Hungeropfer (z.B. erhöhte Säuglingssterblichkeit, hungerbedingte Krankheiten und dergleichen) nach dem Zweiten Weltkrieg aufmerksam zu machen. Bacque kommt auf schier unglaubliche 5,7 Millionen in den vier Besatzungszonen Deutschlands.

Selbst wenn diese Zahl zu hoch gegriffen sein sollte, so steht doch fest, daß die sogenannte Befreiung mehr Deutsche der Zivilbevölkerung das Leben gekostet hat als Hitlerdiktatur und Weltkrieg zusammengenommen.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. August 2008 über die die deutschen Kriegs- und Nachkriegsverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...): >>**Klassiker aktualisiert**

... Nawratil zählt **8,8 Millionen Nachkriegstote**, davon 4,0 Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Opfer der Vertreibungen, 1,6 tote Kriegsgefangene, 0,3 Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland. Zum Vergleich stellt er daneben: **Krieg und Diktatur verursachten in Millionen 5,1 Opfer**, davon etwa 4,25 Militärverluste, etwa 0,6 Bombenopfer, 0,17 deutsche Juden, 0,125 sonstige KZ-Opfer und 0,1 Euthanasieopfer. ...<<

Verschleppung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen zur Leistung von Wiederaufbauarbeiten

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft (x026/36). Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden später durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Während der jahrelangen schweren Zwangsarbeit ging ein großer Teil der Kriegsgefangenen an Entkräftung, Krankheit und Hunger zugrunde.

Falls die deutschen Kriegsgefangenen die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück. Mindestens 1.577.000 deutsche Kriegsgefangene gingen während der jahre-

langen Zwangsarbeit ("Wiederaufbauarbeit") zugrunde (x026/45).

Verhaftung der Geschäftsführenden Zentralregierung des Deutschen Reiches

Am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht, die sogenannte "Dönitz-Clique", wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Generaladmiral von Friedeburg beging noch am selben Tag in seiner Zelle durch eine Giftkapsel Selbstmord.

Berliner Deklaration

Mit der "Berliner Deklaration" vom 5. Juni 1945 wurde die deutsche Regierungsgewalt offiziell beendet und an die 4 Militärgouverneure der alliierten Siegermächte übertragen.

In der Berliner Deklaration der Siegermächte vom 5. Juni 1945 hieß es (x101/185): >>Erklärung ...

Die deutschen Streitkräfte zu Lande, zu Wasser und in der Luft sind vollständig geschlagen und haben bedingungslos kapituliert, und Deutschland, das für den Krieg verantwortlich ist, ist nicht mehr fähig, sich dem Willen der siegreichen Mächte zu widersetzen. Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt, und Deutschland unterwirft sich allen Forderungen, die ihm jetzt oder später auferlegt werden. ...

Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse **bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.** ...<<

Die Aufteilung in 4 Besatzungszonen erfolgte nach den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937. Berlin wurde in 4 Sektoren eingeteilt. Die oberste Regierungsgewalt übte ein Kontrollrat der 4 alliierten Oberbefehlshaber in Berlin aus, der damit die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung und für die Verwaltung des Landes übernahm.

Die siegreichen Mächte waren aufgrund dieser Deklaration für sämtliche Geschehnisse in ihrer Zone verantwortlich. Die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte (x151/67).

Da die Siegermächte keinen Gebrauch von ihrem Recht der Unterwerfung des Deutschen Reiches machten, wurde das Deutsche Reich damals völkerrechtlich nicht annektiert. Gemäß Haager Landkriegsordnung blieb das Deutsche Reich von 1871/1919 demnach weiterhin völkerrechtlich bestehen, denn es wurde durch die Siegermächte nachweislich nicht annektiert, sondern nur besetzt (x063/605). Das Deutsche Reich blieb als Rechtssubjekt bestehen. Der Staat war aber nach der Zerschlagung des NS-Regimes desorganisiert bzw. nicht mehr geschäftsfähig.

Entnazifizierung und Umerziehung in Mittel- und Westdeutschland

Nachdem die Siegermächte die uneingeschränkte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt in den Besatzungszonen übernommen hatten, waren die hoffnungslos erschütterten Deutschen den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und mußten die drakonischen Maßnahmen, Willkürakte und Schikanen der Besatzer über sich ergehen lassen. Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands, die man nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg im Jahre 1918 begonnen hatte, wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

Die Deutschen wurden nach der NS-Diktatur von 1933-1945 bzw. nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten zweifelsfrei nicht befreit, sondern politisch und wirtschaftlich entmündigt und in den folgenden Jahrzehnten systematisch ausgeplündert und um-erzogen.

Am 14. Mai 1945 befahl die französische Militärregierung, in der Nähe Freiburgs ein Konzentrationslager für deutsche politische Häftlinge zu errichten.

NKWD-Einheiten richteten Mitte Mai 1945 in Ketschendorf bei Fürstenwalde das "Speziallager Nr. 5" ein. In den folgenden Monaten wurden hier durchschnittlich ca. 6.000 Häftlinge aus Berlin und der Mark Brandenburg interniert (x126/52). Unter den Gefangenen waren viele Jugendliche - vermeintliche "Werwolf-Angehörige".

Am 22. Mai 1945 trat in Westdeutschland die US-Direktive Nr. 1 in Kraft (x111/25): >>Der erste Schritt der Umerziehung wird sich ausschließlich darauf beschränken, die Deutschen mit unwiderlegbaren Tatsachen zu konfrontieren, die eine Einsicht in die deutsche Kriegsschuld und die Kollektivschuld für solche Verbrechen wie die Konzentrationslager wachrufen. ...<<
Der SPD-Politiker Dr. Kurt Schumacher wies am 10. Februar 1946 den Vorwurf der Kollektivschuld entschieden zurück (x101/12): >>Die Deutschen stehen deshalb vor einer schweren Aufgabe, weil die Welt meint, der Nazismus sei Deutschland gewesen, das ganze Volk sei schuldig. ...

Es ist nicht das ganze deutsche Volk schuldig, und wir lehnen eine derartige These ab. ...

Immer sind es vor 1933 und nach 1933 große Teile der Deutschen gewesen, die gegen Hitler gekämpft und Mut bewiesen und Leid erduldet haben. ...<<

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über die Zensur der öffentlichen Meinung im besetzten Westdeutschland (x131/177-178): >>Ein Land durch Generäle verwalten zu lassen, ist genauso töricht, wie eine Armee von Politikern führen zu lassen.

... Nach 1945 gab es in Deutschland Millionen von Biographien; aber Geschichte gab es nicht. Als die Nation in vier Zonen geteilt wurde, da wurde auch ihre Geschichte zerbrochen durch die politische Teilung, durch die Zensur, durch Tarnung und Vertuschung, durch die Angst davor, die USA und Frankreich zu kritisieren. Es bildete sich keine öffentliche Meinung ...

Die Besetzung Deutschlands führte zur Entstehung einer Besetztenmentalität, die sich bemühte, jede Vernunft einer vernunftlosen Disziplin zu unterwerfen, so, wie die Nation von den Nazis unterworfen worden war.

Erleichtert wurde das durch die bedingungslose Autoritätsgläubigkeit, die den Deutschen an-erzogen ist ...

Nachdem die Besatzungszonen und die offene Zensur abgeschafft worden waren, kam es zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation, weil Haltung und Einstellung, die sich unter jenem Regime gebildet hatten, schon zu Geschichte geworden waren. ...<<

Die US-Militärregierung veröffentlichte am 13. August 1946 ein Programm für die "Wiederherstellung des deutschen kulturellen Lebens" (x111/204): >>... Zur Umsetzung in die Tat muß das Programm der "Deutschen Umerziehung" in steigendem Maße von solchen heimischen Mitteln der deutschen Kultur Gebrauch machen, welche die friedliche Entwicklung neuer Ideale und Institutionen versprechen. ...<<

Am 1. Oktober 1946 wurden im Nürnberger Hauptkriegsverbrecher-Prozeß nach 403 öffentlichen Sitzungen die Urteile verkündet. 12 NS-Führer (Martin Bormann, Hans Frank, Wilhelm Frick, Hermann Göring, Alfred Jodl, Ernst Kaltenbrunner, Wilhelm Keitel, Joachim von Ribbentrop, Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel, Arthur Seyß-Inquart und Julius Streicher) wurden zum Tod durch den Strang verurteilt. Hjalmar Schacht, Franz von Papen und Hans Fritzsche wurden freigesprochen. Die Führungskorps der NSDAP, Gestapo, SS und SD stufte man als verbrecherische Organisationen ein. Das deutsche Reichskabinett, der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht wurden im Sinne der Anklage für nicht verbrecherisch befunden und freigesprochen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden allein die Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen der Verlierer geahndet, die zahllosen Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen der Siegermächte blieben jedoch ungesühnt.

Im Verlauf der Prozesse und der Entnazifizierung wurden in den Westzonen mindestens 800 NS-Kriegsverbrecher durch die Siegermächte zum Tod verurteilt, von denen man etwa 500 hinrichtete. In den folgenden Jahren ermittelte die westdeutsche Justiz gegen mehr als 84.000 Deutsche und verurteilte über 6.400 Angeklagte wegen nachgewiesener NS-Verbrechen (x025/195).

In der nordamerikanischen Zone wurden bis zum 1. Januar 1947 etwa 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt. Alle deutschen Erwachsenen ab 18 Jahre wurden aufgefordert, 133 Fragen zu beantworten. Jeder, der sich weigerte, diesen Fragebogen auszufüllen, erhielt kurzerhand keine Lebensmittelkarten. Die gerichtsähnlichen Verfahren vor den "Spruchkammern" endeten mit der Einstufung in eine der 5 Kategorien: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete.

Es war die Zeit der "Persilscheine", die rastlose sog. Jagd nach Ehrenerklärungen von überlebenden Juden, ehemaligen KZ-Häftlingen und anderen NS-Opfern.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein berichtete später über die Entnazifizierung (x063/612-613): >>Die "Entnazifizierung" wurde ... in den 4 Besatzungszonen höchst unterschiedlich durchgeführt.

In der sowjetischen genügte es einerseits, ein "Kapitalist" zu sein, um als "Nazi" gebrandmarkt und verfolgt zu werden, andererseits aber konnten auch hochrangige, wirkliche Nazis sofort die Generalabsolution erhalten, wenn sie sich nur zum Kommunismus "konvertierten".

In der französischen Zone dürften die Maßstäbe am mildesten gewesen sein, in der britischen und amerikanischen am methodischsten, aber oft auf Grund der falschen Methoden!

Auch kam es vielfach darauf an, ob man frühzeitig oder später "entnazifiziert" wurde, und auch "Protektion" – vor allem ausländische oder klerikale – war nicht ohne Bedeutung.

Der Fragebogen mit seinen ... 133 zum Teil schlichtweg törichte Fragen ist inzwischen in die Literatur eingegangen. In der amerikanischen Zone wurden bis zum Januar 1947 allein 11,7 Millionen Fragebogen ausgefüllt und eingereicht. Die Gesamtzahl stieg schließlich auf über 13 Millionen. ...

Die Entnazifizierungsbehörde der Militärregierung – beschäftigte sich mit 1,5 Millionen Fällen, 375.000 Personen wurden aus ihren beruflichen Stellungen entfernt. Die übrigen – insgesamt waren 3,3 Millionen "vom Gesetz" betroffen gewesen – fielen aus durch einige Amnestien, so die Jugendamnestie vom Juli 1946, zu Weihnachten 1946 die Amnestie für Kriegsbeschädigte, Invalide und jene mit geringem Vermögen und Einkommen. ...<<

Der Alliierte Kontrollrat erteilte am 25. Juni 1947 "Grundsätze für die Demokratisierung des Unterrichts in Deutschland", Direktive Nr. 54 (x114/2.164): >>Die Möglichkeit, sich zu bilden, muß für alle in gleicher Weise sichergestellt werden. ...

Die Schulprogramme müssen sich zum Ziele setzen, Achtung und Verständnis gegenüber anderen Nationen zu entwickeln. Zu diesem Zweck ist dem Studium der lebenden Sprachen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ohne einer von ihnen den Vorrang zu geben. ...<<

Am 10. März 1950 wurde das letzte sowjetische Internierungslager, das Lager Sachsenhausen in der Stadt Oranienburg, aufgelöst.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtete später über die "Konzentrationslager" in der Sowjetischen Besatzungszone (x009/228): >>... 1945 wurden von der sowjetischen Besatzungsmacht Zehntausende von Männern und Frauen unter Beschuldigung, "aktive Faschisten" oder Kriegsverbrecher gewesen zu sein, oder weil sie den Sowjets aus irgendeinem Grunde gefährlich erschienen, in Konzentrationslager gesperrt und dort auf das unmenschlichste und unwürdigste behandelt.

Besonders berüchtigte Lager befanden sich in Sachsenhausen, Buchenwald, Mühlberg, Bautzen, Neubrandenburg und Ketschendorf. Die Angehörigen der dorthin Verschleppten blieben ohne Nachricht und ohne Postverbindung. Die Angehörigen erhielten auch dann keine Mittei-

lung, wenn der Häftling verstarb.

Nach westlichen Zählungen, die auf Angaben der ehemaligen Totengräber und Ärzte in den Konzentrationslagern beruhen, verstarben in den Lagern von 1945 bis 1950 über 65.000 Häftlinge.<<

Potsdamer Konferenz

Am 17. Juli 1945 begann die Konferenz von Potsdam. Im Verlauf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 im Schloß Cäcilienhof bei Potsdam stattfand, verhandelten Stalin, Truman, Churchill - bis zur Wahlniederlage im Juli 1945 - und Attlee - ab 28. Juli 1945 - angeblich über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung des Deutschen Reiches und die Schaffung einer neuen Friedensordnung.



Abb. 71 (x175/411): Potsdamer Konferenz (sitzend von links der neue britische Premierminister Clement Attlee, der US-amerikanische Präsident Harry S. Truman und der sowjetische Generalissimus Josef Stalin).

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren.

Die Abmachungen über die vorläufige Oder-Neiße-Linie waren besonders verwerflich und

unmenschlich, weil sie bei den Ost- und Volksdeutschen jahrelang die unrealistische Hoffnung förderte, daß man später in die Heimat zurückkehren könnte. Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.

Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa

Der Alliierte Kontrollrat stimmte am 20. November 1945 dem Beschluß zu, ab Dezember 1945 10 % der zur Ausweisung vorgesehenen deutschen Bevölkerung auszuweisen (x002/737). Der Alliierte Kontrollrat setzte ferner die "Umsiedlungsquoten" für 6.650.000 Ost- und Volksdeutsche fest, die von den 4 Besatzungszonen übernommen werden sollten (x111/106):

Sowjetische Zone = 2.000.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten und 750.000 Vertriebene aus der CSR.

US-Zone = 1.750.000 Vertriebene aus der CSR und 500.000 Vertriebene aus Ungarn.

Britische Zone = 1.500.000 Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten.

Französische Zone = 150.000 Vertriebene aus Österreich.

Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa entwickelte sich in den Jahren 1945-1951 zur größten gewaltsamen Umsiedlung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bisher derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert. Mit der Vertreibung aus Ost-Mittleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen abrupt verloren. Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. In den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland wurden insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden ausgelöscht.

Bis zur gewaltsamen Vertreibung mußten die verfolgten Deutschen unfaßbare Racheakte und Gewalttaten über sich ergehen lassen. In den Internierungslagern Ost-Mittleuropas fanden gewöhnlich regelrechte Sklavenmärkte statt.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mittleuropa (x309/122): >>... Zusammenfassend bleibt festhalten, daß die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa nicht nur die größte Vertreibung der Weltgeschichte war, sondern auch aufgrund der 2,8 bis drei Millionen Menschenleben, die sie gefordert hat, als Völkermord einzustufen ist.

Die Vertriebenen sind im Übrigen rassistisch Verfolgte; denn ihr einziges Verbrechen, war ihre ethnische Zugehörigkeit. ...<<

Reparationen und Wiedergutmachung

Im Vergleich zu der mitteldeutschen und den westdeutschen Besatzungszonen wurde Ostdeutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges fast vollständig ausgeplündert. Zur Räumung der deutschen Ostprovinzen setzten die sowjetischen Besatzer z.T. spezielle Arbeits- bzw. Reparationskolonnen ein, die das gesamte Privat- und Staatseigentum der Ost- und Volksdeutschen als Kriegsbeute einsammelten, demontierten und abtransportierten. In Mittel- und Westdeutschland wurden zunächst alle deutschen Rüstungswerke demontiert oder zerstört. Hochseeschiffe und Flugzeuge durften jahrelang nicht mehr produziert werden. Sämtliche Patente, Warenzeichen und Fabrikgeheimnisse wurden beschlagnahmt, um die deutsche Wirtschaft auf dem Weltmarkt auszuschalten.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete später (am 21. Oktober 2016):

>>**Deutschland läßt sich aussaugen**

Schlimmer als Versailles: Was in der Nachkriegszeit noch Zwang war, geschieht heute freiwillig - wir sind Goldesel und Zahlmeister für andere

Nicht Hitler war der Feind, sondern Deutschland. Nicht der Nationalsozialismus sollte zer schlagen werden, sondern Deutschland. Diese Schlußfolgerung zieht der renommierte Verleger und Autor Bruno Bandulet, der unlängst sein Buch "Beuteland. Die systematische Ausplünderung Deutschlands seit 1945" veröffentlicht hat. Der Bad Kissinger Wirtschaftsfachmann ist kein Lautsprecher und niemand, der sich bisher durch Verschwörungstheorien hervor getan hätte. Dementsprechend hält er sich an Fakten.

"Ich muß zugeben, daß die Arbeit an diesem Buch eine echte Entdeckungsreise war. Ich hätte mir nicht vorstellen können, wieviel die Siegermächte im Laufe der Zeit an Sachwerten, an geistigem Eigentum und an Finanzleistungen aus Deutschland herausgezogen haben", erklärt der Autor und benennt Tatsachen. Die Rechnung summiert sich ab 1945 bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre nach heutiger Kaufkraft auf etwa 1.000 Milliarden Euro.

Nach Kriegsende hatten regelrechte Plünderungen stattgefunden. Die deutschen Auslandsvermögen waren beschlagnahmt worden. Zudem gab es Zwangsexporte. Deutschland mußte für die Besatzungskosten aufkommen. ...

Erst durch die Entzweiung der Alliierten hätten die westlichen Besatzungsmächte die Bundesrepublik als geopolitisch wichtiges Ziel erkannt. Dennoch habe man Deutschland bewußt "klein gehalten". Die seit 1945 gezahlten Reparationen in Kombination mit den Kosten der europäischen Transferunion übertreffen bei weitem die Zahlungen des Deutschen Reiches nach dem Versailler Vertrag.

Die Nettoszahungen, die Deutschland seit der Wiedervereinigung kaufkraftbereinigt an die EU geleistet hat, übersteigen mittlerweile 250 Milliarden Euro. ... Nirgendwo wurden die Summen aufgelistet und bilanziert, die die Demontagen und Sachlieferungen verursacht haben, für die vor allem Sowjets und Franzosen nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich gewesen waren. Bis heute existieren nur Schätzungen und grobe Berechnungen. Der größte Teil der Reparationen entfiel auf die Besatzungskosten, welche beispielsweise 1946 allein in den Westzonen 42 Prozent des gesamten Steueraufkommens ausmachten. Im Vergleich mit dem heutigen Steueraufkommen wären dies rund 270 Milliarden Euro. ...<<

Die völkerrechtswidrige Liquidierung des preußischen Staates

Am 25. Februar 1947 führte der Alliierte Kontrollrat die Liquidierung des preußischen Staates - Kontrollratsgesetz Nr. 46 - durch (x056/33): >>Der Staat Preußen, der seit jeher Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen ist, hat in Wirklichkeit zu bestehen aufgehört.

Geleitet von dem Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens ... (bestimmt) der Kontrollrat ... Art. I: Der Staat Preußen, seine Zentralregierung und alle nachgeordneten Behörden werden hiermit aufgelöst. ...<<

Die Besatzungsmächte erließen damals ein völkerrechtswidriges Gesetz, denn bei dieser willkürlichen Auflösung Preußens handelte es sich eindeutig um einen Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung (x063/635).

"Kalter Krieg" zwischen den Siegermächten Sowjetunion und USA

Am 20. März 1948 fand die letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats statt. Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, ab 1946 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) protestierte gegen die antisowjetische Haltung der Westmächte und verließ vorzeitig die Sitzung des Alliierten Kontrollrats. Die Viermächte-Verwaltung Deutschlands wurde damit

beendet, denn der Alliierte Kontrollrat nahm die Arbeit später nicht mehr auf. Danach begann der "Kalte Krieg" mit scharfer Propaganda, Druckmitteln und Zwangsmaßnahmen aller Art. Der sogenannte "Kalte Krieg" hatte für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelte langfristig die deutsche Spaltung. Er zwang die Mittel- und Westdeutschen, Partei zu ergreifen, so daß die Wiedervereinigung Deutschlands jahrzehntelang unmöglich wurde. Der wirtschaftliche und politische Aufbau Westdeutschlands sowie der militärische Schutz Westeuropas wurden nachweislich mit dem vorläufigen Verzicht auf die Wiederherstellung Deutschlands erkaufte.

Das Potsdamer Abkommen wurde von den Politikern der USA genutzt, um die langfristige Spaltung Ost-, Mittel- und Westdeutschlands durchzusetzen. Die US-Geostrategen hetzten die Deutschen und die Russen infolge der unfaßbaren Gebietsabtretungen und Vertreibungen vorwiegend gegeneinander auf, denn ein deutsch-russisches Bündnis hätte die angestrebte US-Weltherrschaft gefährden können

Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtete später im Jahre 2015 über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ...

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

Am 3. April 1948 wurde das europäische Wiederaufbauprogramm verabschiedet. Im Rahmen des Marshall-Planes erhielten die westeuropäischen Länder von 1948-1952 etwa 14,7 Milliarden Dollar. Bis zum 30. Juli 1952 bekamen z.B. England 3,176 Milliarden Dollar, Frankreich 2,706 Milliarden Dollar; Italien 1,474 Milliarden Dollar und Westdeutschland 1,389 Milliarden Dollar (x024/225).

Der Marshall-Plan erfolgte vor allem aus politischen Gesichtspunkten und kontrollierte die Eingliederung Deutschlands in das westeuropäische Staatensystem. Mit dem Marshall-Plan begann im Jahre 1947 die europäische Integration (Zusammenschluß von zunächst westeuropäischen Staaten). Der Marshall-Plan war damals kein selbstloser Akt der USA, denn der Wiederaufbau der zerstörten westeuropäischen Infrastruktur wurde vielerorts von US-Unternehmen durchgeführt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Marshall-Plan (x068/275-276): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mittel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.

Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis – zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).

Außenminister Marshall hatte den Plan erstmals am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Harvard University vorgeschlagen, und am 3. April 1948 trat die Wirtschaftshilfe in Kraft, zunächst allerdings nur für die westeuropäischen Staaten. Seit 1950 wurde jedoch auch Westdeutschland einbezogen. Bald nämlich wandte sich Amerikas große Liebe dem ehemaligen Erzfeind zu. Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen.

Also päppelte man gerade die Exnazis wieder auf, überaus erfolgreich und ganz selbstlos, aus

purem Mitleid mit dem verführten Volk, dessen böse Führer man hängte; ein paar Teufel, fast an zwei Händen herzuzählen, worauf die blanke Unschuld zum Vorschein kam; harmlose Mitläufer allenfalls, Nachläufer, die nun gleich weiterlaufen konnten, sollten, mit denen sich das alte Spielchen einer flotten Aufrüstung, vielleicht eines flotten Aufmarsches; Einmarsches gar, wiederholen ließ.

"Nach Ostland ..." – nur diesmal eben im Dienst der guten Sache.

Waren die Russen Feinde, mußten die Deutschen Freunde werden. Und mit den Deutschen brauchte man weitere europäische Länder, am besten ganz Europa. Ganz Europa eine Abwehrfront, eine Aufmarschbasis. Auf jeden Fall aber ganz Europa ein Absatzmarkt für US-Produkte, ein Absatzmarkt, größer als der eigene daheim. Über England drang man vor - das Trojanische Pferd der Überseeler, denen ja auch ein großer Teil des englischen Kapitals gehörte. Aber das konnte und sollte überall in Europa, in Westeuropa, so werden. ...<<

Der US-Bankier Young begrüßte am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um weitere kommunistische Expansionen zu verhindern (x111/367): >>... und daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.

Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.

Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<

Ruhrstatut und Zwangsbeitritt zur internationalen Ruhrbehörde

Am 22. April 1949 trat das "Ruhrstatut" in Kraft. Danach war die Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In diesem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokes und des Stahls. ... Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

Die zwangsweise europäische Integration (Ruhrstatut) diene hauptsächlich dem Zweck, eine dauerhafte Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten.

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).

Der Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde (Petersberger Abkommen) erfolgte nicht freiwillig und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts. Die westdeutsche Bevölkerung wurde vor dem Abschluß des Petersberger Abkommens nachweislich durch Ultimaten (Gewaltanwendung: "gezielte Hungerpolitik von Mai 1945 bis Anfang 1947 und Gewaltandrohung: Fortsetzung der Demontagen) systematisch unter Druck gesetzt.

Der gewaltsam erpreßte und damit völkerrechtswidrige Beitritt zur internationalen Ruhrbehörde sowie die Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) war eine Fortsetzung des Versailler Friedensdiktates von 1919.

Bei der internationalen Ruhrbehörde handelte es sich um eine Tarnorganisation des NWO-

Imperiums. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte in erster Linie die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung Deutschlands garantieren.

Das Ruhrstatut wurde später aufgrund des Pariser Vertrages vom 18.04.1951 am 23. Juli 1952 in die Montanunion und danach 1967 durch Fusionsvertrag in die EG integriert.

Besatzungsstatut der westlichen Besatzungsmächte

Am 8. April 1949 beschlossen die Außenminister Acheson, USA, Bevin, England, und Schuman, Frankreich, während einer Konferenz in Washington ein Besatzungsstatut für Westdeutschland und die Einsetzung einer Alliierten Hohen Kommission (Ersatz für den seit März 1948 entscheidungsunfähigen Alliierten Kontrollrat).

Die westdeutschen Ministerpräsidenten akzeptierten am 12. April 1949 das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Dieses Besatzungsstatut reduzierte zwar die geplanten Demonstrationen, aber auch die Souveränität der "neuen" Bundesrepublik Deutschland wurde bis zum 4. Mai 1955 durch die große Autorität der westlichen Besatzungsmächte erheblich eingeschränkt. Die Obergewalt der Alliierten über Reparationen, Entmilitarisierung, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland sowie die Ruhrkontrolle änderte sich ebenfalls nicht und die "Alliierte Hohe Kommission" kontrollierte weiterhin die deutschen Landesregierungen und die zukünftige deutsche Bundesregierung.

Auftrag für die Ausarbeitung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland

Die westlichen Militärgouverneure übergaben den 11 Ministerpräsidenten der 3 Westzonen am 1. Juli 1948 in Frankfurt die Richtlinien der Londoner Empfehlungen und beauftragten sie, einen Parlamentarischen Rat zu bilden, um eine Verfassung auszuarbeiten. Das Konzept des Grundgesetzes mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden.

Am 12. Mai 1949 genehmigten die westlichen Militärgouverneure, General B. H. Robertson (britische Zone), General Pierre Koenig (französische Zone), General Lucius D. Clay (nordamerikanische Zone), das Grundgesetz und verkündeten gleichzeitig das Besatzungsstatut für die Bundesrepublik Deutschland.

Von der Gründung der BRD bis zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands von 1949 bis 1990: 41 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung für die Westdeutschen

Es gibt nur eine Sünde, die gegen die ganze Menschheit mit allen ihren Geschlechtern begangen werden kann, und dies ist die Verfälschung der Geschichte.

Christian Friedrich Hebbel (1813-1863, deutscher Dichter)

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Der Parlamentarische Rat stellte am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom 16. bis zum 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als zwei Dritteln der beteiligten westdeutschen Länder (Ausnahme: Bayern) angenommen und damit die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt.

Das deutsche Grundgesetz, in dem zahlreiche "Sonderwünsche" bzw. Forderungen der Westmächte berücksichtigt werden mußten, sollte im Hinblick auf Mittel- und Ostdeutschland nur für "eine Übergangszeit" gelten. Eine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes erfolgte deshalb nicht, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat. Bis zum heutigen Tag erfolgte keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Unterzeichnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/634): >>Obgleich sich die tatsächliche Wirksamkeit des Grundgesetzes auf die ehemaligen 3 westlichen Besatzungszonen, die nunmehrige Bundesrepublik Deutschland beschränkte, so wurde doch in der Präambel gesagt, das Deutsche Volk in den, namentlich aufgeführten, Bundesländern habe "auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war". ...<<

Souveränität

Die von den westlichen Siegermächten gegründete BRD war nie ein souveräner Staat, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Besatzungsstatutes und des Ruhrstatutes drastisch eingeschränkt.

DER SIMPL

IST SKORZENY JUDE?
Seite 24

DAS NEUE REICHSWAPPEN

M. Fischer



ZWEI VOLK — ZWEI REICH — ZWEI FUHRER

Abb. 80 (x067/206): "Zwei Volk, zwei Reich, zwei Führer." Karikatur aus dem "Simpl", 1949. Aufgrund der Potsdamer Vereinbarungen (völkerrechtswidrige Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen etc.) zählte die BRD völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähig-

keit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt bereits wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte, um Wiedergutmachungen und die Einbindung in Europa zu garantieren.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die völkerrechtliche Bedeutung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/605):

>>... Unbestritten ist heute, daß durch die militärische Kapitulation und durch die Besetzung des gesamten Staatsgebietes das Deutsche Reich als Staat, als Subjekt des Völkerrechts, nicht zu bestehen aufgehört hat. Es trat nur eine zeitweilige Handlungsunfähigkeit ein.

Diese Handlungsfähigkeit wurde wieder hergestellt, als am 8. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat verabschiedet und am 23. Mai in Kraft gesetzt wurde. Es kann demnach das Wort von Gerhard Anschütz, verwandt für das Deutsche Reich von 1871 und 1919, ... erneut zitiert werden: "Das neue und das alte Reich stehen nicht im Verhältnis der Rechtsnachfolge, sondern dem der Identität."<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die fehlende Souveränität der BRD (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die

Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland war zunächst das sogenannte Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte. Erst nachdem die Bundesrepublik Deutschland sämtliche deutschen Auslandsschulden (ohne Verrechnung der nach Kriegsende beschlagnahmten Vermögenswerte im Ausland und der beschlagnahmten deutschen Patente) anerkannt hatte, erhielt sie im März 1951 eine begrenzte außenpolitische Souveränität (x128/266).

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Infolge des Besatzungsstatutes, der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) und der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte. Seit 1949 mußte jeder deutsche Bundeskanzler die sogenannte "Kanzlerakte" unterschreiben.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner schrieb später über den ersten deutschen Bundeskanzler Adenauer (x068/302): >>... Denn wie das ostdeutsche Marionettenensemble in Pankow Moskaus Direktiven erfüllte, so (erfüllte) im Westen, in Bonn, der katholische Kanzler (Adenauer) die Wünsche Washingtons, der USA ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>**Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP**

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. ...

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. ... "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". ...<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/-151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>"Lebenslüge der Bundesrepublik"

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. ...

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>EU am Scheideweg

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

... Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlages auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Ereignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "**Und wir in Deutschland**

sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen." ...<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>"Das ist mir alles zu lahm"

... Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, ... Tempora, X-Keyscore ... Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht ... Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. ...<<

Staatsangehörigkeit

In der ursprünglichen Fassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 hieß es u.a. (x859/...): Artikel 116

(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat. ...<<

Innenpolitik

Die gewählten Politiker der deutschen Regierungen der BRD führten gewöhnlich alle Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmächte gewissenhaft und widerstandslos aus. Der aufrichtige und ehrenhafte SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher war leider eine Ausnahme.

"Wirtschaftswunder"

Die Deutschen besaßen nach dem Kriegsende praktisch nur noch ihr Leben und ihre Arbeitskraft, ihre geistigen Fähigkeiten und ihr handwerkliches oder bäuerliches Geschick, doch sie waren nicht bereit, widerstandslos aufzugeben, sondern sie wollten überleben und mehrheitlich unbedingt wieder nach oben kommen.

Nach Jahren härtester Wiederaufbauarbeit schafften die Deutschen, Einheimische wie Vertriebene, trotz Hunger, Elend und Not schließlich den wirtschaftlichen Aufschwung (sog. "Wirtschaftswunder"). Infolge des unglaublichen Arbeitseifers und des mutigen Unternehmungsgeistes der Deutschen stieg die Industrieproduktion von 1950-1958 um rd. 177 %. Ende 1958 besaß die Bundesrepublik Deutschland bereits wieder Devisen in Höhe von 25,2 Milliarden DM, während die gesamten Schulden nur noch 22,3 Milliarden DM betragen (x069/-215).

Oder-Neiße-Linie

Im sog. Görlitzer Abkommen erklärten Polen und die DDR am 6. Juni 1950 die Oder-Neiße-Linie zur unantastbaren und endgültigen Grenze (x155/63): >>Die Regierung der Republik Polen und die Delegation der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ... haben gemeinsam festgestellt, daß es im Interesse einer weiteren Entwicklung und Fe-

stigung der gutnachbarlichen Verhältnisse und der Freundschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke liege, die festgesetzte und zwischen beiden Staaten bestehende Friedens- und Freundschaftsgrenze an der Oder und der Lausitzer Neiße als unantastbare Grenze endgültig zu ziehen ...<<

Die Bundesregierung erklärte am 9. Juni 1950, daß die Regierung der Sowjetischen Besatzungszone kein Recht besitzen würde, für das deutsche Volk zu sprechen und Vereinbarungen zu treffen.

Der Alterspräsident Paul Löbe erklärte am 13. Juni 1950 im Namen des Deutschen Bundestages - außer KPD - zur umstrittenen Oder-Neiße-Linie (x243/197): >>... Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das Gebiet östlich von Oder und Neiße ... der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. ... Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichtes zu treiben.

Die Regelung aller Grenzfragen Deutschlands ... kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung ... geschlossen werden muß.<<

Bundeskanzler Ludwig Erhard erklärte am 22. März 1964 während seiner Rede vor dem Kongreß der Ostdeutschen (x155/107): >>Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht - und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten - auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer deutschen Brüder und Schwestern sind. ...<<

Das BdV-Präsidium kritisierte am 22. Oktober 1965 die EKD-Denkschrift vom 14.10.1965 (x155/119-120): >>... Jeder Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutet daher den Verzicht auf eine friedensvertragliche Gesamtregelung schlechthin und führt in seiner Konsequenz zur Anerkennung des Status quo in einem dreigeteilten Deutschland.

Die Empfehlungen, die in dieser Richtung vom Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands in Umlauf gesetzt werden, beeinträchtigen nicht allein die Rechtsansprüche der vertriebenen Deutschen, sondern sie gefährden die Lebensinteressen des ganzen deutschen Volkes.

Nach dem Wortlaut des Amtseides des Bundeskanzlers ist es in erster Linie Sache der Bundesregierung, Schaden vom deutschen Volke abzuwenden. Die gleiche Verpflichtung obliegt auch den gewählten Vertretern des deutschen Volkes.

... Einseitige Schuldzuweisungen von deutscher Seite dienen dieser Verständigung nicht. Sie tragen nur dazu bei, die Einseitigkeit kommunistischer Anklagen gegen die Bundesrepublik vor der Weltöffentlichkeit zu bekräftigen.

Es ist von deutscher Seite politischer Selbstmord, eine Kollektivschuld aller Deutschen anzuerkennen und zu verkünden, während verbündete Staatsmänner im Gespräch mit offiziellen Stellen des Ostblocks diese Kollektivschuld verneinen und für das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes eintreten. ...<<

Der deutsche Jurist Philipp von Bismarck kritisierte am 12. November 1965 in der Wochenzeitung "DIE ZEIT" die Denkschrift der EKD zur Lage der Vertriebenen und der deutschen Ostpolitik (x064/39): >>... Die Notwendigkeit, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, wird damit begründet, daß Polen seine Besitzungen östlich der Curzon-Linie 1945 an die Sowjetunion abtreten mußte. Nicht erwähnt aber wurde, daß Marschall Pilsudski den größten Teil dieser Gebiete erst in den Jahren 1920/21 der damals schwachen Sowjetunion mit Gewalt, also in einem Krieg entrissen hatte, obgleich nur eine polnische Minderheit dort ansässig war.

Für den unbefangenen Leser der Denkschrift wird die 1945 von der Sowjetunion erzwungene Rückgabe der polnischen Kriegsbeute von 1921 bei der Abgabe von Quadratmetern und statistischen Zahlen sachlich gleichgestellt mit den zum Teil über 700 Jahre von Deutschen besiedelten Ostprovinzen. Wer aber die geschichtlichen und politischen Tatbestände klärend aufar-

beiten will, dürfte diesen bedeutsamen geschichtlichen Unterschied nicht verschweigen. Die Denkschrift ruft für den Unkundigen den unzutreffenden Eindruck hervor, als hätten wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Gründe die sog. "Westverschiebung" Polens notwendig gemacht. Der abgefeimte Plan Stalins, auf diese Weise eine Streittaxt zwischen die Deutschen und die Polen zu legen, wird nicht erwähnt. ...

Allgemein bedenklich erscheint es, wenn das Völkerrecht bagatellisiert wird. Dem Laien kann man leicht einreden, daß das Völkerrecht nicht viel bedeutet. ...<<

Neue Ostpolitik

Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland bemühten sich zunächst um die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes der polnisch-sowjetisch besetzten deutschen Ostgebiete, aber diese Bemühungen währten nur bis zum 7. Dezember 1970 (Warschauer Vertrag).

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt erklärte in seiner Rede auf dem Karlsruher SPD-Parteitag vom 23. bis 27. November 1964 (x155/142): >>... Die Heimatvertriebenen können sich weiterhin darauf verlassen, daß wir zum Unterschied von anderen keine Politik hinter ihrem Rücken machen.<<

Am 22. Oktober 1969 bildete Bundeskanzler Willy Brandt eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP. Im Rahmen seiner "neuen Ostpolitik" verzichtete Bundeskanzler Brandt auf den Bundesminister für deutsche Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte. Nach dem Motto "Mehr Demokratie wagen", führte Brandt einen innen- und außenpolitischen Politikwechsel durch. In der Ostpolitik verfolgte er den umstrittenen "Wandel durch Annäherung". Diese Politik führte zur (wenn auch nicht völkerrechtlichen) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie in den Verträgen von Moskau und Warschau und leitete schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.

Bundeskanzler Brandt unterzeichnete am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Brandts Kniefall vor dem Mahnmahl im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970 "ging damals um die Welt".

Das US-Magazin "TIME" wählte Willy Brandt im Jahre 1970 zur "Person des Jahres". Brandt erhielt 1971 den Friedensnobelpreis.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) schrieb später über die auf "Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Durch opportunistisches Schweigen kann man keine Versöhnung zwischen den Völkern schaffen, allenfalls zwischen Regierungen, und deren Amtsperioden dauern meistens nur 4 Jahre.

Für die Versöhnung zwischen Völkern ist das einzig dauerhafte Fundament die Wahrheit und der Respekt vor den Menschenrechten der anderen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung will, wird alles tun, um so schnell wie möglich alles Trennende zu beseitigen, und dazu gehört nun einmal auch ein Berg von Toten. Man muß sie aber ordentlich bestatten; mit einer Leiche im Keller hat noch keiner Frieden gefunden.<<

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann versprach am 29. Januar 1983 in München (x024/350): >>Tendenzen, die deutsche Frage auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR zu beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzu beziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben.

Wir werden auch keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Vertreibung von Deutschen und die entschädigungslose Enteignung ihres Grundeigentums sowie anderer Entschädigungswerte völkerrechtswidrig ist. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 3. Juni 2000 über die Oder-Neiße-Linie (x887/...): >>Die Karriere des Görlitzer Abkommens über die "Oder-Neiße-Friedensgrenze"

Als "null und nichtig" bezeichnete am 9. Juni 1950 die Regierung der Bundesrepublik

Deutschland das drei Tage zuvor in Warschau von Vertretern der DDR und Polens unterzeichnete Regierungsabkommen, das am 6. Juli 1950 in Görlitz, genauer in dessen rechts der Neiße gelegenem Teil, förmlich geschlossen werden sollte.

Unwirksam seien die dort getroffenen Vereinbarungen über die Festlegung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze zwischen Deutschland und Polen, niemals werde sich die Bundesregierung als Sprecherin des gesamten deutschen Volkes mit "der allen Grundsätzen des Rechts und der Menschlichkeit widersprechenden Wegnahme dieser rein deutschen Gebiete abfinden". ...

Tatsächlich konnten weder die DDR noch die Bundesrepublik mangels Souveränität über eine mit der Grenzfestlegung verbundene Abtretung deutschen Gebiets verfügen. Der durch die Potsdamer Vereinbarungen keineswegs eliminierte deutsche Gesamtstaat war aufgrund fehlender Organe hierzu ebenfalls nicht in der Lage.

Als völlig abwegig beurteilte man die Festschreibung einer "Staatsgrenze zwischen Polen und Deutschland" also ein Handeln der DDR im Namen ganz Deutschlands, als dessen reorganisierter Kernteil sie sich verstand.

Alle Bundesregierungen bis 1969 betonten in der Folge konsequent den allenfalls provisorischen Charakter der Oder-Neiße-Grenze. Immer wieder gab es entsprechende Bekundungen von Politikern der Regierungs- sowie der Oppositionsparteien.

So attestierte etwa Willy Brandt 1963 in der Stuttgarter Zeitung demjenigen, der "der diktierten Grenzlinie (an Oder und Neiße) zustimmt", daß er "es nicht gut mit den zukünftigen deutsch-polnischen Beziehungen" meine. Auf Regierungsebene sprach sich Brandt als Außenminister erstmals 1968 für eine "Anerkennung bzw. Respektierung der Oder-Neiße-Linie bis zur friedensvertraglichen Regelung" aus.

Bekanntlich spielte die Grenzfrage in den deutsch-polnischen Vereinbarungen der frühen 70er Jahre eine bedeutende, die bundesdeutsche Politik und Öffentlichkeit wie kaum ein anderes Thema polarisierende Rolle. Im Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970 stellten die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf in den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz festgelegt worden sei, "die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet". Sie erklärten, "daß sie gegeneinander keine Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden".

Daß mit diesen von der sozial-liberalen Regierung ausgehandelten Formulierungen keinerlei Vorwegnahme einer friedensvertraglichen Regelung erfolgt sei, sie "keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen" bildeten, bekräftigte auf Drängen der CDU/CSU-Fraktion der Deutsche Bundestag am 10. Mai 1972 - eine Auffassung, die das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung zu den Ostverträgen vom 7. Juli 1975 bestätigte.

Tatsächlich verfestigte sich jedoch die Grenze an Oder und Neiße im Bewußtsein vieler Politiker sowie großer Teile der Öffentlichkeit im Laufe der Zeit immer mehr. Selbst manche Vertreter der christlich-liberalen Regierungen nach 1982 stellten nur noch in Sonntagsreden für Vertriebene die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze in Frage. ...<<

"Die Grünen"

Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus."

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollten, schlossen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängten anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die weltfremde Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.

Bundeskanzler Helmut Kohl

Am 1. Oktober 1982 wurde Bundeskanzler Helmut Schmidt durch ein konstruktives Mißtrauensvotum des deutschen Bundestages gestürzt.

Die FDP schloß danach eine Koalition mit der CDU/CSU. Helmut Kohl (CDU) wurde neuer Bundeskanzler.

Die "BILD-Zeitung" berichtete damals: >>Eine neue Ära: Kohl wird Kanzler

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist am 1. Oktober in Bonn ein konstruktives Mißtrauensvotum erfolgreich: Der Bundestag stürzt damit Bundeskanzler Helmut Schmidt und beendet dadurch nach 13 Jahren die SPD/FDP Herrschaft. ...

Der 1930 in Ludwigshafen geborene Pfälzer spricht in seiner Regierungserklärung erstmals von einer geistig-politischen Wende, die es zu erreichen gelte. ...<<

Helmut Kohl förderte während seiner Kanzlerschaft (ab 1982) frühzeitig die Bildung eines EU-Einheitsstaates und damit die Abschaffung des deutschen Nationalstaates. Am 19. Juni 1983 beschloss die Staats- und Regierungschefs der zehn EG-Mitgliedstaaten, eine Europäische Union zu gründen. In Maastricht schloß man am 11. Dezember 1991 einen Vertrag über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausbau zur Europäischen Union mit einer einheitlichen stabilen Währung. Für Bundeskanzler Helmut Kohl war der Maastricht-Vertrag angeblich eine Entscheidung über Krieg oder Frieden im nächsten Jahrhundert.

Der Maastrichter Vertrag trat am 1. November 1993 in Kraft. Dieses völkerrechtlich bindende Abkommen leitete die bisher weitreichendste Reform der Europäischen Union ein. Danach begann allmählich die Übertragung von deutschen Souveränitätsrechten an die Europäische Union (EU) nach Brüssel. Die staatlichen Kompetenzen der Nationalstaaten wurden systematisch reduziert, um die Nationalstaaten abzuschaffen und die Europäische Union in einen zentralistischen Bundesstaat nach dem Vorbild der ehemaligen UdSSR umzuwandeln. Großbritannien widersetzte sich damals energisch den EU-Plänen, einen föderalen europäischen Bundesstaat zu errichten.

Von der Gründung der DDR bis zur Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands von 1949 bis 1990: 41 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung für die Mitteldeutschen

Des Historikers erste Pflicht ist die Wahrheit, die ganze Wahrheit, und wer bloß die halbe Wahrheit sagt, ist schon ein ganzer Lügner.

Wilhelm Heinrich von Riehl (1823-1897, deutscher Schriftsteller)

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Am 7. Oktober 1949 gründete die "Provisorische Volkskammer" die Deutsche Demokratische Republik. Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die von der Volkskammer gewählte Regierung der DDR übernahm später nach dem sowjetischen Muster die Bezeichnung "Ministerrat".

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" 42/1949 berichtete am 13. Oktober 1949 über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik: >>Weg

Die Sowjetunion vollzog den verwaltungstechnischen Gegenzug zu Bonn. Auf einem ersten Staats-Empfang der ostdeutschen Volkskammer gab SMA-Chef Wassili Tschuikow den Entschluß der Sowjetregierung bekannt, "der provisorischen Regierung der deutschen demokratischen Republik die Verwaltungsfunktionen zu übertragen, die bisher der sowjetischen Militäradministration zustanden". An deren Stelle tritt eine sowjetische Kontrollkommission. General Tschuikow nannte die westdeutsche Bundesregierung eine spalterische Marionetten-Regierung ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Während in den Westzonen der demokratische Aufbau von unten nach oben vor sich ging, wurde die staatliche und gesellschaftliche Form in der sowjetischen Besatzungszone von oben, durch die Besatzungsmacht und durch die der kommunistischen Politik und Ideologie verpflichtete SED geprägt. ... Die Auflösung Preußens durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 vom 25. Februar 1947 – ein Willkürakt ohne Rechtsgültigkeit, da er weit über die Befugnisse hinausging, die die Haager Landkriegsordnung Besatzungsmächten einräumt – zerbrach eine wichtige Klammer zwischen West-, Mittel- und Ostdeutschland.

... Eine Befragung des Volkes, ob es tatsächlich einen Staat, abgetrennt vom übrigen Deutschland, bilden wolle, hat nie stattgefunden. Aus der Massenflucht der Bevölkerung aus dem sowjetischen Besatzungsgebiet, einem täglichen "Volksentscheid mit den Füßen", Menschen aller Klassen und Stände, die Mehrheit von ihnen unter 25 Jahre, ließ sich die Stimmung gut entnehmen.

Eine Verfassung haben die Parteiinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<

Souveränität

Die von der sowjetischen Besatzungsmacht gegründete DDR war kein souveräner Staat und keine Demokratie, sondern eine Diktatur. Die freien, geheimen Wahlen waren weder frei noch geheim und die Wahlergebnisse wurden je nach Bedarf manipuliert. Die Parteiendiktatur der

verschiedenen gleichgeschalteten Blockparteien leitete die SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht.

Staatsangehörigkeit

In Ostberlin verkündete der 3. Volkskongreß am 30. Mai 1949 die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik, die ebenfalls für Gesamtdeutschland gelten sollte (x105/306). In dieser Verfassung der DDR hieß es u.a.: ... "Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit".

Innenpolitik

Im Rahmen der sowjetischen Umerziehung wurden die Mitteldeutschen von 1945 bis 1989 zu "überzeugten" Mitgliedern der klassenlosen marxistisch-leninistischen Gesellschaft, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein sollten, erzogen.

Der kommunistische Einheitsstaat kontrollierte sämtliche Lebensbereiche. Alle DDR-Bürger wurden regelmäßig fast überall überwacht und Andersdenkende systematisch unterdrückt. Persönliche Freiheitsrechte gab es nicht. Jegliche freie Meinungsäußerung wurde unterdrückt, Bücher, Zeitungen, Radio, Fernsehen und sonstige kulturelle Einrichtungen wurden systematisch zensiert.

Die Kommunisten strebten besonders die Zusammenfassung von Atheisten und Gläubigen an und ließen fast keinen Raum für irgendeine Religion. Nach dem Mauerbau im Jahre 1961 wurde die Reisefreiheit der DDR-Bürger drastisch eingeschränkt. Die allgegenwärtigen Mitarbeiter der Stasi (MfS) bespitzelten und bekämpften danach noch eifriger alle potentiellen Staatsfeinde.

Die "Thüringer Allgemeine" berichtete später (am 8. Oktober 2014): >>"Die DDR als Diktatur und Unrechtsstaat"

Der Politikwissenschaftler und scheidende Vorsitzende der Stiftung Ettersberg, Hans-Joachim Veen, erläutert in einem Gastbeitrag, warum die DDR für ihn ein Unrechtsstaat war. ...

Die Dimensionen des Unrechtsstaates

Das kennzeichnet einen Unrechtsstaat:

- a) das Fehlen grundlegender individueller Menschen- und Freiheitsrechte,
- b) fehlende Freizügigkeit, keine Meinungsfreiheit, keine legale Oppositionsmöglichkeit,
- c) das Einsperren der Menschen bei Gefahr ihrer Tötung, wenn sie den Staat verlassen wollen,
- d) kein Schutz gegen Verwaltungswillkür, keine Verwaltungsgerichte,
- e) keine Gewaltenteilung, keine unabhängige richterliche Gewalt zum Schutz der Rechte des Einzelnen,
- f) die Ausbürgerung von Menschen und der Entzug ihrer bürgerlichen Rechte,
- g) das Fehlen freier Wahlen, keine Entscheidungsrechte des Volkes,
- h) keine demokratische Legitimierung der Herrschaft auf Zeit, sondern eine ideologische Legitimierung der Herrschaft auf unbegrenzte Zeit - die absolute Herrschaft einer Partei und die Ausbildung einer Einparteien-Diktatur,
- i) ein Geheimdienst, der außerhalb des Rechts steht und Menschen unbegrenzt, ungehemmt und unkontrolliert bespitzeln, verfolgen, zersetzen und sogar töten kann,
- j) eine parteiliche Rechtsprechung, die die Justiz als Instrument der Partei begreift,
- k) schließlich ein ausuferndes politisches Strafrecht und Staatsschutzstrafrecht mit Gummi-paragraphen, die den Einzelnen sehr rasch und willkürlich ins Unrecht setzen und Strafverfolgung und Schikane ermöglichen. ...

Was kennzeichnet die Diktatur in der DDR?

... Wesentliche Kennzeichen einer Diktatur sind:

- a) das Ziel einer totalen Erfassung und Gleichschaltung der Bevölkerung durch eine Partei und

- die ihr untergeordneten gesellschaftlichen Massenorganisationen;
- b) das Nachrichtenmonopol des Herrschaftssystems, d.h. also die Unterdrückung einer freien Presse und eines politischen Pluralismus der Medien;
- c) die rechtliche oder faktische Existenz eines Einparteienstaates mit dem Entscheidungsmonopol der Partei, die als Massenpartei organisiert ist, zugleich aber den Anspruch erhebt, die politische Elite zu verkörpern;
- d) der Einsatz terroristischer Machttechniken, greifbar in der Existenz einer Geheimpolizei und eines entsprechenden Überwachungs-, Spitzel-, und Unterdrückungsapparates;
- e) eine dem Anspruch nach allein- und allgemeingültige Herrschafts- und Gesellschafts-ideologie.

Im Gegensatz dazu läßt sich die Demokratie knapp kennzeichnen als ein politisches System mit Grund- und Freiheitsrechten, die die Staatsgewalt begrenzen, mit periodischen freien Wahlen und Herrschaft auf Zeit, mit frei konkurrierenden Parteien und Interessenpluralität, mit Gewaltenteilung und mit Rechtsstaatlichkeit. ...

Das Rechtsverständnis der DDR

Das Recht in der DDR verstand sich ausdrücklich als "sozialistisches Recht". Was das bedeutet, wird deutlich, wenn man es mit den Rechtsprinzipien der liberalen Demokratie vergleicht.

In der liberalen Demokratie hat das Recht immer die Funktion, dem Staat oder anderen Mächten, Wirtschaftsmächten zum Beispiel, oder auch anderen Menschen Grenzen zu setzen und das Individuum vor dem Machtmißbrauch durch andere zu schützen.

... Individuelle vorstaatliche Grundrechte werden nicht garantiert, außer dem Recht auf Religionsfreiheit.

Doch wer dieses Recht in Anspruch nahm, wurde diskriminiert und um berufliche Chancen gebracht. Meinungsfreiheit wird nur "im Rahmen der Verfassung" gewährt, d.h. durch den Führungsanspruch der Partei konterkariert.

Für die DDR galt, wie für andere sozialistische Staaten auch, eindeutig der Primat der Politik gegenüber dem Recht. Eine unabhängige richterliche Gewalt gab es in der DDR nicht, und das bedeutete, daß der Rechtsschutz der Bürger bis zum Schluß unterentwickelt blieb. ...

So konnten die Menschen langjährig schikaniert werden.<<

Zusammenbruch der DDR

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow forderte die SED-Führung am 6. Oktober 1989 anlässlich des 40. Jahrestages der DDR-Gründung indirekt auf, Reformen einzuleiten - "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben" ...

In Leipzig duldet die SED-Regierung am 9. Oktober 1989 erstmals eine Demonstration von 50.000-70.000 Teilnehmern - "Wir sind das Volk - keine Gewalt ..."

Am 18. Oktober 1989 trat Staats- und Parteichef Erich Honecker zurück und wurde durch Egon Krenz abgelöst.

Über 1.000.000 Ost-Berliner demonstrierten am 4. November 1989 für Freiheit und Demokratie (x175/820). Es war die größte freie Demonstration, die jemals in der DDR stattfand.

Am 22. Dezember 1989 wurde in Ostberlin das Brandenburger Tor geöffnet.

Von der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands bis zur BRD + DDR = DDR 2.0 von 1990 bis 2020: 30 Jahre Vasallenschaft und eingeschränkte Selbstbestimmung für die Deutschen

Die ungeschriebenen Gesetze und Zwänge der Natur werden letztlich dasjenige Volk belohnen, das sich allen Widerwärtigkeiten zum Trotz erhebt, um gegen Ungerechtigkeit, Lügen und Chaos anzukämpfen. Das war stets so in der Geschichte, und so wird es immer sein. Weder uns noch unseren Nachkommen wird dieser Kampf ums Überleben erspart bleiben.

Immanuel Kant (1724-1804, deutscher Philosoph)

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands

In der DDR fanden am 18. März 1990 die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR statt - "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA = 48,2 %, SPD = 21,8 %, PDS = 16,3 % ... -. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,2 % (x101/173).

Die DDR-Volkskammer beschloß am 22. August 1990 den Beitritt der DDR nach Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes. Beitrittstermin der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes wurde der 3. Oktober 1990.

Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, der UdSSR und der USA unterzeichnet.

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<

Der deutsche Historiker Alexander Demandt schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x283/249): >>... Mit dem Fall der Mauer war das Ende der Spaltung zum Greifen nahe, aber ohne die Bestätigung aus Moskau nicht erreichbar. Dort war man grundsätzlich zu einer Zustimmung bereit, allerdings unter der Bedingung, daß Gesamtdeutschland neutral sei. Eine Mitgliedschaft in der NATO wurde zunächst nicht akzeptiert. Es bedurfte langer zäher Verhandlungen und erheblicher materieller Zuwendungen, deren Höhe – angeblich 8 Milliarden - sowohl Gorbatschow als auch Helmut Kohl in ihren Memoiren schamhaft verschweigen, bis endlich am 12. September 1990 der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet und die Westbindung der erweiterten Bundesrepublik anerkannt und dingfest war.<<

Am 3. Oktober 1990 trat die Deutsche Demokratische Republik der Bundesrepublik Deutschland bei. Gemäß Einigungsvertrag vom 29.09.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen am 3. Oktober 1990 Länder der Bundesrepublik Deutschland, obgleich man die neuen Länder der Deutschen Demokratischen Republik erst am 14. Oktober 1990 bildete!!!

Der 3. Oktober war seither ein gesetzlicher Feiertag: "Tag der deutschen Einheit".



Abb. 86 (x175/835): Wiedervereinigungsfeier vor dem Deutschen Reichstag in Berlin am 3. Oktober 1990

Am 2. Dezember 1990 gewann die vom "Kanzler der Einheit" geführte CDU/FDP-Koalition die gesamtdeutsche Wahl.

Souveränität

Bei der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik handelte es sich eigentlich nur um die Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bzw. von zwei abhängigen, unsouveränen Staatsgebilden.

Die von den Siegermächten gegründeten Staatsgebilde BRD und DDR waren nie souveräne Staaten. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.

Die BRD und die DDR waren lediglich Besatzungskonstrukte der alliierten Siegermächte, aber keine Staaten im völkerrechtlichen Sinn, denn sie verfügten nicht über die klassischen Merkmale eines souveränen Staates.

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde ausdrücklich die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland verkündet. Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm jedoch gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954 (Vertrag zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen vom 23.10.1954) und blieb weiterhin Zwangsmittglied der Europäischen Union, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben.

Das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen blendete man damals außerdem kurzerhand komplett aus. Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und Artikel 107) der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.

Während der Vereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokrati-

schen Republik im Jahre 1990 wurden demnach nur zwei unsouveräne Besatzungskonstrukte (völkerrechtlich nicht politisch und ökonomisch unabhängige Vasallenstaaten) zusammengeführt.

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 27. Februar 2010 über eine Rede des SPD-Politikers Sigmar Gabriel (von 2009-2017 SPD-Vorsitzender): >>Parteitag in Dortmund: SPD-Chef Gabriel holzt gegen Union und FDP

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hat auf dem Sonderparteitag in Dortmund den Angriff auf Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ausgerufen. ...

Der Bundesregierung aus Union und FDP warf Gabriel Unfähigkeit vor. ... "Wir haben gar keine Bundesregierung", fügte Gabriel unter dem Beifall der rund 450 Delegierten hinzu.

Vielmehr sei Kanzlerin Angela Merkel, CDU, "Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland". ...<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Egon Bahr, von 1972-1976 SPD-Bundesminister, schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>"Lebenslüge der Bundesrepublik"

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. Nun nimmt er hier zum zweiten Mal dazu in einer Zeitung Stellung. ...

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011: >>EU am Scheideweg

Die öffentliche und die verborgene Seite der Krise

... Gemeint sind Ereignisse, von denen nur wenige Notiz nehmen und die einem, wenn man von ihnen erfährt, glatt die Sprache verschlagen, weil ihre Wirkung die demokratische Verfaßtheit der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten erschüttert.

Nehmen wir nur diesen Satz: Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main.

Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags

Es war ein Satz von der Wirkung eines Sprengstoffanschlags auf das nationale Selbstverständnis der Deutschen, ausgesprochen von ausgerechnet jenem Mann, der im August 1990 den deutschen Einigungsvertrag unterzeichnete. Obwohl er schon vor einiger Zeit fiel und von einer ganzen Reihe aufmerksamer Internetmedien zitiert wurde, muß dieser Satz noch einmal thematisiert werden, weil er einfach so unglaublich ist.

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt?

Kein einziger der anwesenden Top-Banker stellte Schäuble diese Fragen. Und wäre das Er-

eignis nicht auf Video dokumentiert worden, man würde es kaum glauben.

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker, die meinen, man müsse eine Kongruenz zwischen allen Politikbereichen haben, die gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus."

Diese durch das Völkerrecht geschützte Souveränität sei aber in Europa spätestens mit den beiden Weltkriegen "längst ad absurdum geführt" worden.

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: **"Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."** ...<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" sendete am 4. August 2013 ein Gespräch mit dem deutschen Politiker Gregor Gysi (von 1990-2000 und ab 2005 Bundestagsabgeordneter der LINKEN): >>"Das ist mir alles zu lahm"

... Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder

Gerhard Schröder: Herr Gysi, ... Tempora, X-Keyscore ... Sie bezeichnen Programme, mit denen britische und amerikanische Geheimdienste massenhaft E-Mails und andere Daten von auch Privatnutzern im Internet abschöpfen sollen. Das behauptet zumindest der frühere amerikanische Geheimdienstler Edward Snowden, der sich derzeit in Rußland versteckt hält. Sind für Sie die Ausmaße dieses Abhörskandals schon erkennbar?

Gregor Gysi: Nein, noch nicht ...Es geht offensichtlich um Millionen Daten, es sind natürlich schwerwiegende Grundrechtsverletzungen, und ich finde, daß unsere Regierung viel zu wenig tut. Aber was ich eben auch erstaunlich finde ist, daß ja das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wäre es nicht doch an der Zeit, daß wir mal als Land souverän werden und die Besatzung beendet wird? Dazu müßte eben auch das Besatzungsstatut aufgehoben werden. Jetzt haben sie nur die Verwaltungsvereinbarung zwischen den Geheimdiensten aufgekündigt, das reicht nicht. Wir brauchen kein Besatzungsstatut mehr, Deutschland muß das beenden. ...<<

Die deutsche Autorin Eva Herman schrieb am 28. April 2017 in der Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" (x887/...): >>"Deutschland sollte kein besetztes Land mehr sein"

Ein erstaunliches Interview wurde vor wenigen Tagen von dem Internet-Sender Querdenken.TV veröffentlicht. Michael Friedrich Vogt, Publizist und ehemaliger Honorarprofessor für Journalistik an der Universität Leipzig, hatte Mitte April 2017 in Moskau den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Duma, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski, getroffen. ...

Vogt fügt in der Ankündigung des Interviews eine Aussage des offiziellen Russischdolmetschers Ernst Nagorny aus dessen Nachlaß an: "Als Gorbatschow 1990 in Dresden gefragt wurde, ob im Zusammenhang mit einer Vereinigung Mitteldeutschlands mit der BRD auch eine Angliederung der deutschen Ostgebiete in Aussicht genommen sei, war Gorbatschows Antwort:

"Ja, das wollte ich. Wir hatten die Universität in Moskau beauftragt, Pläne für die Wiedervereinigung von Deutschland mit seinen polnisch besetzten Teilen auszuarbeiten. Aber bei den 2-plus-4-Verhandlungen mußte ich zu meinem Erstaunen feststellen, daß Bundeskanzler Kohl und sein Außenminister Genscher die deutschen Ostgebiete Ostpreußen, Pommern und Schlesien gar nicht wollten. Die Polen wären bereit gewesen, die deutschen Provinzen Deutschland zurückzugeben. Aber der deutsche Außenminister Genscher hat die polnische Regierung in Warschau beknet, an der Oder-Neiße-Linie festzuhalten. 'Die Deutschen akzeptieren diese Grenze', waren seine Worte. Nur die DDR sollte angegliedert werden." ...<<

Staatsangehörigkeit

Für die Staatsangehörigkeit der Deutschen gibt es im aktuellen Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland keinen speziellen Artikel.

Im Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes werden die deutschen Staatsangehörigen lediglich als Bewohner bezeichnet.

Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...):

>>Artikel 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<

Ostdeutschland

Die Regierung der BRD bemühte sich während der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 nie um die Aufrechterhaltung eines nationalen Besitzstandes der polnisch-sowjetisch besetzten deutschen Ostgebiete.

In dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag von 1990 wurde das Heimat- und Selbstbestimmungsrecht der vertriebenen Ostdeutschen kurzerhand komplett ausgeblendet. Die Bundesrepublik Deutschland trat mit dem deutsch-polnischen "Grenzenerkennungsvertrag" vom 14. November 1990 die deutschen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße Gebiete eigenmächtig ab, obwohl sie weder staats- noch völkerrechtlich Verfügungsberechtigt war, da die Territorialgewalt über Ostdeutschland nach wie vor allein das Deutsche Reich ausübte. Der "Verzicht" auf Teile des fortbestehenden Deutschen Reiches - Ostdeutschland bzw. deutsche Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße - war außerdem gemäß Artikel 25 Grundgesetz völkerrechtswidrig und deshalb ungültig und nichtig.

Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete bedeutete letzten Endes den Verlust von 114.648 Quadratkilometern bzw. 24,4 % des deutschen Staatsgebietes in den Grenzen von 1937. Dieser Verzicht verstieß eindeutig gegen die allgemeinen Regeln des Völkerrechts. Bei der Vertreibung von etwa 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten Ost-Mitteleuropas, wobei mindestens 2 Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deshalb bedeutete die Anerkennung dieser gewaltsam festgesetzten Grenzen indirekt die Billigung von völkerrechtswidrigen Vertreibungen, legalisierte kollektive Schuldzuweisungen sowie kollektive Bestrafungen und befürwortete Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Artikel 25 des deutschen Grundgesetzes (Stand: Januar 2018) lautet wie folgt (x890/...):

>>Artikel 25

Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete am 3. Juni 2000 über die Oder-Neiße-Linie (x887/...): >>**Die Karriere des Görlitzer Abkommens über die "Oder-Neiße-Friedensgrenze"**

... Bereits vor dem Fall der Mauer verkündete Außenminister Genscher am 27. September 1989 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen, das polnische Volk solle wissen, "daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird". Eine entsprechende Bundestagserklärung folgte bald darauf.

In seiner Regierungserklärung vom 21. Juni 1990 kündigte Bundeskanzler Kohl an, daß das wiedervereinigte Deutschland die "Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft"

völkerrechtlich anerkennen werde: "Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze oder wir verspielen unsere Chance zur deutschen Einheit." ...<<

Innenpolitik

Aufgrund der eingeschränkten Selbstbestimmung führten die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland weiterhin alle Vorgaben des US-Imperiums gewissenhaft und widerstandslos aus.

Nach der sogenannten Wiedervereinigung wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "Vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet.

Seit 1990 etablierten die fanatischen Schüler der kommunistischen "Frankfurter Schule" und die schon bald mit ihnen verbündeten erstklassig geschulten SED-Kader in der Bundesrepublik Deutschland allmählich eine linksradikale Bewegung der selbsternannten Gutmenschen.

Der staatlich geförderte Glaubensverfall unterstützte den dramatischen Niedergang der christlichen Werteordnungen, der "guten Sitten" sowie der alten "moralischen Werte" und unterstützte die Herrschaft der religiösen Öko-Hysteriker und falschen Klimapropheten. Die evangelische und die katholische Kirche unterwarfen sich später fast widerstandslos der totalitären Gender-Ideologie und gehören gegenwärtig nicht selten zu den herausragenden Verteidigern der von den selbsternannten Gutmenschen eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen.

Die linksradikalen Gutmenschen und die gleichgeschalteten Massenmedien setzten unentwegt Rechtfertigungsgründe, wie z.B. Brüderlichkeit, Einigkeit, Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Antifaschismus, Rassismus usw., ein, um die politischen Gegner auszuschalten, den Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland systematisch zu schwächen und um die Illusion eines funktionierenden demokratischen Rechtsstaates zu vermitteln.

Die katastrophalen politischen Destabilisierungsmaßnahmen (Beispiele: Beseitigung der bisherigen stabilen Stromversorgungssicherheit durch die sog. Energiewende zur Rettung des Weltklimas, unbegrenzter Ankauf von Staatsanleihen der angeschlagenen Euro-Staaten gemäß ESM-Vertrag, Masseninvasion von Migranten infolge der illegalen Grenzöffnung im Jahre 2015 sowie die weltweit inszenierte Corona-Pandemie ab 2020) werden langfristig den deutschen Industriestandort und das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog. "Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration vollständig vernichten.

Schlußbemerkungen

Ohne Wahrheit gibt es keine Sicherheit und keinen Bestand. Fürchtet es nicht, wenn die ganze Meute aufschreit. Denn nichts ist auf dieser Welt so verhaßt und gefürchtet wie die Wahrheit. Letzten Endes wird jeder Widerstand gegen die Wahrheit zusammenbrechen wie die Nacht vor dem Tag.

Theodor Fontane (1819-1898, deutscher Dichter)

Die Deutschen wurden nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 systematisch entmündigt, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Versailler Friedensdiktates drastisch eingeschränkt.

Deutschland zählt seit dem Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen besitzen seither keine frei gewählte Verfassung und keinen souveränen Staat (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt).

Obgleich die Deutschen seit über 100 Jahren planmäßig bevormundet, versklavt und ausgeplündert werden, berichtete bisher kein deutscher Historiker und kein deutscher Journalist über diesen unfäßbaren Zustand. Anstatt das sogenannte Volk der "Dichter und Denker" über die historische Wahrheit und Realität zu informieren, wurden die Deutschen systematisch zu einem "Volk der Täter" umerzogen und ihre mehr als tausendjährige deutsche Rechts- und Verfassungsgeschichte fast auf die 12 Jahre des NS-Regimes reduziert.

Den Deutschen wurde infolge der jahrzehntelangen systematischen Umerziehung jegliche Form von nationaler Identität, Nationalstolz oder Patriotismus ausgetrieben bzw. vorenthalten, deshalb sollten wir uns unbedingt an die mehr als tausendjährige ruhmreiche Geschichte unserer Vorfahren erinnern.

Unsere Vorfahren verteidigten ihre Heimat mehr als 2.000 Jahre mutig und tapfer gegen alle Angriffe der Römer, Hunnen, Sarazenen/Mauren, Slawen, Wikinger, Magyaren, Polen, Russen, Dänen, Schweden, Franzosen und Osmanen, deshalb dürfen wir uns nicht feige aus der Verantwortung stehlen, sondern sind verpflichtet, unsere Heimat mit allen Kräften zu verteidigen.

Auch wenn unser Kampf für den Erhalt unserer Heimat und die Wiedergewinnung von Freiheit und Gerechtigkeit scheitern sollte, werden wir wenigstens nicht zu den ungezählten feigen, unehrenhaften Mitläufern gehören, die ihre Heimat widerstandslos aufgeben und an ihre unbarmherzigen Feinde ausliefern.

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben, deshalb sind die bis zum heutigen Tag fortgeltenden geheimen Befugnisse und Vorbehaltsrechte der Alliierten bzw. die bisherige Vormundschaft oder die lebenslängliche Gebrechlichkeitspflegschaft umgehend zu beenden.

Um das unwürdige Sklavendasein im gegenwärtigen Vasallenstaat Bundesrepublik Deutschland endlich zu beenden, benötigt Deutschland unbedingt den Abschluß von völkerrechtlich anerkannten Friedensverträgen für den Ersten Weltkrieg (der Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 wurde zweifelsfrei durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungen und war deshalb von Anfang an nichtig bzw. ungültig) und für den Zweiten Weltkrieg (der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 stellt völkerrechtlich keinen Friedensvertrag dar).

Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor nicht geklärt. Die bis zum heutigen Tag fortgeltenden geheimen Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Überleitungsvertrages von 1954 (wie z.B. Militärbasen, Truppenstationierung, Stationierung von US-Atomwaffen, Stationierungskosten, Medienkontrolle usw.) bestätigen eindeutig, daß Deutschland weiterhin ein besetzter, unsouveräner Staat ist. Diese völkerrechtswidrige Besatzungssituation kann nur durch abschließende Friedensverhandlungen zwischen einer demokratisch gewählten souveränen deutschen Regierung und den damaligen Siegermächten geklärt und beendet werden.

Wenn wir unser Land retten wollen, müssen wir endlich aufwachen, uns endlich wehren und endlich Widerstand leisten, um die gefährlichsten Destabilisierungsmaßnahmen des NWO-Imperiums, die durch die fremdbestimmte deutsche Regierung eingeleitet wurden, sofort zu entschärfen oder rückgängig zu machen, denn wir befinden uns schon viel zu lange in einem komaähnlichen Todesschlaf.

Jeder demokratische Staat hat die Pflicht, seinen Staatsbürgern ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Wenn der Staat diese Aufgaben unentwegt ignoriert oder mißachtet, sind alle Staatsbürger verpflichtet, ihre demokratischen Rechte selbst zu verteidigen und das undemokratische System zu reformieren. Wenn die Deutschen nicht die Kraft aufbringen, wirkungsvoll Widerstand zu leisten, dann werden sie mit absoluter Sicherheit untergehen.

Genug ist Genug! Der derzeitige ideologische Wahnsinn sowie der Meinungs- und Gesinnungsterror dürfen nicht mehr ohne Gegenwehr hingenommen werden. Wir müssen unverzüglich zur Vernunft und Wahrheit zurückkehren! In einer Demokratie muß die Staatsgewalt vom Volk ausgehen und darf niemals von irgendwelchen kriminellen NWO-Organisationen und ihren gehorsamen Erfüllungsgehilfen und ihren willigen Handlangern dominiert werden.

Erkennt endlich, was die Stunde geschlagen hat, denn die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Basis Deutschlands wurde durch die eigene Regierung bereits derartig destabilisiert, daß sofort gehandelt werden muß. Ohne die Rückkehr zum gesunden Menschenverstand zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne radikale Reformen wird unsere Heimat zwangsläufig zur Hölle auf Erden werden.

Wir haben nur noch eine Chance, unsere Heimat vor dem drohenden Untergang zu bewahren, wenn wir gegen die Destabilisierungsmaßnahmen der internationalen NWO-Verbrecherorganisationen und die wahnsinnigen Machenschaften der religiösen Öko-Hysteriker und falschen Klimapropheten unverzüglich Widerstand leisten.

Erinnert euch an die Freiheitskämpfe unserer tapferen Vorfahren und verteidigt endlich eure Heimat. Im Verlauf der mehr als tausendjährigen Geschichte der Deutschen gab es nie einen anderen Weg, um die Freiheit und die Heimat zu erhalten.

Alle mittel- und westdeutschen Patrioten, die noch nicht der jahrzehntelangen raffinierten Gehirnwäsche zum Opfer gefallen sind, müssen sich jetzt trotz drohender Ausgrenzung und Diffamierung mutig gegen die verdeckte Vormundschaft der westlichen Siegermächte und die angestrebten verbrecherischen Ziele der "Neuen Weltordnung" wehren und erbitterten Widerstand leisten.

Bei diesem Widerstand geht es nicht nur um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, alles für den Erhalt unserer deutschen Heimat zu tun.

Wir dürfen nicht länger tatenlos zusehen, wie man unsere mehr als tausendjährige ruhmreiche deutsche Geschichte konsequent ausblendet und wie man uns im Rahmen einer systematischen Umvolkung allmählich aus unserem Heimatland Deutschland verdrängt bzw. vertreibt,

sondern wir müssen endlich aufstehen und mutig mit erhobenem Haupt die Heimat unserer ehrenhaften, tapferen Vorfahren mit allen Kräften verteidigen.

Jeder aufrechte deutsche Patriot, der sich mit seinem Volk sowie seinem Heimatland identifiziert und gemäß Artikel 20 (Absatz 4) des deutschen Grundgesetzes Widerstand leistet, kann seine gesamte Existenz oder sogar sein Leben verlieren, aber dieser Einsatz ist letzten Endes gerechtfertigt, wenn man damit seine Heimat vor dem Untergang bewahren und das Schicksal der ewigen Heimatlosigkeit vermeiden kann.

Allmächtiger, allwissender Gott, himmlischer Vater!
Verleihe uns die nötige Kraft, Mut und Zuversicht,
damit wir unsere Heimat Deutschland endlich befreien
und für unsere Nachkommen bewahren können.
Mit deiner Hilfe werden wir unser deutsches Volk
und unsere Heimat mit allen uns zu Gebote stehenden Kräften
bis zum letzten Atemzug verteidigen,
denn wir sind es unseren Vorfahren und
unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

Vater unser im Himmel
Geheiligt werde dein Name.
Dein Reich komme.
Dein Wille geschehe,
wie im Himmel, so auf Erden.
Unser tägliches Brot gib uns heute.
Und vergib uns unsere Schuld,
wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.
Und führe uns nicht in Versuchung,
sondern erlöse uns von dem Bösen.
Denn dein ist das Reich
und die Kraft und die Herrlichkeit
in Ewigkeit.
Amen.

GOTT MIT UNS

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.07.2021

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Das Sonderheft Nr. 2 wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x051/79) = Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985, Seite 79.

x001	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 1.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x002	Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa I. <u>Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße. Band 2.</u> Unveränderter Nachdruck der Ausgabe von 1954. München 1984.
x009	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.): <u>SBZ von A bis Z. 7.</u> überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn 1962.
x010	Bundesarchiv Koblenz; Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertreibung und Vertreibungsverbrechen 1945-1948.</u> Bericht des Bundesarchivs vom 28.05.1974, Archivalien und ausgewählte Erlebnisberichte. Bonn 1989.
x013	Gesellschaft für Literatur und Bildung mbH (Hg.): <u>Die Wehrmachtsberichte 1939-1945. Band 3: 1. Januar 1944 bis 9. Mai 1945.</u> Unveränderter Nachdruck. Köln 1989.
x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten.</u> Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: <u>Die Flüchtlinge.</u> Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x023	Maser, Werner: <u>Das Regime.</u> Alltag in Deutschland 1933-45. Berlin 1990.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung.</u> Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen.</u> Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x027	Thorwald, Jürgen: DIE GROSSE FLUCHT. München/Zürich 1979.

x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x030	Wistrich, Robert: <u>Wer war wer im Dritten Reich?</u> Ein biographisches Lexikon. Frankfurt/Main, 1987.
x032	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Das III. Reich 1933-1939</u> . Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x033	Overesch, Manfred: <u>Das III. Reich 1939-1945</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1991.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik</u> . Eine Tageschronik der Politik – Wirtschaft – Kultur. Augsburg 1992.
x035	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Vertrieben. ... Literarische Zeugnisse von Flucht und Vertreibung</u> . Bonn 1992.
x037	Sander, Helke, und Barbara Johr (Hg.): <u>Befreier und Befreite</u> . Krieg, Vergewaltigungen, Kinder. Frankfurt/Main 1995.
x038	Zöckler, Paul (Hg.): KNAURS LEXIKON. München 1953.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Flucht und Vertreibung</u> . Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x040	Hillgruber, Andreas, und Gerhard Hümmelchen: <u>Chronik des Zweiten Weltkrieges</u> . Kalendarium militärischer und politischer Ereignisse 1939-1945. Neuausgabe. Düsseldorf 1989.
x041	Hillgruber, Andreas, und Jost Dülffer (Hg.): <u>PLOETZ "Geschichte der Weltkriege"</u> . Mächte, Ereignisse, Entwicklungen 1900-1945. Freiburg/Würzburg 1981.
x043	Zentner, Christian u.a.: <u>DAS DRITTE REICH</u> (Sammeldokumentation). John Jahr Verlag, Hamburg 1976.
x044	Zentner, Christian: <u>Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch</u> . München/Köln 1989.
x046	Hoffmann, Joachim: <u>Stalins Vernichtungskrieg</u> . Planung, Ausführung und Dokumentation. 7. Auflage. München 2001.
x047	Dorst, Klaus, und Birgit Hoffmann (Hg.): <u>Kleines Lexikon Sowjetstreitkräfte</u> . 1. Auflage. Militärverlag der DDR. Ost-Berlin 1987.
x049	Holmsten, Georg: <u>Kriegsalltag 1939-1945 in Deutschland</u> . Bindlach 1989.
x050	Ruhl, Klaus-Jörg: <u>Brauner Alltag 1933-1939 in Deutschland</u> . Bindlach 1990.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): <u>Das große Lexikon des Dritten Reiches</u> . München 1985.
x056	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte</u> . Band 3. <u>Europäische Weltgeschichte</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1981.
x058	Tenbrock, Robert H. u.a. (Hg.): <u>Zeiten und Menschen</u> . Ausgabe G. Band 2. Die geschichtlichen Grundlagen der Gegenwart; 1776 bis heute. Geschichtliches Unterrichtswerk. Paderborn 1970.
x059	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte</u> . Band 3. <u>Das Zeitalter der Weltmächte und Weltkriege</u> . 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x062	Mann, Golo u.a.: <u>Unser Jahrhundert im Bild</u> . Gütersloh 1964.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: <u>Deutsche Geschichte</u> . Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x064	Pfister, Hermann (Hg.): <u>Polen und Deutsche</u> . Der lange Weg zu Frieden und Versöhnung. 2. Auflage. Waldkirch 1977.
x065	Zentner, Christian: <u>Der große Bildatlas zur Weltgeschichte</u> . Stuttgart 1992.
x066	Trevor-Roper, Hugh: <u>Hitlers letzte Tage</u> . 2. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1995.

x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten.</u> Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch.</u> Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x069	Klett, Ernst (Hg.): Kletts Geschichtliches Unterrichtswerk. Band IV. <u>Um Volksstaat und Völkergemeinschaft.</u> E. Klett Verlag, Stuttgart 1967.
x070	Jähnig, Bernhart, und Ludwig Biewer: <u>Kleiner Atlas zur deutschen Territorialgeschichte.</u> Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.). 2. erweiterte Auflage. Bonn 1991.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3.</u> Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte.</u> Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.
x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit.</u> Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x076	Andrae, Hugo: Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Verlag Handwerk und Technik, Hamburg 1962.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Verletzungen von Menschenrechten.</u> Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x084	Graml, Hermann (Hg.): <u>Widerstand im Dritten Reich.</u> Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt/Main, 1994.
x087	Möller, Horst (Hg.): <u>Der rote Holocaust und die Deutschen.</u> Die Debatte um das "Schwarzbuch des Kommunismus". München 1999.
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x092	Chronik Verlag (Hg.): Chronik der Deutschen. 3. überarbeitete Auflage. Gütersloh/München 1995.
x095	Adenauer, Konrad: Briefe über Deutschland 1945–1955. 1. Auflage. München 1999.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945.</u> Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947.</u> Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x114	Trees, Wolfgang u.a.: <u>Stunde Null in Deutschland.</u> Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x122	Dollinger, Hans: <u>SCHWARZBUCH DER WELTGESCHICHTE.</u> 5.000 Jahre der Mensch des Menschen Feind. München 1999.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2.</u> 1917 bis heute. 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod.</u> Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen.</u> Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.

x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x155	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Erklärungen zur Deutschlandpolitik. Dokumentation Teil I, 1949-1972. Bonn 1984.
x165	Terkel, Studs: <u>Der Gute Krieg</u> . Amerika im Zweiten Weltkrieg; Zeitzeugen sprechen. München 1989.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x191	Klett, Ernst (Hg.): <u>Menschen in ihrer Zeit</u> . Band 6. In unserer Zeit. 3. Auflage. Stuttgart 1978.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte</u> . Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x281	Steingart, Gabor: <u>Weltkrieg um Wohlstand</u> . Wie Macht und Reichtum neu verteilt werden. München 2007.
x283	Demandt, Alexander: <u>Es hätte auch anders kommen können</u> . Wendepunkte deutscher Geschichte. 4. Auflage. Berlin 2011.
x301	Heumann, Hans (Hg.): <u>Geschichte für Morgen</u> . 1. Auflage. Frankfurt/Main 1988.
x308	Naimark, Norman N.: <u>Flammender Haß</u> . Ethnische Säuberung im 20. Jahrhundert. München 2004.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: <u>Verraten – verkauft – verloren</u> . Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x318	Losurdo, Domenico: <u>Die Deutschen</u> . Sonderweg eines unverbesserlichen Volkes? Compact Nr.15. Berlin 2010.
x320	Schultze-Rhonhof, Gerd: <u>Der Krieg, der viele Väter hatte</u> . Europas Weg in die Katastrophe. COMPACT-Geschichte Nr. 4. Werder (Havel) 2018.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag</u> . Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x338	Fritze, Lothar: <u>Die Moral des Bombenterrors</u> . Alliierte Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg. München 2007.
x340	Jung, Thomas und Friedrich Georg: 1918 - <u>Die Tore zur Hölle</u> . Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019.
x347	Schulte, Thorsten: <u>FREMDBESTIMMT</u> . 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.

Internet

x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.-php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x859	http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm - Oktober 2015.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x890	https://www.bundestag.de/gg - Januar 2018
x979	https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/173925/ende-des-kaiserreichs-27-11-2013 – September 2020